

DER KAMPF

Jahrgang 5

1. Dezember 1911

3. Heft

Friedrich Austerlitz: Oesterreichische Tragik

Wann immer der Blick auf das Parlament fällt, immer erschaut er dasselbe Bild: ein zerrüttetes, im Irrgarten der Leidenschaften hin und her taumelndes Haus, das es an Anstrengungen, zu einer sachlichen Arbeit zu gelangen, wohl nicht fehlen lässt, das aber den richtigen Weg zum Ziele niemals findet; und irgend eine zweifelhafte Regierung, die das armselige Spiel, zwischen den Parteien das Schifflin der Staatsnotwendigkeiten in den Hafen zu lotsen, immer von neuem anfangen muss und der, allen Auswechslungen und Rekonstruktionen zu Trotz, jeder Tag die Katastrophe bringen kann. Und Parlament und Regierung werden in ihren Ansprüchen immer bescheidener. Jeder Sessionsabschnitt wird mit den lärmendsten Hoffnungen eingeleitet und am Schlusse ist man froh, dass es gerade noch gelungen ist, die Anwendung des § 14 überflüssig zu machen, ohne den Verfassungsbruchparagrafen auszukommen, der, obgleich er sich seit Jahren bescheiden im Hintergrund hält, dennoch die wahre Verfassung Oesterreichs ist: weil er eben allmählich der einzige Antrieb ist, der das Parlamentswerkel vor dem absoluten Stillstand bewahrt. Jetzt haben wir ein neues Haus und schon steckt es in all den Nöten, die das vorige in die vorzeitige Auflösung hineingetrieben haben. Und was die sogenannte neue Regierung betrifft, so merkt man einen Wechsel gar nicht; am nächsten Tage steht jede neue vor denselben Fährlichkeiten, denselben Gefahren, die der entlassenen das Regieren unmöglich gemacht haben. Die Parlamente wechseln und die Regierungen wechseln, aber Oesterreich bleibt; der unmögliche, naturwidrige Staat bleibt, der all dieses Jammers trübe Quelle ist. Man sucht die Schwierigkeiten, die im Parlament immer von neuem hervortreten und die Krise permanent machen, am falschen Orte, wenn man sie in der Unzulänglichkeit der Regierungen oder in der Verderbnis der Abgeordneten und der Parteien erblicken will: sie stecken im Staate selbst und darum schwinden sie nicht. Der Staat, an dem wir alle unschuldig sind und unter dem wir alle leiden, ist der Schuldige.

Mit dieser absoluten Hoffnungslosigkeit aller österreichischen Politik — denn wie können wir uns von ihr befreien, da wir doch den Staat, der sie hervorbringt, nie loswerden! — steht die Unermesslichkeit der Ansprüche und Erwartungen, die man an das Parlament hierzulande stellt, im schreiendsten Gegensatz. Während sich die ganze Welt in der Abschätzung der Wirkungen und Segnungen, die von einem Parlament ausgehen können, längst ernüchert hat und vom Parlament eine Beeinflussung der Erwerbsbedingungen niemand erwarten, geschweige denn fordern würde, herrscht in Oesterreich in der Beurteilung der parlamentarischen Möglichkeiten ein wahrer Köhlerglaube: man hält das Parlament, das so ohnmächtig ist, für allmächtig, für fähig, alle individuellen Sorgen verschwinden zu machen und allem persönlichen Leid abzuhelpfen. Obwohl sich in dem reiferen Europa der Kampf ums Parlament und der Kampf im Parlament immer schärfer als ein Kampf um die Macht enthüllt, haben in allen Staaten die Klassen und Parteien auch ihre bestimmten aktuellen Forderungen, die sie natürlich durchsetzen wollen, indem sie die öffentliche Meinung, die Regierung, das Parlament für sie gewinnen, indem sie hinter sie ihre politische Macht stellen. Aber damit lässt sich die Anschauung, die wir in Oesterreich als die allgemeine über das Parlament wahrnehmen, nicht vergleichen, sie ist wirklich auf Oesterreich beschränkt und eine österreichische Spezialität. Denn hier erwartet man vom Parlament nicht die Beseitigung

bestimmter Uebelstände, nicht etwa bloss die Erfüllung fixierter und fest umrissener Forderungen, hier erwartet man vom Parlament „Hilfe“, schlechthin und ganz einfach Hilfe. Am wenigsten sind sich über die Grenzen und Schranken der Kraft und Fähigkeit eines Parlaments die Arbeiter im unklaren, schon deshalb weniger, weil ihre Forderungen an das Parlament im Bereich des Möglichen — nämlich dem Parlament als Institution Erreichbaren — liegen und nicht in der Erwartung einer nebelhaften Hilfe, sondern in der Beschliessung bekannter und bestimmter Gesetzesvorlagen bestehen. Aber auch sie sind von dieser Auffassung, das Parlament könne und solle „helfen“, nicht unberührt geblieben; und wie ist es erst bei den anderen Klassen? Hilfe für den Gewerbestand, Hilfe für die Landwirtschaft, Hilfe für die Industrie — das hört und liest man nicht bloss alle Tage, sondern das ist auch die Anschauung, der das Parlament in der Ideologie dieser Klassen begegnet: dass nämlich der Reichsrat die aus den ökonomischen Tatsachen entspringenden Fährlichkeiten jedes Erwerbes beseitigen könne, dass er es herbeiführen könnte (wenn eben nur die Abgeordneten „arbeiten“ wollten), dass es allen Berufen und Erwerben gut gehe und jedermann im Parlament „Schutz“ finde und vom Parlament „Rettung“ empfangen. Der alte Witz, dass die soziale Frage gelöst werden müsse und wenn die ganze Nacht darangewendet werden müsste, ist in Oesterreich kein Witz mehr: die soziale Frage soll gelöst werden, und wenn selbst die Session einen Monat länger währt.

Nun wäre diese falsche Schätzung dessen, was ein Parlament leisten kann, nämlich überhaupt leisten kann, nicht gar so schlimm, wenn sich darin etwa eine überströmende Begeisterung für den armen Reichsrat kundete, wenn man darin jenen Optimismus erkennen dürfte, der immer fruchtbar wirkt. Guter Gott, wenn die Oesterreicher ihr Parlament überschätzen, so schätzen sie es wenigstens, und das kann nie ein Uebel sein. Aber so ist es nun leider nicht, vielmehr ist in Wahrheit jene voraussetzungslose Erwartung, jene kritiklose Ueberschätzung der parlamentarischen Möglichkeiten — nicht der eines bestimmten, sondern des Parlaments an sich — eine der bösesten Gaben, die das reformierte Haus in der Wiege gefunden hat. Denn gemessen an den Erwartungen, müsste schliesslich jedes Arbeiten des Parlaments, also auch ein Arbeiten der Art, wie es überall die Norm ist, als unfruchtbar, als unergiebig, als ein leeres Nichts erscheinen: denn die ganze Welt retten kann kein Parlament, könnte also auch das österreichische nicht, selbst wenn es ein normales Parlament wäre. Und wir sehen von jener unnatürlichen, ungesunden Auffassung auch die Reversseite: dass derselbe Reichsrat, von dem man Wunderdinge erwartet — nicht etwa bloss nach Wahlen erwartet, in denen diese Wunder versprochen worden sein mögen, sondern immer erwartet und aller Erfahrungen ungeachtet — dass dieser selbige Reichsrat in der Schätzung der Menschen gleichzeitig immer tiefer sinkt und die Gefühle, auf die er innerhalb der Bevölkerung stösst, alles andere denn Gefühle der Liebe, der Achtung sind. Die Fülle der Erfahrungen revidiert nämlich nicht das Urteil, sondern führt zur Verurteilung; man wird nicht belehrt, dass man etwas dem Parlament als Institution Unmögliches verlangt und von dem von Geburt an siechen österreichischen Parlament — denn das Parlament des kranken Staates kann keine robuste Gesundheit besitzen — Unerreichbares erwartet hat, sondern, und das ist nun auch die ausnahmslose Regel, man schimpft über das Parlament, schimpft und lästert es dann ebenso kritiklos, wie man es kritiklos überschätzt hat. Nicht als ob wir es nicht verstehen würden, dass ein Parlament, das immer von neuem und eigentlich allezeit auf mildernde Umstände plädieren muss und demgegenüber die Zubilligung mildernder Umstände die höchste Gerechtigkeit darstellt, dass ein solches Parlament allgemeines Unbehagen, ja eigentlich Abscheu erregen muss; wir teilen diese Gefühle vielmehr im höchsten Masse. Aber die österreichische Kritiklosigkeit zeigt sich darin, dass man von dem österreichischen Parlament mehr erwartet, als ein Parlament überhaupt leisten kann, und gleichzeitig nicht begreifen will, dass gerade das österreichische Parlament weniger leistungsfähig ist als jedes andere Parlament: weil es ebensowenig ein normales Parlament sein kann, als Oesterreich ein normaler Staat ist. Aus der Ueberschätzung des Parlamentarismus, aus jener hemmungslosen Hinaufdividierung einer Institution mit begrenzten Schaffungsmöglichkeiten zu einer geheimnisvollen Fürsorge für die gesamte österreichische Menschheit und mit absoluter Schöpfer-

kraft geht als Schlussergebnis — die Verachtung des Parlaments hervor! Fehlt dem Parlament die Nüchternheit, so fehlt sie leider auch den Wählern.

Nun könnte man unterschiedliche und wahrscheinlich ganz schätzbare Untersuchungen darüber anstellen, wie es so gekommen ist und wie es, und das ist nämlich das schlimmste, in dieser Beziehung immer ärger wird. Wie mangels jeder nüchternen und sachgemässen Abwägung der parlamentarischen und der österreichisch-parlamentarischen Möglichkeiten das Parlament im selben Gedankengang in den Himmel erhoben und in den tiefsten Abgrund gestürzt wird, wie allmählich alle Realitäten verschwinden und verschwimmen und das Parlament den Menschen gleichzeitig zu einer regelrechten Vorsehung ward, die allen „Hilfe bringen soll“, und die Abgeordneten wieder als verstockte Sünder erscheinen, die sich aus elender Boshaftigkeit der Arbeit weigern und alle Hoffnungen enttäuschen. Man müsste dabei vor allem die Rolle der Demagogie analysieren: wie sie ebenso die Ursache jener falschen Auffassung wie ihre Wirkung ist, wie die Demagogen die Ueberschwenglichkeiten der Wähler voraussetzten und sie gleichzeitig immer noch steigern; aber wenn man auch die mannigfachen Zusammenhänge noch so säuberlich blossgelegt, so bleibt das Fazit immer dasselbe: dass es um das Parlament übel steht und dass es für seine Missgeschicke keine Wundermedizin gibt. Aber just das wollen die Oesterreicher nicht glauben, denn just das entspricht dem Schlendrian ihres Denkens, der nur nach mechanischen Lösungen schreit und das Organische immer verkennt. Wohl die verbreitetste Auffassung von den Ursachen der stetigen parlamentarischen Schwierigkeiten besteht darin, dass die Regierung, immer gerade die am Ruder befindliche, der Sache nicht gewachsen sei, die Dinge mit einer zulänglichen Regierung dagegen wohl zu richten wären. Deshalb die ständige Suche nach der genialischen Regierung, nach der Regierung, die das Problem der Bewältigung der parlamentarischen Hindernisse meistern könnte und meistern würde — die man immer wünscht und nie findet, weil sie wahrscheinlich nicht zu finden ist. Nun ist es selbstverständlich durchaus richtig, dass die Regierungen, die wir seit der Wahlreform am Werke gesehen haben, schon unter dem Mittelmasse der zulässigen Ansprüche geblieben sind und ein Defizit an Talent aufzuweisen hatten, das selbst die österreichische Verarmung nicht rechtfertigen kann; aber ist es wahr, dass sie darum und daran gescheitert sind, dass es ihnen an Geist und Charakter gemangelt hat und dass Talent und Charakterfestigkeit die Bürgschaften des Erfolges wären? Im Grunde sind doch an den Schwierigkeiten, die das Parlament dieses erstaunlichen Staates eben naturnotwendig erzeugt, nicht nur die Bienerth, Gautsch und Stürgkh zugrundegegangen, sondern schon vorher die Beck und Koerber, also leidlich tüchtige und anständige Menschen; an der Qualität der Regierung wird es also nicht ausschliesslich liegen. Ueberhaupt beachte man wohl, wie der Zusammenbruch nun jeder Regierung geartet ist: keine fällt, weil sie etwa ihre Mehrheit verliert oder weil der Ministerwechsel von einer Mehrheit begehrt wird, sondern es fällt jede aus demselben Grunde und, der jeden Tag sich geltend machen kann: dass sie aufhört, der Schwierigkeiten, keiner aktuellen Schwierigkeit, sondern eben der dauernden, der beharrenden, der wechsellosen Schwierigkeiten des Staates wenigstens in jenem Ausmasse Herr zu bleiben, der die Existenz der staatlichen Lebensnotdurft ermöglicht; man probiert es mit einer neuen Regierung, weil es mit der alten nicht mehr ging. Und wie löst jede Regierung die Aufgabe, wie kann sie sie überhaupt lösen? Du lieber Himmel, dazu ist staatsmännischer Geist nicht nützlich, denn die alleinigen Hilfsmittel dieser Politik, die zwischen den Parteien durchkriechen muss, die nur auf Stimmungsmacherei bedacht ist, die nie ja und nie nein sagen darf, denn das wäre ihr von Uebel, sondern deren Ja nach links als Nein nach rechts klingen muss und umgekehrt, die sind wohl in erster Reihe Schlaueit, List, Doppelzüngigkeit, also durchaus Hilfsmittel einer niederen Politik und Eigenschaften zweifelhafter Geister. Auch die Bewältiger, auch die, die das Problem meistern, zum Fälligkeitstermin die betreffende Staatsnotwendigkeit gerade noch durchgesetzt zu haben, auch die, die es treffen, sich durchzuwinden und durchzulisten, auch die sind kein erbaulicher Anblick und zum Schlusse öden ihre Künste und Geschicklichkeiten nicht weniger an, wie die Hilfs- und Ratlosigkeit derer, die auf Ehrlichkeit statieren. Höchstwahrscheinlich, dass es an Talenten gebricht, aber wir wären um keinen

Deut besser daran, wenn die genialische Regierung, die man mit Laternen am hellen Tage sucht, endlich erschiene. Das Genie würde sich in der österreichischen Politik am raschesten blamieren.

Man könnte so all die Wundermedizinen der Reihe nach durchnehmen und müsste überall dasselbe feststellen: dass alle die Ursachen, die man so oft zu dem Range der wahren und letzten und alleinigen Ursache der chronischen Parlamentskrankheit erheben und von deren Beseitigung man die absolute Gesundheit weissagen möchte, dass sie alle die Uebel schärfen mögen, aber zum Schlusse immer wieder als das unwiderrufliche Uebel der angenehme Staat erscheint, in den uns die Tücke der Geschichte gebannt hat. Ohne Zweifel, dass das grosse Haus, die Unzahl und Ueberzahl seiner Mitglieder, besondere Nachteile nach sich zieht, dass dann die veraltete Geschäftsordnung bei diesen Nachteilen noch mitwirkt, und die intellektuelle Minderwertigkeit eines beträchtlichen Teiles des Abgeordnetenmaterials diese Nachteile noch empfindlicher gestaltet: alles das ist ganz zweifellos wahr, wie ja die wahre Merkwürdigkeit darin liegt, dass die Einrichtungen der Politik den aus der Struktur des Staates, also naturnotwendig entspringenden Schwierigkeiten des Parlaments nicht entgegenwirken, sondern so geartet sind, dass sie sich steigern müssen. (Zum Beispiel ruft die Tatsache, dass im Parlament acht Nationen versammelt sind, das Vielsprechen als eine unentrinnbare Folge der Zusammensetzung des Parlamentes hervor. Also müsste die Geschäftsordnung auf das Zeitersparen gerichtet sein; sie wirkt aber, und das ist an ihr das Veraltete, weil vornehmlich auf den Schutz des einzelnen Abgeordneten bedacht, direkt zeitverzehrend. Der Staat der nationalen Verschiedenheiten hat die Demagogie, die mit dem naturgemässen und berechtigten politischen Wettbewerb nicht verwechselt werden darf, die von ihm nicht bloss quantitativ verschieden ist, also eben die österreichische Demagogie als logische Folge gezeitigt. Also müsste das Wahlrecht der Demagogie entgegenarbeiten, was durch Beseitigung der kleinen Wahlbezirke und Einführung des Proporz auf der breitesten Basis geschehen könnte; wir haben aber ein Wahlsystem, das die Demagogie immer mehr verankert und immer ausschliesslicher zum Richtmass aller Dinge entwickelt.) Aber ich würde mich sehr bedenken, von irgendeiner dieser Reformen die Wunderwirkung zu gewärtigen, dass es dann in Oesterreich anders, erheblich besser gehen würde. Haben wir das nicht alle von dem allgemeinen Wahlrecht geglaubt und hatten wir nicht das Recht, es zu hoffen? Hat man nicht geglaubt, der Abgeordnete des allgemeinen Wahlrechtes, der Erwählte des allgemeinen und gleichen Rechtes aller Bürger, werde ein ganz anderer Mensch sein als es die Abgeordneten waren, die das Kurienparlament der allgemeinen Verachtung überlieferten? Und sind die Alten anders, sind die Neuen besser geworden? Bewährt sich das allgemeine Stimmrecht als die Auslese der Besten und Gereiftesten, der Ernstesten und Charaktervollsten? Es liegt gewiss viel Perfidie in dem ewigen Lästern des Parlaments, wie es das Gelichter gewisser „Volksblätter“ geradezu als Sport betreibt, und überhaupt sollte man das wichtige Kapitel der Verderbnis, die sich von der Presse in das Haus ergiesst, einmal auch zusammenhängend betrachten; aber so wenig der gewissenhafte Beobachter in das Schmäh über das Parlament auch einstimmen wollen wird: dass gegenüber der Unnatur Oesterreichs auch die Radikalkur der Wahlreform versagt hat, dass auch das allgemeine Wahlrecht aus Oesterreich kein anderes Staatswesen machen konnte, als es heute eben ist, kann heute nicht mehr bezweifelt werden. Wenngleich sich die guten Leute, die darob der Wahlreform den Strick drehen möchten, betrüblich irren: der Strick gehört für Oesterreich, den feinen Staat, an dem eben Hopfen und Malz verloren ist.

Spüren wir keinen verborgenen und „ausschliesslichen“ Ursachen nach, sondern sagen wir die, ach, so simple Wahrheit, warum das arme Parlament, kaum gewählt, von Kräften kommt: weil es eben das Parlament von acht Nationen ist, die einander mehr oder minder nicht ausstehen können, denen es keiner ein Vaterland zu sein vermag und deren Machtkampf den Staat keinen ruhigen Atemzug machen lässt. Oder sagen wir es noch simpler, warum wir alle unter diesem Staat stöhnen und seufzen: weil Deutsche und Tschechen miteinander in Fehde sind und der Gegensatz zwischen ihnen, ihr Streit und Kampf um die Herrschaft und Vorherrschaft, das Parlament aus

dem Geleise wirft, zur sachlich-nüchternen Arbeit nicht gelangen lässt. Was immer von neuem beteuert wird, obwohl es schon Fibelweisheit ist, dass man nämlich weder gegen die Deutschen noch gegen die Tschechen regieren kann, bedarf eben noch einer Ergänzung: mit ihnen beiden kann man erst recht nicht regieren. Was das Parlament brauchen würde und eigentlich schon nach der ersten Wahl des allgemeinen Wahlrechtes gebraucht hätte, wäre eine gewisse Bereitwilligkeit aller Parteien — aller; denn wenn auch nur eine sich trennt, müssen gemäss den Gesetzen des politischen Wettbewerbes sogleich alle anderen nach — in einem gewissen Masse auf die Förderung ihrer Parteiinteressen, auf die Parteiagitation im Parlament zu verzichten; zu verzichten, um des Parlaments willen, des Parlaments, dessen Arbeitsfähigkeit eine recht zarte Pflanze war, welche der sorgfältigsten Pflege bedurft hätte. Man hätte mit dem Parlament, um es so zu sagen, behutsam umgehen müssen, sich hüten müssen, es zu stark zu belasten, so stark, dass es darunter zusammenbricht. Vielleicht wäre es nach den ersten Wahlen gegangen, weil damals die Hochspannung des Wahlrechtskampfes noch nachgewirkt hat, weil damals in Oesterreich eine wirkliche Begeisterung für die Demokratie herrschte und das demokratische Parlament in der Gunst des Volkes obenan stand, so hoch stand, dass die Parteien vor ihren Wählern wohl gerechtfertigt gewesen wären, wenn sie dem Parlament was zuliebe getan und um seinetwillen auf mancherlei verzichtet hätten, was den Parteien sonst wichtig scheint. Da hat der Teufel den Gessmann geritten (der damit freilich seine politische Minderwertigkeit dargetan hat), das Parlament zum Machtmittel gegen die Sozialdemokratie zu erniedrigen, und der zur Ausheilung der alten Parlamentsübel so notwendige „Gottesfriede“ — wobei man beileibe an keine sentimentale Idylle zu denken hat — ist durch die christlichsoziale Einkreisungspolitik vorweg gehindert und unmöglich geworden. Was das Parlament gebraucht hätte und natürlich auch jetzt brauchen würde, ist jenes Einheitsgefühl aller Parteien im Staate und im Parlament, welches das Parlament, nicht ein bestimmtes, sondern das Parlament als Institution, als das gemeinsame Gut aller erkennt, dessen Bewahrung und Entwicklung also die Verpflichtung aller ist. Nun schwindet dieses Einheitsgefühl auch in normalen Parlamenten immer mehr — weil die Klassengegensätze die ursprüngliche Einheit immer mehr zerbröckeln — aber in Oesterreich, dem Staate der nationalen Gegensätze, ist es völlig erloschen: dem Parlament tut niemand was zuliebe und die partikularen Interessen (die Interessen der Nation, oder was man so nennt, oft aber auch kommune Mandatsinteressen) haben das Uebergewicht auf allen Seiten erlangt und das Parlament zieht überall den kürzeren. Für den organischen Gesundheitsprozess ist die Zeit also vorüber, oder noch lange nicht gekommen; und so bleibt, um das Parlament wenigstens halbwegs auf den Weg zu bringen, nur das mechanische Mittel der Stabilisierung einer zureichenden und tragfähigen Majorität. Und die sucht man nun seit Jahren, sucht sie ebenso krampfhaft wie die genialische Regierung, und sucht sie bisher ebenso vergeblich. Wohl scheint das Problem der parlamentarischen Mehrheitsbildung ein technisches, ein untergeordnetes Detail; die Unmöglichkeit, es zu bezwingen, ist aber das Gleichnis des Jammers, den man den Staat Oesterreich nennt.

Deutsche und Tschechen sind nationale Parteien. Soweit national bedeutet: sich der Nation bewusst zu sein — und das ist sicherlich der ursprüngliche und echte Begriff des „Nationalismus“ — ist heute auch jede Sozialdemokratie national; und nur in Oesterreich muss dieses Selbstverständliche erklärt und — erläutert werden. Selbstverständlich ist es deshalb, weil der Klassenkampf, durch den wir das Proletariat zur Erfüllung seiner weltgeschichtlichen Aufgabe befähigt machen, dem Proletariat eben Kultur erobert, Kultur aber nur durch die Vermittlung der eigenen Nation empfangen wird, ihm also nationale Kultur erobert. Aber der Nationalismus der herrschenden Klassen, zumal der Nationalismus, der in Oesterreich gepredigt, geübt und empfunden wird, ist nicht das Bewusstsein der eigenen Nation, ist vielmehr und fast ausschliesslich der Gegensatz zu der anderen Nation, ist das bewusste Erfüllen mit diesem Gegensatz, ist demnach der Kampf gegen die andere Nation, weshalb wir diese Parteien eben nicht nationale nennen dürfen, sie nationalistische Parteien nennen müssen. (Der Separatismus, an dem, als der letzten Frucht am Baume des österreichischen Nationalismus, das besonders fasslich zu studieren, ist keineswegs das Bewusstsein der Nation, ist vielmehr

die Behauptung vom Gegensatz des tschechischen und des deutschen Proletariats, ist die Aufzucht dieses Gegensatzes.) Was bedeutet es also in der realen Welt, dass die deutschen und die tschechischen bürgerlichen Parteien nationalistische Parteien sind? Dass die Leitschnur, die ganze Motivation ihrer Politik der nationale Gegensatz ist, dass sie alles Geschehen im Staate vom Standpunkt und nur vom Standpunkt eben dieses Gegensatzes betrachten und beurteilen, dass das, was sie bewegt, allein der Kampf gegen die andere Nation ist. Wobei es natürlich ganz unerheblich ist, dass die einen den Krieg gegen die andere Nation damit zu rechtfertigen suchen, dass sie nur ihren Besitzstand, also das, was ihnen gehört, verteidigen, und die anderen natürlich nur Gerechtigkeit begehren, wenn sie die Mehrung ihrer Macht begehren. Und just diese Parteien, die sich das ganze Leben hindurch herumschlagen, die für ihre Leute nur das Argument der Schmähung der anderen haben, die sollen sich nun im Parlament — und das würde ihre Verbindung innerhalb einer Mehrheit eben bedingen — friedlich und schiedlich zusammensetzen und das einige Oesterreich mimen! Es klingt so einfach und es klingt eigentlich selbstverständlich, wenn man die Deutschen und die Tschechen auffordert, es doch einmal zu versuchen, ihre Differenzen, die sie doch nicht auszugleichen vermögen, einfach beiseite zu stellen, sich zu verbünden und das Regieren gemeinsam in die Hand zu nehmen; aber es ist doch nicht weniger als die Aufforderung, ihre Wesensart zu verleugnen und das aufzugeben, was sie als das kostbarste Gut ihres politischen Lebens erachten: den Hass und den Kampf gegen die andere Nation. Die kurze und wegen ihrer Kürze so lehrreiche Episode des Beckischen Koalitionsministeriums abgerechnet, haben in der gesamten konstitutionellen Geschichte Oesterreichs nationale Deutsche und nationale Tschechen niemals nebeneinander gewirkt, standen sie immer in voller Front gegeneinander; es ist also gar nicht so einfach, als es, rein verstandesmächtig betrachtet, ausschauen mag, sie zusammenzubringen und sie beisammenzuhalten. Und heute, nachdem der Separatismus des tschechischen Proletariats dem Nationalismus des Gegensatzes nach rechts und links neue Argumente liefert, wird es natürlich nicht leichter geworden sein.

Nun muss man sich auch fragen, was das heisst: „in Oesterreich regieren“. Dass eine Partei ans Ruder kommt, bedeutet überall, dass sie die Zügel der Macht ergreift und den Staat nach ihrem Ebenbild formt, ihre Forderungen also verwirklicht, den im Augenblick möglichen und nötigen Reformen den Stempel ihres Geistes aufdrückt. Aber eine Koalition zwischen Deutschen und Tschechen bedeutet das Gegenteil hiervon. An Realem steckt in ihnen nur das Nationalistische, das allein ist ihr Wesenskern und ihr Lebenselement — denn in allem übrigen, dem Politischen und Oekonomischen, ist aus ihnen eine Einheit und Gemeinschaft überhaupt nicht zu destillieren. Aber just das Nationalistische sollen sie zur Seite stellen, just das sollen sie aufgeben, just darauf sollen sie verzichten: sie sollen also, indem sie zur Regierung „gelangen“, aufhören, zu sein, was sie sind, aufhören, nationalistische Kampfparteien zu sein. Und wofür sollen sie das aufgeben? Zum Schluss und in der Hauptsache besteht doch das berühmte Regieren in Oesterreich nur darin, dem Parlament die Mittel für die Grossmacht abzuringen, für die Grossmacht, die hier nicht Ausdruck und Ausfluss von Staat und Volk ist, ein fremdes Element vielmehr, das man nie liebt, oft aber hasst. Nur ein lockendes Ziel könnte die Nationalisten dazu bewegen, sich gleichsam ihrer Natur zu entäussern, über den Wust der Vorurteile zu erheben, mit deren Mehrung sie seit Jahrzehnten beschäftigt sind; aber ein lockendes Ziel ist die Befriedigung des ewigen Hungers der Grossmacht nach Geld und Soldaten weiss Gott nicht. Und je breiter die Basis einer Regierung ist, desto geringer wird ihre Identität mit den Parteien, desto schwächer auch das Band, das sie mit den Parteien verknüpft. Man hat das ja an dem Zerfall der Beckischen Koalition beobachten können, die die grösste der denkbaren Regierungsparteien war und die schwächste Kohäsionskraft besass — was Beck mit einem gewissen Galgenhumor dahin umschrieb, dass er von seinen Mannen nicht verlange, dass sie darauf verzichten sollen, auf ihn und auf seine Koalition zu schimpfen, dass er von ihnen nur verlange, dass sie für seine Staatsnotwendigkeitsvorlagen stimmen. Das Exempel Bienenrath zeigt, dass es ohne die Tschechen nicht geht, und die Exempel Beck und Gautsch zeigen, dass es mit Deutschen und Tschechen erst recht nicht geht. Es ist

eben keine einfache Sache, es ist eben die Frage, an der wir uns alle verbluten, für ein Volk die entsprechende Stelle zu finden, welches zu gross, zu entwickelt ist, um beherrscht werden zu können oder beherrscht werden zu dürfen, und welches so empfindlich ist, dass es Druck und Zwang auch dort sieht, wo die Natur der Dinge selbst wirkt; es ist eine verflucht schwere Sache, mit den Tschechen auszukommen, die Kraft genug haben, alles zu zerstören, und vor deren Aspirationen sich keine ausserhalb ihres nationalen Seins lebende Notwendigkeit behauptet. Wir sollen uns wundern, dass dem Tschechentum der Staat Oesterreich nicht wichtig ist, nicht so wichtig ist wie sein eigenes Selbst, da wir es doch erfahren haben, dass ihm nicht einmal die Sozialdemokratie so wichtig ist wie die Grösse und der Glanz des tschechischen Namens! Wie können wir davon überrascht sein, dass die Tschechen dem Staate Oesterreich keine Opfer leisten wollen, da wir es doch sehen, dass sie auch der Sozialdemokratie jedes Opfer weigern, selbst die Opfer einer falschen Auffassung weigern! Dass den Nationen in Oesterreich in ihrem aufgezwungenen Nebeneinanderleben das leuchtende Ziel fehlt, ist die österreichische Tragik.

Und so bleibt nichts übrig, als zu warten und auszuharren. Nun nützen keine Moralpredigten, keine theoretischen Lehren, nun muss die Zeit die Erfahrung vermitteln, die das allein vollbringen wird, was not tut: allen die begrenzende Schranke zu weisen, die die Existenz der anderen aufgerichtet hat, welche heute keine Nation anerkennen will und doch jede anerkennen muss. Und mittlerweile sich treu bleiben und nicht müssig sein. Wenn die deutschen Arbeiter gute, tapfere und gesinnungsfeste Sozialdemokraten sind und bleiben, so kann ihnen kein Teufel was anhaben. Und so wichtig und nützlich ein Parlament ist, in dem die Sozialdemokratie Macht und Einfluss besitzt, so ist es lange nicht die ganze Ausrüstung, die das Proletariat für seinen Befreiungskampf zu eigen hat. Eine verbreitete sozialdemokratische Presse, ausgebaut und schlagfertige politische und gewerkschaftliche Organisationen sind eine Machtquelle, die uns keine parlamentarische „Lage“ nehmen kann. Unser Verhängnis wird die österreichische Tragik nicht werden.

Karl Renner: Nach Innsbruck

Auch wenn man sie im Kalender rot anstriche, blieben Parteitage nur Tage im Kalender — wer einen Umsturz der Dinge, wer den augenblicklichen Wandel der Tatsachen von ihnen erwarten wollte, wäre abergläubisch. Parteitagsbeschlüsse schaffen Tatsachen nicht in die Welt und nicht aus der Welt. Was sie zunächst vermögen, ist die Klärung der Auffassung, die einheitliche Ausrichtung unserer Meinungen und die Einigung unseres Willens. Erst die Menschen, die im Denken eins sind, kommen zu gleichem Willen, erst der einheitliche Massenwille gestaltet Dinge um und schafft Tatsachen. Auf diesem langen schwierigen Weg wird die geschichtliche Tat der Masse geboren. Und so sind sozialdemokratische Parteitage nicht die Geburts-, sondern die Empfängnisstunden für die Aktionen des Proletariats.

In diesem Verstand können wir auf Innsbruck mit froher, ja stolzer Genugtuung zurückschauen. In der kritischsten Lage der österreichischen Sozialdemokratie, auf dem strittigsten Boden österreichischer Politik, auf dem tiefsten Grunde der Enttäuschung, mitten im Sturm der Leidenschaften, im ärgsten Wirbel aller Zweifel an der Bewährbarkeit eines Hauptgrundsatzes unseres Handelns haben wir deutschen Sozialdemokraten die höchsten Güter der Partei, die zugleich die Grundfesten jeder menschlichen Vereinigung und die Grundbedingungen ihres Wirkens sind, glänzend behauptet: Einheit und Prinzip. „Behauptet“ sagt zu wenig: Wir sind allesamt erst so recht innerlich zusammengewachsen, wir alle, die Widerstrebenden, Kritischen, die wir als Zweifler und Klageführende gekommen, sind in den drei Stunden der Rede Adlers, in der Wärme seines Wortes und in dem Lichte seines Erkennens zusammengeschmolzen in eine wahre Gemeinde; und niemals ausser der denkwürdigen revolutionären Reichskonferenz von 1907 waren wir also in jeder Faser eins.

Niemals war auch das Prinzip der Internationalität, die tatbereite Erkenntnis von der Notwendigkeit der proletarischen Gemeinbürgerschaft aller Zungen in uns so lebendig als jetzt, da wir als Nation allein ratschlagten, da wir als Nation herausgefordert waren. Was wäre denn näher gelegen als Herausforderung mit Herausforderung zu beantworten? als die nationale Ungebundenheit zu nationalistischem Sonderwollen zu nutzen? Der tschechische Separatismus hatte die politische und wirtschaftliche Internationale zerschlagen, wir waren frei in unseren Entschlüssen. Konnten wir nicht unserem verletzten Ehrgefühl Luft machen und angetanen Schimpf mit Schimpf vergelten? Wir waren als Nation provoziert — konnten wir nicht im Feuer der Leidenschaft dahin gelangen, uns als deutschnationale Arbeiterpartei zu konstituieren?

Auch nicht die Versuchung hiezu hat den Parteitag oder nur einen einzigen Redner angefochten. Kein hartes Wort fiel gegen das tschechische Proletariat und alle Erregung ward gemeistert durch das Streben, alles zu begreifen, den traurigen Irrtum der tschechischen Arbeiter in den unglückseligen Gestirnen zu lesen, unter denen sie geschichtlich herangewachsen — worauf im Grunde Leuthners Rede hinausläuft. Das ungewöhnlich hohe Niveau der Verhandlungen, ihr intellektueller Standard soll dadurch nicht in erster Linie betont sein, sondern die politische Selbstbeherrschung, die auf Seite des Charakters der Partei liegt. Weder die Lockungen der nationalistischen Bourgeoisie noch der Verdruss über die unbeschreibliche Kampfesart derer, die bisher an unserer Seite standen, haben die deutschen Parteigenossen um Haaresbreite von ihrem reinen Wollen abgebracht. Und rein ist auch ihr internationales Bekenntnis geblieben von jedem nationalistischem Anhauch.

Ein Lächeln des Mitleids wird daher die deutschen Genossen überkommen, wenn sie das armselige „Missverständnis“ Anton N e m e c' lesen: „Die deutschen Sozialdemokraten hätten die nationale Assimilation in ihr Programm aufgenommen!“ Oder: „Sie haben mit Deutschnationalen Bündnisse geschlossen, um zu zeigen, dass sie die besten Deutschen seien!“ Oder: „Sie wollen den deutschen Charakter Oesterreichs verteidigen!“ Der arme Nemeč, der einst bessere Tage hatte, leidet politisch an der Krankheit, die man menschlich Hysterie nennt und die des eigenen Geistes Zerfahrenheit den Mitmenschen leiht; so dichtet er das separatistische Bündnis mit Stransky und den Separatistentraum eines slawischen Oesterreich, um dessen Königskronungen und Ministerschlüssel sie sich mühen, uns Deutschen an. War denn nur von all diesen Dingen auf dem Parteitag die Rede?

Ja doch — Leuthner hat eine Rede gehalten, deren ungewohnter Ton zunächst nicht verstanden wurde, und Hartmann hat Anträge gestellt, die abgelehnt wurden; beide Aktionen haben kaum eine merkliche Wirkung auf den Parteitag gehabt. Aber hindert das etwa das Separatistenblatt, die Sache so zu verdrehen, als wäre der Parteitag unter dem dominierenden Einfluss von Hartmann und Leuthner gestanden? Ach nein! Sie sprechen sogar davon, dass ein „Hartmann-Kultus“ die Partei ergreife, dass unser Hartmann, der freilich mit dem Katheder in gewisser örtlicher, wenn auch nicht gehaltlicher Beziehung steht, die Partei in das Lager des Kathedersozialismus führe! Nein — uns deutschen Sozialdemokraten ist nicht mehr zu helfen, wir sind die verlorenen Söhne des echten Sozialismus, dessen letzte Zuflucht Vaněk und Tusar geworden sind!

Durchsichtig ist dabei die Taktik der Separatisten: Sie suchen aus unseren Reihen sich Opfer, denen sie deutschnationalen Chauvinismus andichten können, woraus sie ein Doppeltes erhoffen: erstens soll unser angeblicher Chauvinismus den ihrigen als Abwehr rechtfertigen, zweitens vermögen sie so ihren Anhängern einzureden, dass sie selbst die besseren Internationalen seien, als die national verseuchten „deutschen Genossen“. Es ist schade, dass Leuthner und Hartmann selbst die Handhabe bieten, einen separatistischen Publico als Schaustück deutschen Chauvinismus vorgeführt zu werden. Leuthner, der sich uns in den letzten „Sozialistischen Monatsheften“ als „ruppiger Drauflosdenker ohne schulgerechte Beinbewegungen, jedoch mit geschämig im Gefieder geborgenen Schwanenfuss der Eitelkeit vorstellt und Wahrheiten voller Gräten serviert, die uns im Halse stecken bleiben sollen, auf dass wir husten“, hat in dieser seiner blendenden Stilkunst den Separatisten manche Redewendung geliefert, die ihnen die Verunglimpfung des deutschen Proletariats erleichtert. Er müht sich die Psychologie des Tschechentums, ihr ureigenstes Wesen und Sonderdenken zu erklären, das Gedankengeflecht, das ihre Köpfe umstricke, aufzulösen und erklärt so seine Innsbrucker Rede, die er in den Monatsheften zum Teil zitiert. Hiebei meint

er bloss die obligaten Rosinen, wie „Klassenkampf, Klassegegensatz etc.“ in dem servierten Backwerk vergessen zu haben, sonst hätte es als prinzipiell garniert auch gemundet! Dabei ist die zitierte Erklärung die tschechische Psychologie und das besondere Tschechentum zu charakterisieren so wenig geeignet, dass man bei seiner Schilderung der tschechischen Erweckung* bloss das Wort Tschechen durch Deutsche und das Wort Deutschenhass durch Franzosenhass ersetzen braucht, um die landesübliche Erklärung der Entstehung der deutschen Nationalliteratur und Nationalkultur um die Wende des 18. Jahrhunderts zu erhalten. So beweist er wider Willen, dass ein Nationalismus so schlecht und so gut ist wie der andere. Seine Ausführungen über die nationalen Gedankenkeime, die den tschechischen Arbeiter schon im Kindesalter und insbesondere in der Volksschule umgeben, gelten heute ganz genau so für die deutsche Jugend, für die Deutschen in den Sudetenländern überhaupt. Nationalistische Wandaufschriften** sind dort in gleicher Weise in tschechischen wie in deutschen Schulen die Regel. Wenn Leuthner sagt, das Tschechentum stelle eine fertige Staatsnation ohne Staat dar, so hindert ihn bloss eine gewisse Einseitigkeit der Beurteilung zu erkennen, dass heute auch Polen, Italiener und nicht am wenigsten wir Deutsche in Oesterreich ganz dasselbe darstellen. Würde er das erkennen, so könnte er nicht speziell zu Lasten des einen buchen, was unser aller trauriges Erbteil ist, nämlich dass viele Staatsnationen verurteilt sind, mit einem Staat vorlieb zu nehmen, also alle um den einen Staat konkurrieren und also allesamt den Vorzug geniessen, jede der anderen antipathisch zu sein — welch ein Irrtum zu meinen, darin liege die spezifische Differenz des Tschechentums! Die oberflächlichste Allgemeinheit in der „Geschehensreihe“ sieht also Leuthner als das Spezifische und Konkrete an und gelangt so auf das Niveau der deutschen und tschechischen Nationalisten, die in voller Gleichwertigkeit und mit voller Gleichberechtigung einander seit Jahrzehnten dieselben Vorwürfe des Byzantinismus und Hochverrats, der Herrschsucht und Eroberungspolitik, der Germanisierung und Slawisierung machen. Da ist jeder der Eroberer, jeder der Unterdrücker, jeder der Dulder und — jeder will die wahre Gleichberechtigung.

Es kann nicht die Aufgabe des Sozialisten sein, diese Phraseologie einzulernen und nachzuleiern, sondern sie aufzulösen in ihren realen Grund, in die allseitige Konkurrenz der Nationen um Boden, Besitz, Macht und um den Staat vor allem. Tut er das, so muss er zu dem konkreten Schluss kommen: Entweder gelingt es den Nationen, sich in die Staatsmacht zu teilen oder sie müssen den Staat zerreißen. Man kann das eine oder das andere schliessen und wird sich im ersten Fall „gesamtstaatlich österreichische“, im anderen irredentistische Vorstellungen von dem Ausgang des österreichischen Jammers machen. Nur die völlige Konfusion über das Verhältnis von Staat und Nation wird hier von einem gesamtstaatlich-österreichisch gefärbten Kosmopolitismus einzelner Genossen reden, der dem wahren Internationalismus unterschoben werde. Die Not der realen Völkergemeinschaft, die den real gegebenen Staat Oesterreich unter sich teilen muss, wäre sicherlich ein heiteres Objekt souveränen Spotts, wenn diese Not nicht eben vor allem unsere Not wäre und zum zähen Hemmnis für den Aufstieg des österreichischen Proletariats, für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat würde. Das geistreichste Herumgerede ändert nichts an der trivialen Tatsache: Entweder schlägt eine europäische Verwicklung dieses Reich in nationale Stücke — dann ist unser Boden der Schauplatz, dann tragen wir die Opfer dieses Krieges und sind wir um dieses Los, das der Irredentist ersehnt, wirklich nicht zu beneiden; oder aber diese Völker bleiben beisammen. Ist das Zusammenbleiben ihr Los, so können sie das entweder wie zänkische Weiber ertragen, indem sie das Unabänderliche ewig tatlos bekeifen und ihre Tage in ergebnislosem Gezänk verbringen oder sie können wie Männer sich in die Umstände fügen, sich miteinander schlecht und recht einrichten und das Erreichbare schöpferisch vollbringen. Das erste tut der österreichische Nationalist, das letzte der „österreichische Internationale“. Dieser kann wohl noch den Irredentisten achten, der doch weiss was er will und den Mut der Konsequenz hat. Aber das end-

* Etwa von den Worten „Jede Ideologie hat dauernd das Gepräge“ bis zu „Gegensatz gegen das Deutsche“.

** Zum Beispiel: „Deutscher Knabe, gedenke dass du ein Deutscher bist!“ und ähnliche.

und fruchtlose weibische Gekeif und Gezänk unserer Nationalisten aller Zungen hat nicht den leisesten Anspruch auf Respekt, zumal bei einem Sozialdemokraten. Denn für ihn steht doch wohl die harte, wenn auch triviale Tatsache fest: Die Reaktionäre aller Zungen nähren diesen Zwist, sie spielen den nationalen Kampf direkt gegen den sozialen aus, sie wälzen den Block des Nationalismus auf den Weg des Sozialismus, um den Aufstieg des Proletariats zu hemmen. Dem nüchternen Denken des Arbeiters wird der scharfsinnigste Geist die Einsicht nicht wegsپotten: Das national zerklüftete Proletariat wird in Oesterreich niemals die Macht haben, die Staatsgewalt zu bestimmen, geschweige denn zu erobern. Nationaler Kampf — das ist Verhinderung sozialer Reformen, ist Rechtlosigkeit, ist Hunger, ist Massenverelendung.

Welch unrealistische Auffassung liegt in Leuthners Redewendung: Der deutsche Arbeiter habe einen „Boden“, eine „Kulturhöhe“, eine „Kulturtradition“ zu verteidigen. Wohl sind wir nicht mehr so arm, dass wir nicht einiges zu verteidigen hätten, etwa das Koalitionsrecht, das Wahlrecht, das Versammlungsrecht etc. Aber gegen das Gran des Errungenen steht eine ganze Welt, die erst zu erobern ist! Welchen Boden besitzen wir? Nichts ist der Arbeiter in der Gemeinde, nichts im Lande! Nichts besitzt er von der Kulturhöhe als das Recht, seine Kinder in die klerikalisierte niedere Schule zu schicken. Unwahr ist es, dass man ihm eine deutsche Kulturtradition vererbt habe. Das geistige Erbe, das ihm die Nation in der Schule vermittelt, besteht in der biblischen Geschichte, in patriotischen Lesestücken und letzter Tage auch in einigen nationalistischen Phrasen. Die Kulturtraditionen der deutschen Arbeiter sind weit eher das Kommunistische Manifest und Lassalles Arbeiterprogramm, die Kulturgemeinschaft mit dem Arbeiter im Reich stellten nicht Barbarossa und Bismarck, sondern Bebel und Liebknecht her. Alles, alles ist uns noch zu erobern. Und darin steht uns der tschechische, polnische, italienische Arbeiter gleich. Ja, wir sind gleichberechtigt, weil alle gleich rechtlos, wir sind gleichwertig, weil im heutigen Wirtschaftsleben in gleicher Weise gewertet — als Mietware. Wie vieles auch in den letzten Jahrzehnten besser geworden, es ist kaum ein Ansatz dessen, was wir brauchen. Und so ist die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes in der Gemeinsamkeit der Not begründet und wird sich durchsetzen — gegen oder selbst durch die Separatisten.

Das ist der grosse gefährliche Fehler Leuthners: Wir haben Streit mit den tschechischen Separatisten zunächst in zwei Fragen: über die Gewerkschaften und Minoritätsschulen. Dieser konkrete, begrenzte Streit wird von ihm ausgeweitet und aufgebauscht und in ihn die Phraseologie und Argumentationsweise des Kampfes der Nationen auf der ganzen Linie hereingetragen, bis die gewaltige Masse der gemeinsamen Interessen verschwindet. So macht er den Fehler ganz, den die tschechischen Separatisten, wie wir hoffen, nur zum Teile machen.

Die deutschen Nationalisten suchen in Oesterreich ihren Staat, die tschechischen auch; die Deutschen meinen ihn darin zu besitzen, die Tschechen zu erobern. Es irren ja beide: Keiner hat ihn, keiner wird ihn allein haben — sie werden allezeit nur Mitbesitzer sein können, weil es nur ein internationaler Staat oder gar keiner sein kann. Die Deutschen konstruieren in Gesamtösterreich ihren Staat hinein, die Tschechen wollen ihn aus Gesamtösterreich herauskonstruieren, aus dem Ganzen herauschneiden. Das ist die spezifisch tschechische politische Methode bis auf die jüngste Zeit.

Warum sind wir mit den Separatisten in Streit? Diese politische Methode der Staatsgründung üben sie nicht einmal gegenüber dem Staat, wo sie sich mit der Regierung, mit dem gemischten Kabinett begnügen. Sie haben sie auf die Gewerkschaften angewendet, wo sie selbst die gemischte Kommission verwerfen. Sie tragen ihre Politik, ihr Staatsrecht in die Gewerkschaften und sagen, eine andere Ordnung sei unerträglich! Sie haben in Brünn politisch auf den Nationalitätenbundesstaat kompromittiert — aber in den Gewerkschaften halten sie den Nationalitätenbundesstaat für unmöglich, da sind sie Sonderbündler.

Der separatistische Unverstand schreit aus diesen Tatsachen. Gewerkschaften sind Vereinigungen zu einem einzigen konkreten Zwecke, wo die straffste Kampfdisziplin not

tut, sie sind eine kämpfende Armee und können nicht achterlei Kommando haben. Also muss gerade dieses Gebiet von aller staatsrechtlichen Konstruktion frei bleiben. Wenn Hartmann gelegentlich sagt: Der Klassenkampf wird aber in Regimentern geführt, die eine eigene Regimentssprache haben, so hat er für den politischen Kampf ganz recht: Dort marschieren auch die Bourgeoisie in deutschen, tschechischen etc. Regimentern, will sagen Parteien auf, und da hier die Waffe das Wort ist, sind die Regimente mit den verschiedenen Regimentssprachen schon hergestellt in unseren getrennten Parteiorganisationen. Wie steht es damit im Gewerkschaftskampf? Hier ist der Kampfbo den die Werkstatt, die Branche, der Industriezweig und die Waffen sind hüben die arbeitenden Hände, drüben das Kapital. Hier kommt es auf die Zunge nicht an, sondern auf die Hand, auf den Geldsack. In einer Kürschnerwerkstatt in Wien arbeiten Deutsche, Tschechen und Polen zusammen — sie müssen ein Regiment sein. Schneider von Wien und Prossnitz arbeiten für einen Konfektionär — sie müssen ein Regiment sein oder sie sind ein in Auflösung begriffener Haufe und geschlagen vor der Schlacht.

Ich bin Föderalist durch und durch, bin für das Staatsrecht der Nation, auch der Deutschen in Oesterreich, ich finde dafür tausend Gründe — aber für Föderalismus und Staatsrecht in den Gewerkschaften finde ich auch nicht einen Grund. Was die Tschechen politisch wollen, müssen sie wollen — das will ich als Deutscher auch für die Deutschen: Staatsrechtliche Organisation und Konstitution der Nation. Nicht diese Willensrichtung ist ihnen vorzuwerfen, am wenigsten sind sie als bisher staatslose Nation deshalb zu höhnen. Aber was sie wollen, was sie auf dem Boden des Staates, bei der Regierung, von der deutschen Bourgeoisie nicht erreichen können, das wollen sie auf dem Boden der Gewerkschaft, das wollen sie von uns. Hier liegt die Unmöglichkeit, wie auch Leuthner konstatiert. Die Gewerkschaft ist als Objekt nicht imstande das zu leisten, und wir sind nicht im Besitze des Staates, um ihnen einen Staat zu konzederen. Wir haben keine Kronen zu vergeben. Was wir auf diesem Boden vermögen, ist gemeinsam mit ihnen uns Brot und Arbeit zu sichern oder aber — getrennt geschlagen zu werden.

Die andere Frage, die uns trennt, betrifft die Minoritätsschulen, und hier machen die Separatisten gerne Hartmann zu ihrem Zielpunkt. Die Frage ist im „Kampf“ ausführlich erörtert worden und neben vielen anderen hat auch Hartmann sich geäußert — er ist auch damals ziemlich einsam geblieben. In seinem Bericht über Innsbruck wiederholt er seine Auffassung: „Die proletarische Lösung könne nur die der allgemeinen Zweckmässigkeit sein. Einer solchen stünden die nationalen Minderheiten entgegen, wenn sie künstlich gegen die natürliche Assimilation geschützt werden. Diese Assimilation sei im Interesse der Majorität wie der Minoritäten. Hier in Wien werde man aus den leidigen Kämpfen nur herauskommen, wenn sich die tschechische Bevölkerung wenigstens in der zweiten Generation assimiliere etc.“

Hartmann ist Rationalist und glaubt an die allgemeine Zweckmässigkeit. Der Glaube ist alt. Auch Kaiser Josef hat daran geglaubt und in einem Erlass als heilsam für das Reich und jeden einzelnen hingestellt, wenn alle Bewohner Oesterreich-Ungarns Deutsche werden. Fatalerweise hatten die anderen eine andere Auffassung von der Zweckmässigkeit und haben recht behalten. Die allgemeine Zweckmässigkeit fordert auch Regen, wenn Dürre herrscht, und den nationalen Frieden, wenn die Völker aufeinanderschlagen. Mit mehr Recht führt jede Nation die spezielle Zweckmässigkeit der Volksschule an, die bezweckt, dass die Kinder in der Schule möglichst rasch und viel lernen, und das tun sie in der Muttersprache. Man sieht: Aus den Gründen der Zweckmässigkeit werden Menschen, die verschiedene Zwecke haben, sich nicht einigen.

Die Folgerung: Es soll regnen, da Dürre herrscht, ist die Logik der Bittprozession. Wir haben gelernt, dass Dürre und Regen, dass Regen nach der Dürre durch naturgesetzliche Notwendigkeit bestimmt sind, an der Gebete und Flüche nichts ändern. Es gibt Sozialisten, die auf die Assimilation fluchen wie Bauern über die Dürre — das sind die Separatisten; es gibt solche, die auf sie hoffen wie Bauern auf den Regen, — zu ihnen gehört Hartmann. Die Assimilation ist nicht geeignet als Parteiprogramm, ob man dafür oder dagegen ist. Sie vollzieht sich gesellschaftlich ohne und gegen den Willen der Betroffenen.

Hunderttausende Deutsche sind nach Amerika ausgewandert und anglikanisirt worden, obwohl sie drüben volle Schulfreiheit besaßen. Selbst Eltern, welche mit allen Mitteln ihre Kinder beeinflussten, erlebten, dass diese Yankees wurden. Heute wandern zahlreiche Italiener, Polen, Slovaken hinüber und wollen Yankees werden, aber es gelingt ihnen nicht.

Die Assimilation ist, wenigstens nach meiner und Bauers Auffassung, ein gesellschaftlicher Naturprozess, der sich ohne menschlichen Eingriff vollzieht. Ein Naturprozess ähnlich jenem, der dem in Waldregionen versetzten Feldhasen eine dunkle, dem in Schneeregionen versetzten eine weisse Farbe gibt. Assimilation ist Umweltwirkung. Nur in diesem Sinne sprechen Bauer und ich von Assimilation und es wird den Lügenkünsten oder dem leichtfertigen Missverständnis der Separatisten uns in dieser wissenschaftlichen Auffassung zu erschüttern nicht gelingen.

Durch Gesetz und Verwaltung kann man die Assimilationstendenz verstärken oder schwächen, wenn auch mit sehr geringem Erfolge. Soweit dies geschieht, liegt Entnationalisierung vor, nicht mehr Assimilation. Die Entnationalisierungsbestrebungen Josefs II., der Franzosen in Elsass, der Preussen in Polen, der Magyaren in Ungarn sind gescheitert, die Yankees dagegen haben nie entnationalisirt und dennoch haben sich Millionen ihnen assimiliert. Die Entnationalisierung erweist sich als kostspieliges und vergebliches Unterfangen — ich kenne in der weiten Welt kein einziges sozialdemokratisches Programm oder Organ, das sich zur Entnationalisierungspolitik bekannte.

Zur Assimilation kann man sich nicht bekennen, ebensowenig als man Regen oder Dürre ins Programm aufnehmen kann. Man kann sie erforschen — das ist alles. Durch eine Reihe vorzüglicher Aufsätze aus allen Gebieten Oesterreichs sind wertvolle Forschungsergebnisse von uns veröffentlicht worden, die zeigen, dass die Assimilation vom Mischungsverhältnis, von der Klassenstruktur und Siedlungsweise der Einwanderer abhängt und dass, was die Schulstunden in der Kindheit dazutun oder wegnehmen können, nur wenig ist und in einigen Jahren verloren geht.

Sei dem wie immer. Bauer und ich haben aus dieser Ueberzeugung von jeher den Standpunkt vertreten, dass jeder obrigkeitliche Eingriff in die nationalen Verhältnisse vom Uebel ist. Von jeher haben wir das Recht des nationalen Bekenntnisses als Sache der persönlichen Freiheit, als sogenanntes individuelles Grundrecht behandelt. Eine andere Auffassung ist mit der notwendigen Freiheit des einzelnen und mit der sozialistischen Ideenwelt ganz unvereinbar. Es ist auch in Parteikreisen niemals dagegen Widerspruch erhoben worden, ich glaube dass auch Hartmann kaum protestieren kann. Da der Innsbrucker Parteitag übrigens die Minoritätsschulfrage gar nicht behandelt und Hartmann allein die Frage berührt und auch bloss gestreift hat, wird es allen Verdrehungskünsten der Separatisten nicht gelingen, das Bild dieser Tagung zu entstellen und in einen chauvinistischen Konvent umzulügen.

Nichts stand auf der Tagesordnung als die Gewerkschaftsorganisation und ihre Untergrabung durch den Separatismus samt den bösen Folgen der Untat, der Spaltung der tschechoslawischen Partei und samt dem guten Erfolge, der Anerkennung der tschechischen Partei. Wohl aber kam, insbesondere durch die markigen Worte Huebers, der Parteitag zum Bewusstsein des tiefen Zusammenhanges der proletarischen Politik mit der proletarischen Massenaktion in der Gewerkschaft, des Zusammenhanges zwischen den internationalen Aufgaben der Partei und dem internationalen Bestande der Gewerkschaftsbewegung: Auf die Dauer kann die politische Solidarität nicht ohne die ökonomische, die ökonomische nicht ohne die politische Solidarität der Arbeiter aller Nationen bestehen. Aus dieser Erkenntnis heraus, die die Kernfrage der Sozialdemokratie in Oesterreich erfasst, kam Hueber zur Forderung, der nächste Parteitag möge unser Nationalitätenprogramm beraten. Doch diese Rede Huebers führt uns über Innsbruck hinaus, führt uns dem nächsten Parteitag entgegen, ihre Besprechung wird die Vorberatung dieses Kongresses eröffnen. Die Reden Leuthners und Hartmanns, die den Rahmen der Beratung sprengten, können so als Dokumente dafür gelten, dass uns der Gewerkschaftsstreit dahindrängt, tiefer zu ackern und vor allem das seit Brünn (1899) brachliegende Feld unseres nationalen Programms neu zu bestellen. Alle die ersten Versuche, das im Verein mit den Tschechoslawen zu tun, sind an ihrer nationalistischen

Konfusion gescheitert. Nun sind wir allein und frei, nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch ungebunden: Als Arbeiterschaft deutscher Nation in Oesterreich werden wir beschliessen und auch hierin wird unser Beschluss nicht nationalistisch, nicht separatistisch, sondern international im reinsten Sinne sein. Dafür bürgt die äussere Notwendigkeit und die innere Erziehung unserer proletarischen Massen.

Josef Strasser (Reichenberg): Nationalismus und Sozialismus

Genosse Pernerstorfer behauptet in seinem „kurzen Wort zur Frage des Sozialismus und Nationalismus“ (Kampf, V, 2), dass „der Internationalismus den Nationalismus zur Voraussetzung hat“. Diese Auffassung beruht auf einer wunderlichen Begriffsverwechslung. Der Internationalismus setzt nicht den Nationalismus, sondern die Nationen voraus: wenn es keine Nationen gäbe, so könnte es natürlich auch nichts zwischen den Nationen, nichts Internationales und keinen Internationalismus geben. Aber aus dieser sehr bescheidenen Wahrheit den kühnen Schluss zu ziehen, dass der Nationalismus eine Voraussetzung des Internationalismus ist, vermag nur derjenige, der unter Internationalismus die Summe aller Nationalismen versteht.

Ein solcher Pannationalismus, wie das Ding im „Kampf“ und auf dem Innsbrucker Parteitag treffend genannt worden ist, wäre eine ganz schöne Sache, wenn er nicht voraussetzte, dass jede Nation die Möglichkeit hat, sich zu entwickeln, ohne dadurch die Entwicklung anderer Nationen zu stören. Diese Voraussetzung ist nämlich falsch. In der menschlichen Gesellschaft bestehen neben den Gegensätzen, die wir sofort als Klassengegensätze erkennen, auch noch andere, die vielleicht markierte, vielleicht — wir wollen die Frage offen lassen — überhaupt keine Klassengegensätze sind. Zu diesen schwer zu klassifizierenden Gegensätzen gehören vor allem die nationalen. So stehen wir vor der Frage: Wie verhalten sich Klasseninteresse und nationales Interesse zu einander? Die Frage ist von der höchsten Wichtigkeit, denn jeder von uns gehört sowohl einer Klasse, als einer Nation an. Ich bin ein deutscher Arbeiter. Ich habe proletarische Interessen und deutsche Interessen. Sind sie von einander unabhängig? Kann ich die einen durchsetzen, ohne die Durchsetzung der anderen in Frage zu stellen? Modifiziert vielleicht mein Klasseninteresse mein nationales Interesse oder umgekehrt? Widersprechen sie einander am Ende gar? Gibt es eine Rangordnung der Interessen? Geht das Klasseninteresse dem nationalen Interesse vor oder steht die Nation über der Klasse?

Das „Kommunistische Manifest“ sagt uns: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ Alle Arbeiter gehören zusammen, gleichviel ob sie Deutsche oder Franzosen, Katholiken oder Protestanten, Männer oder Frauen, qualifizierte oder unqualifizierte Arbeiter sind. Diese Wahrheit wird sehr oft missverstanden. Sie wird so aufgefasst, als ob es im Proletariat keine gegensätzlich interessierten Gruppen und Individuen gäbe, als ob alle Arbeiter dieselben Interessen hätten. Aber das ist falsch. Nur das Klasseninteresse ist allen Arbeitern gemein. Im übrigen bestehen im Proletariat, wie in jeder anderen Klasse sehr viele Gegensätze. Aber die Entwicklung dieser inneren Widersprüche nimmt einen anderen Verlauf in den besitzenden Klassen, einen anderen im Proletariat. Je weiter sich der Kapitalismus entwickelt, desto stärker empfinden die verschiedenen Fraktionen des Bürgertums die Notwendigkeit, die berühmte „eine reaktionäre Masse“ zu werden, desto mehr zerreißen aber auch innere Gegensätze das Bürgertum — ein tragischer Widerspruch, der so possierliche Erscheinungen zeitigt, wie den Deutschen Nationalverband. Das Gruppeninteresse, ja das persönliche Interesse gewinnt in der Seele des Bürgerlichen immer mehr die Oberhand über das Klasseninteresse. Im Proletariat geht die Entwicklung in der entgegengesetzten Richtung, vom Sonderinteresse zum Klasseninteresse. Sie muss so gehen, nicht weil die Arbeiter sittlich höher stehen als die Kapitalisten, sondern weil die wirtschaftlichen Verhältnisse ihnen eine höhere Moral aufzwingen. Nehmen wir ein ganz einfaches Beispiel: In einer Fabrik wird eine

Arbeitsstelle frei. Es melden sich mehrere Bewerber. Der Interessengegensatz ist da: jeder Arbeitslose hat das Interesse, die anderen niederzunkurrieren. Wie vollzieht sich dieser Konkurrenzkampf? Die Arbeiter unterbieten einander. Die Stelle bekommt derjenige, welcher für den geringsten Lohn die meiste und beste Arbeit zu liefern verspricht. Er hat sein persönliches Interesse durchgesetzt, aber zugleich sein Klasseninteresse preisgegeben. Denn indem er mehr arbeitet und weniger verlangt als sein Vorgänger, hat er die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse verschlechtert. Und diese Verschlechterung bedeutet schliesslich auch die Verschlechterung seiner persönlichen Verhältnisse. Darum kann die Lohndrucker- und Streikbrechermoral auf die Dauer nicht die allgemeine proletarische Moral bleiben. Nur einzelnen Individuen kann sie nützen, die Masse verelendet sie. Der Arbeiter muss erkennen, dass er, wenn er sein persönliches Interesse über das Klasseninteresse stellt, auch sein persönliches Interesse schlecht versteht, dass er den Ast absägt, auf dem er sitzt, wenn er sich durch den Kampf mit seinen Arbeitsgenossen, nicht im Verein mit ihnen zu helfen sucht. Diese Erkenntnis wird dem Proletariat freilich nicht über Nacht, es muss blutiges Lehrgeld für sie bezahlen. Es dauert sehr lange, bis es begreift, dass gegenüber dem Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat alle Gegensätze innerhalb des Proletariats belanglos sind, dass jeder Streit im Proletariat, mag er sich um wirtschaftliche, konfessionelle, nationale Dinge drehen, eine Schwächung des Proletariats und eine Stärkung seiner Gegner bedeutet. Das Proletariat kommt spät, durch eine langwierige und schmerzliche Entwicklung, zu dieser Einsicht, aber es kommt zu ihr. Es versteht schliesslich, dass der Proletarier alles nur vom proletarischen Standpunkt betrachten darf, dass er sich unter keiner Bedingung auf einen anderen (religiösen, nationalen etc.) Standpunkt stellen darf. Für den aufgeklärten Proletarier ist der Proletarier das Mass der Dinge, nicht der Deutsche, nicht der Katholik u. s. w.

Ist das richtig, so kann der proletarische Internationalismus unmöglich das bedeuten, was sich Genosse Pernerstorfer unter ihm vorstellt. Pernerstorfer meint: „Der moderne Sozialismus ist so national, dass er die Rechte aller Nationen anerkennt. Er tritt direkt und einmütig für alle unterdrückten Nationen ein.“ Das ist eine sehr unbestimmte Ausdrucksweise. Was ist das Recht der Nation? Und was ist unter dem direkten und einmütigen Eintreten für die unterdrückten Nationen zu verstehen? Setzen wir den Fall, eine unterdrückte Nation rafft sich zum Kampf gegen ihre Herren auf, und nehmen wir weiters an, die allgemeine politische Situation ist eine derartige, dass dieser Befreiungskampf eine Stärkung der Reaktion zur Folge haben muss. Wie werden wir uns verhalten? Werden wir direkt und einmütig für die unterdrückte Nation eintreten oder werden wir die schwere Schädigung des Proletariats, die ihre Erhebung zur Folge haben müsste, mit aller Kraft abzuwehren suchen? Werden wir das Recht der Nation anerkennen oder werden wir erklären: Dem Recht des Proletariats muss jedes andere Recht weichen? Pernerstorfer müsste, um seiner Auffassung des Internationalismus treu zu bleiben, für die Unterstützung des um sein nationales Recht kämpfenden Volkes eintreten, ein konsequenter Sozialdemokrat aber dürfte es nicht. Für den Sozialdemokraten gibt es nur eine Frage: Wie kommt das Proletariat am raschesten ans Ziel? Und alles, was den Emanzipationskampf des Proletariats stört und aufhält, muss er, gleichviel was es sei, abzuwehren versuchen. Sein Internationalismus kann nicht Pannationalismus sein, er bedeutet nicht die Anerkennung der Ansprüche aller Nationen auf eine freie, ungehemmte Entwicklung, denn eine solche Entwicklung ist unmöglich, er bedeutet etwas ganz anderes: dass die Proletarier aller Länder zusammengehören, dass die proletarischen Interessen über den nationalen stehen, dass nationale Gegensätze die Einheit des Proletariats nicht stören dürfen.

Genosse Pernerstorfer ist allerdings der Meinung, dass Klasseninteressen und nationale Interessen einander nicht widersprechen und er behauptet: „Man kann ein sehr guter Deutscher, ein ausgezeichneter Tscheche, ein vortrefflicher Italiener und dennoch ein leidenschaftlicher internationaler Sozialdemokrat sein.“ Die Frage, ob man zugleich ein „guter Deutscher“ und ein guter Sozialdemokrat sein kann, will ich nicht untersuchen, denn es ist mir trotz einem mehrjährigen eifrigen Nachforschen nicht gelungen herauszubekommen, was das eigentlich ist: ein guter Deutscher — und unsere guten

Deutschen haben sonderbarerweise den Versuch, sich selber zu definieren, noch nicht unternommen. Aber ich behaupte, dass Klasseninteressen und nationale Interessen einander widersprechen. Jede Klasse gerät in diesen Widerspruch, allerdings jede an einem anderen Punkt. Ich bin ein Deutscher. Als solcher habe ich das Interesse, dass die deutsche Sprache, die deutsche Kultur, deutsche Art, deutsche Sitte möglichst weit verbreitet sind, denn je deutscher die Welt, je grösser das Bereich des Deutschtums ist, desto leichter und bequemer wird mir das Leben. Ich kann in einem fremden Land um so leichter fortkommen, je besser man meine Sprache dort versteht und ich werde mich dort um so rascher einleben, je mehr die Bewohner dieses Landes von deutschem Wesen beeinflusst sind. Als Deutscher hätte ich also eigentlich das Interesse, die ganze Welt zu germanisieren. Aber ich kann dieses Interesse nicht durchsetzen, denn ich habe noch andere stärkere Interessen. Ich muss von irgendetwas leben. Ich muss entweder arbeiten in der Fabrik oder am Schreibtisch oder auf dem Feld — oder ich muss andere für mich arbeiten lassen, sie ausbeuten. Das nimmt meine Kraft so in Anspruch, dass mir für meine nationalen Interessen wenig übrig bleibt. Ich kann nur so weit deutsch sein, so weit ich nicht Proletarier, Kapitalist, Spracharbeiter bin. Als Kapitalist werde ich tschechische Arbeiter ins deutsche Land ziehen, weil sie billiger arbeiten als die deutschen, und mich den Teufel darum kümmern, dass ich dadurch ein Stück deutscher Welt entdeutsche, obwohl ich als Deutscher an der Ausbreitung des Deutschtums interessiert bin. Als Spracharbeiter werde ich für deutsche Aemter und Schulen kämpfen, aber meine Frau wird ein tschechisches Dienstmädchen halten und bei tschechischen Geschäftsleuten einkaufen. Wieder anders werde ich mich als Proletarier verhalten. Jede Klasse stellt ihr Klasseninteresse über das nationale Interesse, jede Klasse ist nur so weit national, als es ihre Klasseninteressen erlauben. Warum soll es gerade das Proletariat anders machen? Warum soll es, wo sein Klasseninteresse mit dem nationalen Interesse in Konflikt kommt, dieses über jenes stellen? Das nationale Interesse muss dem proletarischen Interesse untergeordnet werden, sobald es ihm widerspricht, sonst opfert sich der Proletarier — und zwar nicht für die Nation, sondern für die anderen Klassen. Er macht dann nicht mehr proletarische, sondern bürgerliche Politik.

Wenn also Genosse Pernerstorfer sagt: „Aus der nationalen Betätigung einer sozialdemokratischen Partei ist ihr also ein Vorwurf nicht zu machen“, so ist dieser Satz mit Vorsicht aufzunehmen. Es kommt alles darauf an, was man unter „nationaler Betätigung“ versteht. Meint Genosse Pernerstorfer mit der nationalen Betätigung eine proletarische Betätigung, die nationale Konsequenzen hat, so werden wir ihm natürlich beipflichten müssen. Meint er aber etwas anderes, so müssen wir ihm widersprechen. Jede „nationale“ Betätigung, die uns nicht das proletarische Interesse diktiert, ist verwerflich, weil nationalistisch.

Genosse Pernerstorfer unterscheidet allerdings verschiedene Arten von Nationalismus. Er unterscheidet zwischen national und nationalistisch. Aber worin besteht der Unterschied dieser beiden Begriffe? Was unterscheidet den Nationalen vom Nationalisten? Der Nationale ist ein gestutzter Nationalist, nicht wesentlich, nicht prinzipiell, nur quantitativ, nur graduell etwas anderes als der Nationalist. Es gibt keinen guten und schlechten, keinen wahren und falschen Nationalismus. Oder bedeutet der Sozialismus etwa den wahren Nationalismus, wie er nach der Meinung mancher Sozialisten das „wahre“ Christentum bedeutet? Diese Auffassung müssen die Arbeiter ablehnen, denn sie ist nur ein kümmerlicher Notbehelf jener Agitatoren, die die Vorurteile der Gegner nicht widerlegen können, weil sie sich selber von ihnen noch nicht ganz frei gemacht haben. Sie ist nur ein Versuch, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben, und solche Versuche nehmen immer ein schlechtes Ende. Wir können dem Nationalismus der Gegner nicht einen anderen, „wahren“, „guten“ Nationalismus entgegenstellen, nicht einen Nationalismus „in der edelsten Bedeutung des Wortes“, sondern nur den intransigenten Internationalismus, der alle nationalen Dinge mit proletarischen Augen ansieht.

Wohin wir mit dem Nationalismus kommen, der angeblich die Voraussetzung des Internationalismus ist, zeigt der Artikel des Genossen Pernerstorfer sehr deutlich. Pernerstorfer ist mit den Separatisten nicht zufrieden, weil er kein rabiater, sondern ein

zivilisierter Nationaler ist, aber er kann nicht genug Milderungsgründe für die Separatisten geltend machen, weil er eben doch ein Nationaler und kein Internationaler ist. Wenn wir dem Genossen Pernerstorfer folgten, so könnten wir an die Stelle der durch den Separatismus gesprengten Gesamtpartei sehr bald eine separatistische Internationale setzen, also ein Unding, das das Ende nicht nur des Internationalismus, sondern des proletarischen Sozialismus überhaupt bedeuten würde.

Genosse Pernerstorfer macht zum Schluss den Anhängern des „alten“ Internationalitätsgedankens den Vorwurf der „Welt- und Lebensfremdheit“. Wir kennen diesen Vorwurf. Die Revisionisten machen ihn den Radikalen ja überall. Aber sie befinden sich dabei in einer kleinen Selbsttäuschung. Wie die „neuen“ Ideen, mit denen sie unsere „veralteten“ Theorien modernisieren wollen, nur die allerältesten bürgerlichen Vorurteile sind (der Revisionismus hat nicht einen einzigen originellen Gedanken gehabt), so sind es auch nicht die Radikalen, sondern die Revisionisten, die den Vorwurf der Welt- und Lebensfremdheit verdienen. Denn wenn sie von Welt und Leben reden, haben sie immer nur die bürgerliche Welt, das bürgerliche Leben vor Augen, sie ignorieren die Tatsache, dass das Proletariat seine eigene Welt hat und sein eigenes Leben führt. Und in dieser proletarischen Welt, aus den Notwendigkeiten des proletarischen Lebens ist der Internationalismus entstanden und er wird darum noch leben, wenn die Episoden des rabiaten Separatismus und des humanen Pan-nationalismus längst der Geschichte angehören werden.

Anton Němec: Die Pfiffigkeit der deutschen Sozialdemokraten*

Sie haben die nationale Assimilation in ihr Programm aufgenommen, sie haben bei den Wahlen Kompromisse mit den Deutschnationalen abgeschlossen, um zu beweisen, dass sie die besten und verlässlichsten Deutschen sind und dass sie ernsthaft den deutschen Charakter Oesterreichs verteidigen. Dabei aber wollen sie nach aussen gute, klassenbewusste Marxisten bleiben, damit sie dadurch um so mehr Vertrauen in der deutschen Arbeiterschaft gewinnen und mit ihrem Marxismus gedeckt auch in dem Teil der tschechischen Arbeiterschaft, der für ein gutes Wort und irgendein Geldstück ihnen helfen wird, in die Welt hinauszuschreien, dass nur jene klassenbewussten tschechischen Arbeiter Sozialdemokraten sind, die ohne Widerrede den deutschen Genossen gehorchen.

Sie erklären in der „Arbeiter-Zeitung“ und in allen ihren Gewerkschaftsblättern, dass die tschechischen klassenbewussten Arbeiter, die eine selbständige Arbeiterbewegung haben wollen, ärger sind als die nationalen Arbeiter, ja noch viel ärger als die Gelben und viel gefährlicher für die deutsche Arbeiterschaft als die Kapitalisten, ihre Regierungen oder vielleicht gar Polizei und Gerichte. Mit allen vermögen sie sich zu verständigen, mit allen Kompromisse zu schliessen, nur mit den tschechischen Sozialdemokraten wollen sie keine Gemeinschaft haben, nicht einmal ein gemeinsames Vorgehen, solange sie auf der Beobachtung der gleichensozialdemokratischen Grundsätze entschieden beharren. Und das halten die deutschen Sozialdemokraten nicht aus, das ist über ihre Kraft, zuzugeben, dass der tschechische Arbeiter gleichberechtigt ist, dass der Ausbeuter ihn nicht zwingen darf, ihm ausser seiner Arbeitskraft auch seine Nationalität und das Recht auf die Erziehung seiner Kinder zu widmen. Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen sind doch dazu da, dem tschechischen Arbeiter die Ueberzeugung aufzuzwingen, dass er für seinen Lohn alles opfern muss, und für die Wohltat, dass ihm die deutschen Sozialdemokraten erlauben, bei deutschen Fabrikanten zu arbeiten, muss er Mitglied ihrer Organisationen sein und muss sich assimilieren!

* Wir entnehmen diesen Artikel ungekürzt dem „Právo Lidu“ vom 18. November 1911. Die gesperrten Stellen sind von uns gesperrt. Polemisieren werden wir gegen diesen Artikel nicht. Es genügt, ihn tiefer zu hängen.
Die Redaktion.

Die Deutschbürgerlichen haben es recht plump angefangen, als sie erklärten, dass sie die tschechischen Arbeiter gewaltsam germanisieren werden. Die deutschen Sozialdemokraten machen das viel gescheiter. Sie verdrehen Germanisation in Assimilation, erreichen damit dasselbe und schreien noch in der sozialistischen Internationale aus, was sie für gute Leute und Freunde der tschechischen Arbeiter sind, wenn sie die gehorsamen von ihnen unter sich dulden.

Mit um so grösserer Kraft werfen sich aber die deutschen Sozialdemokraten auf die unfolgsamen tschechischen Arbeiter, die da glauben, mit ihnen gleichwertig zu sein, wie im Arbeitsprozess, so auch in politischer und kultureller Beziehung. Diese Arbeiter wollen den deutschen Sozialdemokraten nicht einmal glauben, dass ihnen der Fabrikant eine gar so grosse Wohltat erweist, wenn er sie ausbeutet, dass sie ihm dafür ausser ihrer Arbeitskraft auch ihre Nationalität und ihre Familie opfern sollten. Die deutschen Sozialdemokraten sagen ihnen dafür boshaft, dass sie „Separatisten“ sind, ja sie liessen sogar gegen sie in Kopenhagen den jungen Adler los, damit er sie als Verräter der deutschen Interessen beschimpfe, und im „Kampf“ bezeichnete er sie als minderwertig in der Internationale, indem er sich dabei hinter den Schild des Einflusses seines Vaters versteckte.

Die deutschen Sozialdemokraten sind in Gefahr, ihr Prestige bei den Unternehmern und Behörden und besonders bei der österreichischen Regierung zu verlieren, wenn sich die tschechischen Arbeiter vollständig aus ihrer Botmässigkeit und Tributpflicht befreien. Sie scheuen darum keine Gewalt, um den tschechischen Arbeitern in die Köpfe zu bläuen, dass sie ihnen gehorchen müssen, wenn sie auf der Welt überhaupt und in Wien insbesondere existieren wollen. Wie sich ja die „Arbeiter-Zeitung“ gerühmt hat, dass die tschechischen „Separatisten“ von den deutschen Sozialdemokraten solche „Winke“ bekommen hätten, dass sie daran denken würden. Und erst das Selbstbewusstsein, mit dem man sich gegen uns rüstet und uns droht, alles ausser acht zu lassen und nur die tschechischen Sozialdemokraten zu verfolgen und niederzuschlagen!

Heute handelt es sich um keinen prinzipiellen Streit mehr, auch nicht um irgend eine Organisationsform. Heute ist der ganze Streit auf das Gebiet der Macht hinübergebracht, ob die deutschen Sozialdemokraten — eigentlich sollten wir heute sagen deutsche Nationalisten, die schamhaft sich mit dem Marxismus zudecken — imstande sind, die tschechischen Sozialdemokraten zu bezwingen, ob sie imstande sind, die deutschen Unternehmer zu nötigen, dass sie die selbstbewussten und klassenbewussten tschechischen Arbeiter nicht beschäftigen. So wie die deutschen Bürgerlichen sagten, dass sie ihren nationalen Besitzstand mit allen Waffen verteidigen müssen, so erklären heute auch die deutschen Sozialdemokraten, dass sie mit allen Waffen — und sie werden dabei vor keiner Gewalt zurückschrecken — die tschechischen Arbeiter zwingen werden, dass sie sie in ihren Organisationen halten.

Deshalb stürzen sie sich auf uns, deshalb beschimpfen sie uns in ihren Zeitungen — besonders in der „Arbeiter-Zeitung“ — wie besinnungslos, um ihre Gewalttätigkeit gegen uns in der Oeffentlichkeit zu begründen. Zuerst beschimpften sie uns, jetzt vergewaltigen sie uns und dann wollen sie uns überzeugen, dass das die einzig richtige und zulässige Methode der marxistischen Klassenagitiation in der Arbeiterschaft sei.

Wir versichern den deutschen Sozialdemokraten, dass diese Phase ihrer Kriegstaktik ebenso bankrott werden wird, wie alle Kniffe und alle Gewalt, die gegen uns angewendet wurden, bankrott geworden sind. Die tschechische Arbeiterschaft hat es abgelehnt, Befehle anzunehmen von Dr. Adler, Austerlitz und Karpeles, sie wird sie um so weniger annehmen von Viktor Stein, den uns der Innsbrucker Kongress eingesetzt hat. Wir vermochten immer unseren Weg allein zu finden, wir werden ihn auch in Zukunft finden. Vor Beschimpfungen und Gewalt sind wir niemals gewichen und werden auch jetzt nicht weichen.

Otto Bauer: Orientalische Revolutionen

Die letzten Monate haben uns den Abschluss eines weltgeschichtlichen Entwicklungsprozesses gebracht: mit der Zuweisung Marokkos an Frankreich und der Besetzung Tripolis' durch Italien ist die Aufteilung Afrikas auf die europäischen Mächte abgeschlossen.

Der Kampf der kapitalistischen Staaten um die Herrschaft über Afrika ist so alt wie der Kapitalismus selbst. Zuerst haben Portugal und Spanien einander die Herrschaft über den schwarzen Erdteil streitig gemacht. Ihnen folgte Holland, das sich im Süden festsetzte. Dann rückten England und Frankreich vor. Die Grundlagen der heutigen afrikanischen Kolonialreiche wurden in den weltpolitischen Umwälzungen gelegt, die die französische Revolution herbeigeführt hat. Dem Zuge Napoleon Bonapartes nach Aegypten (1798) folgte die Eroberung des Kaplandes durch Grossbritannien (1815) und die Eroberung Algiers durch Frankreich (1830). Aber noch blieb der grösste Teil des Erdteiles unter der Herrschaft selbständiger Fürsten. Erst die Besetzung Aegyptens durch England (1882) gab den Anstoss zu schneller Erweiterung der afrikanischen Kolonialgebiete. Frankreich sicherte sich die Herrschaft über Tunis (1883), das Deutsche Reich erwarb afrikanische Besitzungen (1884 bis 1890), der König von Belgien wurde Herr des Kongostaates (1885). Von diesen Gebieten aus rückten die europäischen Staaten immer weiter vor. Ein Land nach dem anderen fiel ihnen zur Beute. Nach der Unterwerfung der Burenrepubliken (1900) waren nur noch Marokko und Tripolis übrig geblieben. Nun sind auch sie gefallen. Nur Abessinien hat sich durch den Waffengang 1896 seine Selbständigkeit bewahrt.

Die Unterwerfung Afrikas unter die europäischen Staaten bedeutet seine Unterwerfung unter die Herrschaft des Kapitals. Ungestört kann nun der Kapitalismus die reichen Naturschätze des riesigen Erdteiles ausbeuten, seine Unternehmungen auf afrikanischen Boden verpflanzen, mit seinen Waren ihn überschwemmen, seine Bewohner als Arbeiter in seine Plantagen und Bergwerke ziehen, seinen Bodenbauern den Tribut an das europäische Finanzkapital abpressen.

Aber die Gier des Kapitalismus nach stetiger Ausdehnung seines Herrschaftsgebietes ist dadurch nicht gestillt. Ist die Aufteilung Afrikas abgeschlossen, so wird der Drang nach der Aufteilung Asiens um so stärker werden. In den Kämpfen um die Vorherrschaft über die asiatische Türkei hat der Gegensatz zwischen Grossbritannien und dem Deutschen Reiche, der die ganze Weltpolitik beherrscht, seine ergiebigste Quelle. Drohend stehen Russland und England vor den Toren Persiens. Die revolutionären Stürme, die heute China erschüttern, sind die Wirkung des Vordringens des europäischen, des japanischen und des amerikanischen Kapitalismus in das Riesenreich. So werden den Kämpfen um die Aufteilung Afrikas gewaltigere Kämpfe um die Aufteilung Asiens folgen. Der Kapitalismus kann seine Laufbahn nicht vollenden, ehe er nicht die ganze Erde seiner Herrschaft unterworfen hat.

Aber der Kapitalismus kann kein neues Reich seiner Herrschaft einverleiben, ohne neue Gegensätze zu schaffen, neue Widersprüche auszulösen, neue Massen mit Todfeindschaft gegen sich zu erfüllen, neue revolutionäre Kräfte zu mobilisieren. Die Expansion des Kapitalismus ist zugleich Expansion der Revolution. Im Jahre 1906 hat das Volk Persiens sich mit der Waffe in der Hand eine Verfassung nach europäischem Muster erzwungen. Im Jahre 1908 haben die revolutionären Truppen den Absolutismus in der Türkei gestürzt. Die anschwellende revolutionäre Bewegung in Indien hat die englische Regierung gezwungen, nicht nur mit blutigen Unterdrückungsmassregeln die Revolutionäre niederzuwerfen, sondern zugleich auch durch die Heranziehung breiterer Volksschichten zur Mitverwaltung der Provinzen, durch die Ausgestaltung der gewählten Selbstverwaltungskörper die gemässigten Parteien in Indien vorläufig zu beruhigen. Im letzten Jahre hat England sich entschlossen, seine bewaffnete Macht in Aegypten zu stärken, weil die revolutionäre Nationalistenpartei seine Herrschaft bedroht. Eben jetzt hören wir, wie Heer und Volk in China sich erheben, die Mandschu-Herrschaft zu stürzen und eine Föderativrepublik an ihre Stelle zu setzen. Und jeder Erfolg, den Türken und

Araber in Tripolis gegen die italienischen Eroberer erkämpfen, findet lauten Widerhall nicht nur in der Türkei, sondern vor allem im benachbarten Aegypten, auch in Tunis und in Algier, als ein Zeugnis, dass der nationale Widerstand eines mohammedanischen Volkes auch den gefürchteten europäischen Truppen gefährlich zu werden vermag.

Kein Zweifel, revolutionäre Ideen durchziehen die Welt, die die kapitalistischen Staaten Europas sich unterworfen haben. Wohl sind die europäischen Staaten heute noch stark genug, die unterworfenen Völker niederzuhalten und neue Völker ihrer Macht zu beugen. Aber kurzsichtig wäre es, die Macht der revolutionären Bewegungen im Osten darum geringzuschätzen. Denn die kapitalistischen Weltreiche beruhen nur darauf, dass ungeheure Volksmassen aus blinder Furcht vor den europäischen Waffen und in stumpfer Gleichgültigkeit gegenüber dem eigenen Geschick dahinleben. Nicht mehr als 6500 englische Beamte und 78.000 englische Offiziere und Soldaten halten in Indien dreihundert Millionen Menschen unter britischer Herrschaft. Englands Herrschaft über Indien „beruht nicht auf den 75.000 britischen Soldaten im Lande. Die hundertfache Zahl würde nicht genügen in einem Kontinent, der halb so gross ist wie Europa, und unter einer Bevölkerung, die ein Fünftel des Menschengeschlechtes bildet. Die Briten haben Indien nicht durch das Schwert erobert und sie beherrschen es nicht durch das Schwert. Sie haben das Land durch blossen Zufall erworben und sie regieren es durch Hypnotismus“*. Nicht anders ist es in der mohammedanischen, in der mongolischen Welt. Die Herrschaft der europäischen Grossmächte beruht auf der Massenhypnose: darauf, dass es ihnen gelungen ist, die unterworfenen Rassen mit abergläubischer Furcht vor der unbesiegbaren Wunderkraft europäischer Waffen zu erfüllen. Darum hat der Sieg des gelben Mannes über den weissen auf den Schlachtfeldern der Mandschurei im ganzen Orient, von China bis Aegypten, wie eine Wendung der Weltgeschichte gewirkt. Darum wird das kleinste Gefecht in Tripolis, in dem arabische Freischärler italienische Soldaten zurückdrängen, von den geknechteten Völkern mit Enthusiasmus begrüsst. Darum ist die revolutionäre Bewegung, die die Wirkung dieser Hypnose zerstört, eine ernste Gefahr für die kapitalistischen Weltmächte.

Die revolutionären Bewegungen der Völker des Orients sind nach Ursprung und Ziel von der Bewegung des europäischen Proletariats wesensverschieden. Mögen auch zuweilen türkische, persische, ägyptische, indische, chinesische Revolutionäre der europäischen Sozialdemokratie manches Schlagwort entlehnen, so hat doch die Bewegung dieser Länder — in denen, von einem Teil Indiens und einigen Städten der Türkei und Chinas abgesehen, noch kein industrielles Proletariat besteht — mit der Klassenbewegung des Proletariats nichts gemein. Trotzdem haben wir die Pflicht, diesen Bewegungen unsere Aufmerksamkeit zu schenken. Denn die weltpolitischen Umwälzungen, die sich in der Welt des Islams, in der indischen und in der mongolischen Welt vorbereiten, werden die Bedingungen mitbestimmen, unter denen das europäische Proletariat seinen Kampf führen müssen. Der Befreiungskampf des Proletariats ist das wichtigste Stück der jüngsten Phase der Weltgeschichte und vom ganzen Weltgeschehen werden die Bedingungen, die Formen, die Aussichten, die Ziele dieses Befreiungskampfes mitbestimmt.

* * *

Die modernen revolutionären Bewegungen im Orient sind entstanden aus der Verknüpfung zweier einander ursprünglich entgegengesetzter Bewegungen: einerseits aus der liberalen Bewegung der von europäischen Ideen beeinflussten Intelligenz, andererseits aus der reaktionären Bewegung der den europäischen Einflüssen feindlichen Volksmassen.

Hof- und Beamtenadel, Grundherren und Kaufleute der orientalischen Länder senden ihre Söhne an europäische, amerikanische und japanische Hochschulen. Später entstehen im Orient selbst höhere Schulen nach europäischem Muster und unter der Leitung europäischer Lehrer. Es wächst eine Schicht von Gebildeten heran, die europäische Sprachen sprechen und europäische Bildung erworben haben. Sie geraten unter

* Bipin Chandra Pal, *The Spirit of Indian Nationalism*, London 1910, p. 5.

den Einfluss europäischer Denkweise, europäischer sozialer, politischer, philosophischer Strömungen. Sie legen die Lebensgewohnheiten, die Sitten, die Kleidung der Heimat ab. Sie werden die ersten Träger des orientalischen Liberalismus. Der französisch gebildete Jungtürke ist sein bekanntester Vertreter. Aber ganz ähnliche Züge trägt der ägyptische effendi, der in Paris oder London studiert hat, der Jungperser „mit seinem glatten Französisch, seinem hohen Kragen und seinen weltmännischen Manieren“*, der indische Babu, der „ostentativ Fleisch isst, den göttlichen Ursprung des Veda leugnet, David Hume zitiert und sich rühmt, ein Adoptivsohn der französischen Revolution zu sein“**. Diese Schicht von Intellektuellen wendet sich zunächst gegen die gesellschaftliche Ordnung, die politischen Machtverhältnisse, die Religion und die Sitten ihrer eigenen Heimat. In Indien zum Beispiel bekämpft sie die Kinderheiraten, das Verehelichungsverbot für die Witwen, die Absperrung der Frauen, die Kastenscheidung, die Speisegesetze. In der mohammedanischen Welt kämpft sie für die Emanzipation der Frauen, für die Gleichberechtigung der Ungläubigen. Im Kampfe gegen die alten religiösen Bindungen bildet sie zuweilen neue religiöse Sekten, deren Lehren auf die europäische Aufklärungsphilosophie des 18. Jahrhunderts zurückgehen. So entsteht in Indien der Brahma-Samaj, dessen phantasieloser Theismus „mehr jüdisch als indisch“*** ist, während die Jungtürken aus dem Koran eine demokratische Lehre herauslesen, deren Wesen nichts sei als der Glaube an einen Gott und die sich vom Christentum nur dadurch unterscheidet, dass sie frei sei von dem Beiwerk, das die christliche Lehre seit dem 7. Jahrhundert überwuchert habe†. Aber im Kampfe gegen die Europäisierung des eigenen Landes wendet sich der orientalische Liberalismus zugleich gegen Europa. Der Gebildete trägt die Verachtung des Europäers schwer, sein Selbstbewusstsein empört sich gegen die Knechtung seines Vaterlandes durch die fremden Eroberer. Der Liberalismus wird national. Er will sein Volk mit allen Errungenschaften europäischer Kultur ausstatten und sein Vaterland in einen modernen Staat nach europäischem Muster — mit modernem Parlament, moderner Armee, Bureaucratie, Industrie — umgestalten, damit es seine staatliche Selbständigkeit, seine Unabhängigkeit von Europa erhalte oder wiedergewinne.

Ist die Zahl der europäisch gebildeten Intellektuellen, die die Träger dieses nationalen Liberalismus sind, zunächst noch klein, so ist doch ihr Einfluss sehr gross. Sie gewinnen Rückhalt im grundbesitzenden Adel, der, einst der Herr des Landes, sich nun von den fremden Beamten beherrscht, zurückgedrängt, verachtet fühlt, und in der Kaufmannschaft, die den überlegenen Wettbewerb der fremden Handelsunternehmungen bitter empfindet. Es sind gerade die reichsten und angesehensten Klassen der orientalischen Gesellschaft, mit denen die nationalliberale Intelligenz am engsten verknüpft ist. In der Türkei sind die Träger der Bewegung „Offiziere, Advokaten, Professoren, jüngere Beamte, Doktoren, Grundbesitzer, Journalisten“††, in Indien „Landlords, Advokaten, Geldleiher, Priester und Staatsbeamte“†††. Die Macht dieser Klassen ist sehr gross, weil sie den staatlichen Machtapparat handhaben. So beruht die Kraft der nationalliberalen Bewegung in Indien vor allem auf ihrem Einflusse auf die Bureaucratie. Ein Heer von indischen Beamten verwaltet in Englands Namen das indische Kaiserreich — nur die obersten Beamtenstellen sind ja von Engländern besetzt. Von seinen Beamten fordert England die Kenntnis der englischen Sprache und englische Bildung. Die europäische Bildung macht diese Bureaucratie der nationalliberalen Agitation empfänglich. Mit Grauen sieht England, dass seine eigenen Werkzeuge vom Geiste des Aufruhrs erfüllt werden! Noch mächtiger wird die nationalliberale Bewegung, wo sie das Offizierskorps in ihren Dienst stellen kann. So war's in der Türkei. Sie musste sich, um sich der Nachbarn zu erwehren, eine moderne Armee schaffen. Eine moderne Armee erfordert aber gebildete Offiziere. Der türkische

* Fraser, Persia and Turkey in Revolution. Edinburgh 1910, p. 19.

** Macdonald, The awakening of India. London 1910, p. 194.

*** Bipin Chandra Pal, l. c., p. 101.

† Vergleiche zum Beispiel Buxton, Turkey in revolution. London 1909, pp. 167—184.

†† Buxton, l. c., p. 92.

††† Rees, Modern India. London 1910, p. 171.

Absolutismus musste also selbst dafür sorgen, dass seine Offiziere von deutschen und französischen Lehrern gebildet wurden. Aber mit der europäischen Bildung erwarben sie auch die liberalen Ideen. Der Liberalismus gewann dadurch die Verfügung über die Armee und damit die Macht: durch die Armee konnte das Jungtürkentum den Absolutismus stürzen und unter dem Deckmantel einer parlamentarischen Regierung seine eigene Diktatur aufrichten. Dieselbe Erscheinung wiederholt sich heute in China. Es sind die von europäischen und japanischen Lehrern erzogenen Offiziere der chinesischen Armee, die ihre Truppen unter den Befehl der Revolutionäre stellen und die chinesische Republik proklamieren.

Parallel mit der national-liberalen Bewegung der europäisch Gebildeten entwickeln sich national-reaktionäre Strömungen in den Volksmassen. Mit dem Bau von Strassen und Eisenbahnen dringen europäische Waren in das Land; das alte Handwerk, die alte Hausindustrie werden zugrunde gerichtet. Europäische Fabriken, europäische Bergwerksunternehmungen, europäische Handelskompagnien siedeln sich an; sie bereiten dem heimischen Kaufmann Konkurrenz, sie beuten die heimischen Arbeiter aus. Die Geldwirtschaft beginnt an die Stelle der Naturalwirtschaft zu treten; ihr Vordringen ist begleitet von wachsender Verschuldung der Bauern. Fremde, Ungläubige gewinnen Reichtum, Einfluss, die Herrschaft im Lande. Uralte Gesetze sind erschüttert: der Fremde macht den Mann aus der niedersten Kaste zum Richter über den Brahmanen und im Eisenbahnwagen müssen „Reine“ und „Unreine“ dicht aneinandergedrängt sitzen. Die wirtschaftliche Umwälzung und die Zerbröckelung uralter sozialer Ordnung erfüllen die Volksmassen mit tiefer Unzufriedenheit. Ihr Hass wendet sich gegen die Fremden und gegen die liberale Intelligenz des eigenen Volkes, die die Sitten der Fremden nachahmt. Ihre Kampfmittel sind Pogroms gegen die Fremden. Ihr Ziel ist die Erhaltung des Altüberlieferten gegen die fremden Neuerungen: Schutz der alten Verfassung gegen das Eindringen des Kapitalismus, Schutz der alten Sitten, der alten Religion, der alten Ständes- und Kastenunterschiede gegen allen fremden Einfluss. Aber dieser Kampf bleibt erfolglos. Die Hetze gegen die Fremden führt nur die fremden Soldaten in das Land! Das Vordringen des Kapitalismus ist nicht zu hindern.

Beide Bewegungen, die die Berührung des europäischen Kapitalismus mit dem Orient ausgelöst hat, sind nationale Abwehrbewegungen: die liberalen Gebildeten und die reaktionäre Volksmasse einigt das Ziel, die Freiheit ihres Landes gegen die fremde Herrschaft zu erhalten, wo sie bedroht ist, wiederzuerlangen, wo sie verloren ward. Trotzdem trennt sie eine tiefe Kluft: die Volksmasse meint noch die alte soziale Verfassung ihres Landes vor den europäischen Einflüssen bewahren zu können; die Intelligenz dagegen will ihr Land europäisieren, um Europa mit seinen eigenen Waffen zu schlagen. Dieser Zwiespalt lähmt die nationale Abwehrbewegung. Die liberale Intelligenz, von den Volksmassen gehasst, ist machtlos. Die Volksmassen, aller politisch geschulten Führer beraubt, verschwenden an Unerreichbarem ihre Kraft. Die Kluft, die beide trennt, muss überbrückt werden.

Die Intelligenz, durch ihre europäische Gesittung dem Volke entfremdet, beginnt sich den Massen wieder zu nähern. Wurde die Gedankenwelt des europäischen Liberalismus zuerst in ihrer fremden Gestalt übernommen, so geht die Intelligenz nun daran, ihre politischen und sozialen Ziele organisch zu verknüpfen mit der nationalen Tradition des Volkes. In der mohammedanischen und der indischen Welt ist diese Tradition religiös gefärbt. Die neuen politischen Bewegungen, in die sowohl die älteren national-liberalen Bewegungen der europäisch Gebildeten als auch die national-reaktionären Strömungen in der Volksmasse einmünden, gewinnen dadurch den Charakter einer religiösen Reformationsbewegung. Sie verknüpfen die uralten religiösen Traditionen mit den neuen sozialen und politischen Zielen.

In der mohammedanischen Welt ist diese Bewegung am mächtigsten von Dschemalud-Din beeinflusst worden. In Afghanistan geboren, hat der merkwürdige Mann in Persien und in der Türkei, in Aegypten und in Indien auf den mohammedanischen Klerus und auf die studierende Jugend mächtigen Einfluss gewonnen. Ein Koranglehrter, von der intellektuellen und sittlichen Ueberlegenheit des Islams über die christliche Welt tief überzeugt, rief er die mohammedanischen Völker zum Kampfe gegen ihre

Unterjochung durch die christlichen Staaten. Die mohammedanischen Fürsten selbst, der Schah und der Sultan, seien Agenten der christlichen Staaten; darum müsse sich der mohammedanische Klerus an die Spitze des Volkes stellen, den fürstlichen Absolutismus stürzen, die Herrschaft des gläubigen Volkes an die Stelle der Tyrannei der von den Ungläubigen beeinflussten Fürsten stellen. Sein letztes Ziel müsse die Ueberwindung des Gegensatzes zwischen Sunniten und Schiiten sein, damit die mohammedanischen Völker unter einem Kalifen in einem Staat vereinigt werden. Dieser Staat werde die von den Ungläubigen unterworfenen mohammedanischen Völker befreien und die Weltherrschaft des Islams begründen. Diese Lehre, auf die scholastische Wissenschaft der arabischen Hochschulen gestützt, mit religiöser Leidenschaft verkündet, hat den Klerus Persiens an die Spitze der Kämpfe um eine parlamentarische Verfassung gestellt, den Fremdenhass und den religiösen Fanatismus der Volksmasse Persiens zur bewegenden Kraft einer Bewegung gemacht, deren nächstes Ziel die Europäisierung Persiens, seine Verwandlung in einen parlamentarisch regierten Verfassungsstaat war. Die modernsten Kampfmittel erhielten religiöse Weihe: 1891 (im Kampfe gegen die englische Tabakmonopolgesellschaft) wurde der Boykott europäischer Waren vom Klerus zur religiösen Pflicht erklärt, 1905 dem politischen Generalstreik die religiöse Weihe der „Best“ gegeben, indem die Kaufleute und Handwerker, die im Kampfe um die Verfassung die Arbeit einstellen, eine Moschee als geheiligten Zufluchtsort aufsuchen und in ihr bleiben, bis ihre Forderung erfüllt ist, der Generalstreik eingestellt wird*.

Auf dieselbe Verknüpfung der modernsten politischen und sozialen Reformideen mit der ältesten religiösen und nationalen Ideologie stossen wir in Indien. In Dekhan zum Beispiel stellt Bal Gangadhar Tilak diese Verbindung her. Auch er beginnt seine Laufbahn als Verteidiger der Religion und der alten Sitten: mit seinem Pressfeldzug gegen die Beschränkung der Kinderheiraten und mit seiner Liga gegen die Tötung von Kühen und den Genuss von Rindfleisch. An die nationalen Ueberlieferungen appellierend, ruft er das Volk zum Kampfe gegen Briten und Mohammedaner. Der Kultus der volkstümlichen Gottheit Ganesch und die Feier des Nationalhelden Siwadschi, der einst die Mahratthen von der Herrschaft der Mohammedaner befreit hat, werden ihm zu politischen Demonstrationen. Aber dieser Agitation, die die Anhänglichkeit des Volkes an den alten Glauben und die alten Sitten ausnützt, gibt er ein modernes Ziel — Svaraj, die Selbstregierung des indischen Volkes, die nationale Unabhängigkeit — und moderne Kampfmethoden. Er führt den Krieg in einer weitverbreiteten Presse und bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungskörpern, er organisiert die Jugend in Turnvereinen und nationalen Schulen, er proklamiert „Svadesci“, den Boykott der englischen Waren. Während er den Fremden gegenüber als Verteidiger indischer Religion und Sitte auftritt, setzt er sich zugleich in Gegensatz zu der brahmanischen Orthodoxie, indem er den Veda, die heiligen Bücher Indiens, liberal interpretiert und über die starren Kastenregeln sich hinwegsetzt. Er, der Brahmane, trägt die Agitation unter die „Parias“, die in den Baumwollspinnereien und Webereien Bombays arbeiten**.

War der ältere indische Liberalismus durchaus von europäischen Ideen beeinflusst, so stützt der neuere Nationalismus seine politischen und sozialen Forderungen durchaus auf die Fortbildung uralter national religiöser Ideologien. Seine deutlichste Ausprägung findet er in einigen religiösen Sekten, von denen der Arya-Samaj die bekannteste ist. Wie die protestantische Bewegung des 16. Jahrhunderts die Rückkehr zur Bibel, verkündet der Arya-Samaj die Rückkehr zum Veda. Die Religion des Veda soll wiederhergestellt, von dem Beiwerk, das sie im Laufe der Jahrhunderte verdeckt und überwuchert hat, gereinigt werden. Diese religiöse Bewegung wendet sich einerseits gegen die indische Orthodoxie, andererseits gegen das Eindringen fremder, nicht-indischer Ideen. Mit Recht hat man sie dem englischen Puritanismus verglichen. Puritanisch ist ihr Kampf um die Reinigung der Religion; puritanisch sind die hohen sittlichen Forderungen, die sie an ihre Bekenner stellt; puritanisch ist ihr kraftvolles soziales und politisches Wirken, ihr demokratischer Geist, ihr Kampf um die nationale Freiheit. Der Veda

* Vgl. Browne, *The Persian Revolution*. Cambridge 1910.

** Chitrol, *Indian Unrest*. London 1910, pp. 37—63, 158 s.

spielt in der neuen Strömung der indischen Revolution dieselbe Rolle, die die Bibel in der deutschen Reformation des 16., in der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts gespielt hat. Religiöse Lieder geleiten die indischen Revolutionäre in den Kampf, ganz wie einst Cromwells Krieger die Psalmen*.

In China scheint diese Verknüpfung nationaler Tradition und liberaler Kampfziele und Kampfmethoden weniger vorgeschritten zu sein. Ansätze dazu bestehen aber auch dort. Auch in China appelliert die Revolution an volkstümliche Traditionen: an den Jahrhunderte alten Hass der Chinesen gegen die Fremdherrschaft der Mandschu, an die zentrifugalen Tendenzen der Provinzen, an den Hass gegen die europäischen Fremdlinge. Und der der Aufstachelung dieser alten Masseninstinkte erwachsenen Bewegung gibt die in Amerika erzogene Intelligenz ihr modernes Ziel: die Verwandlung Chinas in eine demokratische Föderativrepublik nach dem Muster der Vereinigten Staaten.

Nur durch die Anknüpfung an die volkstümlichen Traditionen, die die neueren revolutionären Bewegungen im Orient von dem älteren Liberalismus der orientalischen Intelligenz unterscheidet, wird die revolutionäre Bewegung zur Massenbewegung. Sie führt zu einer Erneuerung des Kulturlebens, die sich in der Literatur der orientalischen Völker deutlich widerspiegelt. So ist zum Beispiel in Bengalen eine ganz neue Literatur entstanden, deren volkstümliche religiös-politische Hymnen weite Verbreitung gefunden haben. Der bengalische Babu „übersetzt den Nationalismus in Religion, in Musik und Dichtung, in Malerei und Literatur“. Agitator, Prophet und Dichter zugleich, ist er „mehr Mystiker als Politiker“**. Sein wichtigstes Werkzeug ist die Presse. In Persien erschienen in den Tagen der Revolution 90 Zeitungen, die Blätter der indischen Nationalisten erzielen Massenauflagen, und vor den Spalten des „Lewa“ zittern die englischen Prokonsuln in Aegypten***. Die Politik beschäftigt breite Massen. „In Teheran entfällt mehr Politik auf den Quadratmeter als sonst wo in der Welt“†.

Die europäische Literatur steht diesen neuen Bewegungen verständnislos gegenüber. Die liberale Literatur, die den Freiheitskämpfen der orientalischen Völker mit Sympathie gegenübersteht, begreift nur die ältere nationalliberale Bewegung der Intelligenz. Die imperialistische Literatur, die den orientalischen Bewegungen gegenüber natürlich konterrevolutionär ist, weist nur auf die Züge des religiösen und nationalen Fanatismus, auf Aberglauben, Götzenkult und Fremdenhass hin, die sich in diesen Bewegungen offenbaren. Die Synthese der liberalen Bewegung der Intelligenz mit der reaktionären, den fremden Einflüssen feindlichen Bewegung der Volksmassen blieb unverstanden. Man begreift sie nur dann, wenn man Analogien zu diesen Bewegungen nicht in der europäischen Revolution des 18. und 19., sondern in der Reformation des 16. und 17. Jahrhunderts sucht.

Die orientalische Gesellschaft trug vor kurzem noch mittelalterliche Züge. Naturalwirtschaft, Feudalismus, starre Kasten- und Ständescheidung, religiöse Bindung des Lebens, scholastischer Charakter der Wissenschaft, starres Fortleben der überlieferten Sitten und Anschauungen herrschen im Orient, wie sie in Europa im Mittelalter geherrscht haben. Das Eindringen des Kapitalismus erschüttert die Grundlagen dieser Gesellschaftsordnung. Der Orient erlebt heute dieselben Umwälzungen, die Europa im 15., 16. und 17. Jahrhundert erlebt hat. Wie in Deutschland im 15. Jahrhundert zunächst der Humanismus die Intelligenz eroberte, so erobert heute zunächst der europäische Liberalismus die Gebildeten der orientalischen Länder. Wie aber die Umwälzung der überlieferten Ideen im 16. Jahrhundert nur dadurch die Massen gewinnen konnte, dass sie auf dem Boden der Religion sich vollzog, so kann auch heute im Orient die neue politisch-soziale Bewegung nur als Fortbildung uralter nationaler und religiöser Ideen die Massen in Bewegung setzen. Der spezifisch indische Arya-Samaj verhält sich zum durch und durch europäischen Brahmo-Samaj, wie die Reformation zum Humanismus. Der Orient steht heute am Beginn seiner Periode der Reformation. Aber

* Belege bei Bipin Chandra Pal und bei Chirol.

** Macdonald, l. c., p. 71.

*** Fyfe, The new spirit in Egypt. Edinburgh 1911. p. 113 ff.

† Fraser, l. c., p. 178.

die Reformation fällt hier in eine Zeit, in der Dampfschiffe in den Häfen des Orients landen, Eisenbahnen immer tiefer in die orientalischen Länder eindringen, der Weltmarkt ihre Waren an sich zieht, Dampfmaschine, Spinnmaschine und mechanischer Webstuhl aus Europa importiert werden, die parlamentarischen Institutionen und die modernen politischen und sozialen Ideen aus Europa fix und fertig übernommen werden. Der Weg von der Manufaktur zur Fabrik, vom Feudalstaat zum demokratischen Parlamentarismus, von der Reformation zur Revolution, von Luther zu Robespierre, von Münzer zu Marx — ein Weg, der die Völker Europas drei Jahrhunderte gekostet hat — wird daher im Orient ungleich schneller zurückgelegt werden können.

* * *

Bei aller Uebereinstimmung in den allgemeinen Charakterzügen, entspricht doch jede der orientalischen Revolutionen den besonderen ökonomischen, politischen und kulturellen Verhältnissen ihres Landes.

Die niedrigste Entwicklungsstufe repräsentiert die persische Revolution. Persien ist ein Land ohne Eisenbahnen, ohne Fabriken, mit geringer Entfaltung der Geldwirtschaft und niedrigem Bildungsniveau, ein Staat, der zu Beginn der Revolution ausser der russischen Kosakenbrigade keine moderne Armee und ausser den belgischen Zollbeamten keine moderne Bürokratie besass. Der Schwäche des Staates verdankte die Revolution ihre Erfolge. Aber am Tage nach der Revolution konnten die Nationalisten diese Schwäche nicht beseitigen; die Armut des Landes und der Widerstand Russlands und Englands erlaubten ihnen nicht, die Finanznot zu beheben, Eisenbahnen zu bauen, Armee und Bürokratie zu reorganisieren. So bleibt das Land auch nach der Revolution hilflos dem Vordringen Russlands und Englands ausgeliefert.

Die höchste Entwicklungsstufe repräsentiert die revolutionäre Bewegung in Indien. In den höchstentwickelten Provinzen Indiens, insbesondere in Bengalen, sind bereits alle Elemente der modernen kapitalistischen Gesellschaft gegeben: Grossstädte, Baumwollindustrie mit Hunderttausenden Arbeitern, zahlreiche heimische Bourgeoisie und Intelligenz, ein dichtes Eisenbahnnetz, Geldwirtschaft, Raiffeisen-Kassen und Volksschulen in den Dörfern, parlamentarische Institutionen in den Provinzen und Gemeinden, verbreitete Presse. Je mehr sich die Wirtschaft des Landes entwickelt, je mehr das neue Wirtschaftsleben die alten Ideologien erschüttert — was will die Kastenteilung noch besagen, wo der Paria zum Bourgeois, der Bramahne zum Proletarier werden kann? — desto mächtiger schwillt die revolutionäre Bewegung an.

Zwischen der persischen und der indischen Revolution stehen die türkische und die chinesische in der Mitte. Beide finden in der Schicht der europäisch Gebildeten, die hier viel breiter ist als in Persien, ihre wichtigste Stütze. Beide gewinnen durch das nationale Offizierskorps die Verfügung über die Armee. In beiden Ländern ist aber die ökonomische Umwälzung weniger weit vorgeschritten als in den entwickelten Provinzen Indiens — in Bengalen, dem Frankreich, und Dekhan, dem Schottland Indiens.

Die persische Revolution erscheint als ein Versuch, sich des Eindringens des Kapitalismus zu erwehren. Darum ist sie reaktionär. Sie wird vom russischen Zarismus und vom britischen Imperialismus besiegt werden. Die indische Revolution ist die Frucht der Umwälzung Indiens durch den Kapitalismus. Sie wird stärker werden, je mehr der Kapitalismus die überlieferte Ordnung der indischen Gesellschaft umwälzt, die Volksmassen aufwühlt, sie kampffähig macht. Sie ist unbesiegbar. Die türkische und die chinesische Revolution stehen zwischen der persischen und der indischen. Noch ist es ungewiss, ob ihnen die Regeneration ihrer Länder, ihre Verwandlung in unabhängige, parlamentarisch regierte Nationalstaaten gelingen wird oder ob sie nur Vorspiele sind der Aufteilung ihrer Länder durch die kapitalistischen Weltmächte.

Aber auch die Unterwerfung Persiens, der Türkei, Chinas unter die Herrschaft der europäischen Mächte würde keineswegs das Ende der orientalischen Revolutionen bedeuten. Im Gegenteil! Die Herrschaft Europas wird die wirtschaftliche Entwicklung

dieser Länder beschleunigen, die sozialen Verhältnisse schneller umgestalten, die revolutionäre Bewegung auf jene höhere Stufe heben, die sie in dem längst unterworfenen Indien erreicht hat. Sehr anschaulich zeigt dies die Geschichte der nationalen Bewegung in Aegypten. Aegypten hat eine revolutionäre Bewegung, die den heutigen orientalischen Revolutionen sehr ähnlich war, schon 1879 erlebt. Diese Revolution war freilich nur das Vorspiel zur Unterwerfung des Landes unter die englische Herrschaft. Aber die englische Herrschaft hat die ökonomische Entwicklung des Landes beschleunigt. Sie hat auf der einen Seite eine zahlreiche Schicht europäisch gebildeter Aegypter geschaffen, auf der anderen die Wirtschafts- und Lebensweise des Fellah umgewälzt und ihn für neue Gedanken empfänglich gemacht. So erwuchs die nationale Bewegung von neuem. Die Agitation Mustapha Pascha Kamels erfasst viel breitere Massen, als die Achmed Arabis. Die revolutionäre Bewegung ist heute eine viel wirksamere Macht im Leben des ägyptischen Volkes, als in der Zeit vor der englischen Okkupation. So bedeuten die Siege des europäischen Imperialismus nicht das Ende der orientalischen Revolutionen, sondern nur die Verbreitung ihrer ökonomischen Basis, die Beschleunigung und Vertiefung ihrer Entwicklung. Je schneller die europäischen Mächte die fremden Länder unterwerfen, desto schneller wird sich die Revolutionierung der Köpfe unter den fremden Völkern vollziehen.

* * *

Der ganze Orient steht heute an der Schwelle seiner Periode der Reformation. Und wie die Reformationsepoche in Europa die grössten wirtschaftlichen Umwälzungen, die gewaltigsten Machtverschiebungen zwischen Staaten, Völkern und Klassen, die blutigsten Kriege und Revolutionen, die weitestwirkenden Umgestaltungen im Geistesleben der Nationen hervorgerufen hat, so wird es auch im Orient sein. Diese Umwälzungen werden auch in Europa weltgeschichtliche Wirkungen auslösen. Die ganze europäische Wirtschaft ist mit dem Orient eng verbunden: Im Orient setzt die europäische Industrie ihre Waren ab, aus ihm bezieht sie ihre Rohstoffe, er liefert dem europäischen Kapital ungeheuren Tribut als Zins für Milliarden, die in seinen Eisenbahnen, Schiffahrtsgesellschaften, Fabriken, Handelsunternehmungen, Staatsanleihen angelegt sind. Das ganze europäische Staatensystem steht und fällt mit der Herrschaft über die orientalischen Länder: Asiatischer und afrikanischer Länderbesitz ist die Basis der Weltmächte, seine Erweiterung das Ziel ihrer Weltpolitik. Wirtschaftlich und politisch ist Europa mit der orientalischen Welt durch zahllose Bande verknüpft. Jede Umwälzung in Asien und Afrika muss in Europa mächtig nachwirken. Gerät der Orient in Brand, dann flackern auch hier die Flammen empor.

Die Erwartung des Revisionismus, dass die europäischen Arbeiter sich langsam und friedlich, Schritt für Schritt werden emporarbeiten können, wird durch diese Erkenntnis widerlegt. Die Umwälzungen in Asien und Afrika bedeuten für die europäischen Völker heute die sichere Aussicht auf wachsende Rüstungen, steigende Steuern, ewige Kriegsgefahr; sie bedeuten für die Zukunft sichere Aussicht auf kriegerische Zusammenstöße der Staaten, verschärfte Gegensätze der Völker, gewaltige Entscheidungskämpfe zwischen den Klassen. Das Proletariat hat keinen Grund, diese Erschütterung der ganzen kapitalistischen Welt zu fürchten. Hat im 18. Jahrhundert der Befreiungskampf Amerikas das Zeichen gegeben zur europäischen Revolution, so wird dereinst vielleicht die Revolution Asiens und Afrikas das Sturmsignal sein im Befreiungskampfe des europäischen Proletariats.

Wir hören unsere Genossen oft klagen, dass wir allzu langsam vorwärtskommen. Und wer zu ihnen von den grossen Machtverschiebungen der Zukunft spricht, den klagen sie an, er verträste sie auf ferne Zeit. Wer weltgeschichtliches Werden zu schauen vermag, wird nicht so sprechen. Die ganze alte Welt sehen wir in Wehen, eine neue zu gebären — die neue Welt, die unsere Welt sein wird!

Max Adler: Die Dialektik des Werdens

Für die Auffassung, dass die Dialektik nicht bloss eine Art des Denkens sei, sondern dies vielmehr nur sein könne, weil sie eine Beschaffenheit des Seins selbst darstellte, hat Plechanow ausser dem Hinweis auf den Widerspruch in der Bewegung* auch noch einen zweiten Beweis, nämlich die Berufung auf den Widerspruch im Werden, auf die widerspruchsvolle Eigenart des Entwicklungsprozesses. Allem Werden sei angeblich ein Widerspruch inhärent, demzufolge es zumeist unmöglich sei, seine einzelnen Phasen logisch genau zu bestimmen. „Die Frage über die Existenz eines schon entstandenen Objekts“, sagt Plechanow, „lässt sich bestimmt beantworten. Ist aber ein Ding erst im Werden, so liegt oft Grund genug vor, un schlüssig über die Antwort zu sein. Wer wird bestimmen können, wann das Ausgehen der Haare zur Bildung einer Glatze führt?“ (Seite 34.)

Ich fürchte sehr, dass dieser zweite Beweis für die dialektische Beschaffenheit der Natur sehr schlecht verankert ist, wenn er nur an schwachen Haaren hängt, die noch dazu auszufallen drohen. Allein zunächst überrascht noch etwas anderes in der Art, wie Plechanow das Werden zum Erweis der dialektischen Grundbeschaffenheit der Natur heranzieht, nämlich der für einen Dialektiker seltsame Unterschied zwischen schon entstandenen und erst im Werden begriffenen Dingen, von welchen letzteren allein — und auch nicht immer — („oft genug“, sagt Plechanow) die Dialektik gelten soll. Nach der dialektischen Auffassung ist aber ein Ding eben nie entstanden, nie fertig, sondern fortwährend in Veränderung begriffen. Ist doch die Dialektik nach den Worten Marx' jene Denkweise, die „jede gewordene Form im Flusse der Bewegung“ auffasst, so dass von ihrem Standpunkt aus der Unterschied zwischen schon entstandenen und erst im Werden begriffenen Objekten überhaupt gar nicht aufkommen kann. Dieser Unterschied ist für die Dialektik gleichsam eine ganz fremde, ihr unverständliche Sprache, er stammt auch aus einem ihr ganz fremden Gebiete, nämlich aus dem des praktischen Lebens. In ihm stösst die Dialektik nicht etwa an die Grenzen der Logik, sondern an die nur zu Zwecken der Befriedigung von Lebensbedürfnissen geschaffenen Orientierungen des praktischen Denkens.

Damit ist aber auch bereits die Auflösung des scheinbar logischen Widerspruches im Werden gegeben. Er liegt wieder wie bei dem „Widerspruch“ in der Bewegung nicht in der Sache selbst, sondern in der widerspruchsvollen Stellung zu ihr, die derjenige einnimmt, der die Sprache der Dialektik durchaus mit der des täglichen Lebens verbinden will, wie einer, der gleichsam mit deutschen Worten französisch sprechen will. Der Ausdruck des „schon entstandenen Objekts“ bei Plechanow deutet darauf hin, dass er mitten in der Auffassung vom Werden eines Vorganges plötzlich innehält, um in eine ganz andere Betrachtungsweise überzugehen, die aus irgend einem praktischen Grunde eine bestimmte Phase dieses nie abgeschlossenen Werdeprozesses als ein Gewordenes bezeichnet. Alle Schwierigkeiten, die angeblich dem Begriff des Werdens anhaften sollen, entspringen nur aus dieser dem Fragenden selbst ganz unbewussten Vertauschung des Standpunktes: er übersieht, dass er auf der einen Seite den noch ununterschiedenen Werdeprozess substituiert, in welchem selbst es nichts als Veränderung gibt, dass er aber auf der anderen Seite bestimmte Abschnitte oder Stufen desselben teils mehr, teils weniger willkürlich, zumeist sogar durch überkommene, festgewonnene Vorstellungen geleitet, herausgegriffen und mit Namen belegt hat, deren sichere Abgrenzung ihm nun freilich Schwierigkeiten machen muss, wenn er sie mit dem ganzen Prozess konfrontiert, aus dem sie herkommen. Die Schwierigkeiten sind aber nur solche der Definition, ja oft sogar nur, wie in den Beispielen Plechanows, der blossen Benennung. Wann das Ausgehen der Haare zu einer Glatze führt, wann man einen Jüngling, dem die ersten Haare spriessen, einen Bärtigen nennen darf (Seite 35), sind alles eher als dialektische Fragen. Ihr ganzer Widersinn verschwindet, sobald man sich nicht mehr an die bloss konventionellen Begriffe von Glatze und Bart stösst, sondern einfach sagt, dem Manne gehen die Haare

* Vergleiche hierzu meinen Artikel „Dialektik und Metaphysik“ im vorigen Heft des „Kampf“.

aus, dem Jüngling kommen die Barthaare. Sofort treten an die Stelle der scheinbar widerspruchsvollen Begriffe die ganz klaren und widerspruchsfreien Prozesse des Haar-ausfalles in dem einen und des Bartwuchses in dem anderen Falle. Und es wird deutlich, dass die Schwierigkeit, genau zu sagen, wann ein bestimmter Zustand bereits vorhanden ist oder nicht, ganz und gar nicht in dem Entwicklungsvorgang selbst liegt, sondern bloss in den Benennungen einzelner Phasen desselben. Warum findet es niemand widerspruchsvoll, darauf zu antworten, wann das Wasser siedend ist? Weil der Begriff der Siedehitze mit 100° C festgelegt ist. Ebenso könnte man, wenn ein Interesse daran bestände, die Glatze bei 50 Prozent Haarausfall beginnen lassen und es könnte dann, vorausgesetzt dass man sich die Mühe nähme, die Haare zu zählen und in Evidenz zu halten, „bis auf ein Haar genau“ bestimmt werden, wann die Glatze beginnt*.

Alle die angeblichen Widersprüche im Prozess des Werdens, von denen Plechanow so viel für den Beweis einer dialektischen Beschaffenheit der Natur selbst erhofft, entspringen im Grunde einer ähnlichen, nur umgekehrten falschen Stellungnahme in dem solche Widersprüche vorfindenden Denken, wie gegenüber dem Problem der Bewegung. Während nämlich diese ein Kontinuum war, das diskontinuierlich betrachtet wurde, wird hier aus dem Werden ein Kontinuum gemacht, während es bare Diskontinuität ist. Weil natürlich alles Werden und alle Veränderung nur in einer kontinuierlichen Zeit-, Raum- und Kausalreihe vor sich gehen kann, meint man unbesehen, es sei auch der Veränderungsprozess selbst kontinuierlich, und konstatiert dann freilich, dass es nicht möglich ist, in ihm Anfangs- oder Endpunkte zu konstatieren. Plechanow hat nun selbst in einer sehr beachtenswerten Stelle seiner Schrift die vulgäre Vorstellung scharf abgelehnt, als ob der Begriff der Entwicklung Sprünge ausschliesse und nur in der Allmählichkeit der Veränderung bestände (Seite 30). Es fehlt nur noch die genauere Bestimmung, dass es überhaupt keine andere Entwicklung als durch Sprünge gibt, nur dass diese nicht immer so bedeutend sein müssen, um auch schon dem gewöhnlichen Alltags-verstande als solche zu erscheinen. Denn das will doch schon Hegel gerade in der von Plechanow zitierten Stelle besagen, dass es sonst eine langweilige Tautologie ist, wenn

* Man meine nicht, dass sich Plechanow seine Stellung durch besonders unglückliche Beispiele bloss erschwert habe. Es gilt vielmehr dieselbe Auflösung des angeblichen Widerspruches im Prozess des Werdens auch von jedem anderen besseren Exempel, wie zum Beispiel von dem des Lebensprozesses bei Engels. Die Schwierigkeiten, zu fixieren, wann das Leben eines Kindes im Mutterleibe beginnt oder der Tod beim Menschen eingetreten ist, ergeben sich nicht nur durch das Hereinspielen einer Reihe nichtwissenschaftlicher Fragen aus der theologischen, juristischen und praktischen Lebenssphäre, sondern insbesondere auch aus der gerade hier erst noch in Entwicklung befindlichen wissenschaftlichen Erkenntnis. Auch hier heften sich übrigens die Widersprüche bloss an die Namen, also was man unter Beginn des Kindeslebens, Tod des Menschen etc. versteht. Und wenn man seit Engels wiederholt besonders auf den widerspruchsvollen Charakter des Lebens selbst hingewiesen hat, das in jedem Moment Zellen des Körpers aufbaut und ausscheidet, so dass der Organismus zugleich lebt und stirbt, zugleich derselbe und nicht derselbe ist, so sieht man nun auch hier hoffentlich diesen Widerspruch bloss in dem Ausdruck der Sache, nicht aber in dieser selbst. Denn nicht der Körper lebt und stirbt zugleich, sondern einzelne Zellen leben, andere sterben, und diese Vorgänge gehören in einem Körper (Organismus) zusammen, bilden aber keinen Widerspruch in ihm. Und vollends — dass dieser Organismus in jedem Augenblick derselbe und nicht derselbe ist, gehört einer ganz anderen Betrachtungsweise als der physiologischen an, von der aus diese Erkenntnis scheinbar gewonnen wurde. Denn physiologisch ist der Körper in keinem der folgenden Momente mehr derselbe wie vorher, er ist unausgesetzt ein anderer. Aber er ist eben nicht nur Körper, sondern in ihm ist auch ein Bewusstsein — und nur durch dieses ist er trotzdem derselbe. Die Dieselligkeit des Bewusstseins ist kein Widerspruch gegen die stete Veränderung des Körpers. Sie entstammt der formalen Einheit alles Denkens überhaupt und ist eine noologische Tatsache gegenüber der physiologischen, der Veränderung des Organismus. Dieser rein als solcher betrachtet könnte nur mit demselben Rechte noch als derselbe Gegenstand in jedem folgenden Moment bezeichnet werden, wie wir dies gegenüber jedem anderen Objekt unserer Umgebung tun, das sich auch fortwährend verändert, solange nämlich die Veränderungen nicht so bedeutend sind, dass sie unser praktisches Verhalten zum Objekt ändern, und uns daher einen Anlass geben, dasselbe nun anders zu benennen. Die Dialektik ist eben jene Denkweise, welche alle mehr oder minder willkürlich fixierten Abgrenzungen des Denkens auflöst, indem sie dieselben in den gesamten Zusammenhang zurückstellt, aus dem sie herausgehoben wurden. Sie deckt dabei die Widersprüche auf, in die das Denken geraten muss, wenn es an diesen starren Begriffen festhalten will, ja sie schreitet durch diese Widersprüche in der Erkenntnis fort, bringt sie selbst aber in ihrer dialektischen Auffassung zum Verschwinden (zur „Aufhebung“), so dass gerade sie das Mittel eines widerspruchsfreien Denkens wird.

man die Entwicklung überhaupt durch Allmählichkeit des Entstehens oder Vergehens zu begreifen glaubt, und dabei übersieht, dass man damit den Anfang des Entstehenden, respektive Vergehenden einfach vorausgesetzt hat. Man kann also, wenn man den Standpunkt, den Plechanow selbst mit Recht als den richtigen bezeichnet, konsequent festhält, gar nicht mehr sagen, wie er es doch tut: „Jedesmal, wenn die Allmählichkeit des Entwicklungsprozesses abgebrochen wird, findet ein Sprung statt“ (Seite 30). Das heisst wieder aus der dialektischen in die gewöhnliche Auffassungsweise verfallen, weil nur nach letzterer der allmähliche Entwicklungsgang kein sprunghafter ist. Die Sprünge bilden keine Episode im Gange der Entwicklung, sondern ihren notwendigen Charakter. Es kann im Werdeprozess, soweit er nicht rein quantitativ ist, was wohl in der Natur kaum irgendwo vorkommt, gar nichts Kontinuierliches geben, weil jede auch noch so geringe Qualitätsänderung ein Neues ist, das nur als ein Sprung in die Kontinuitätsreihe von Raum, Zeit und Kausalität tritt. Die Abweichungen, die zum Beispiel eine organische Form allmählich in eine andere überführen, mögen am Anfange des Anpassungsprozesses noch so gering gewesen sein, sie sind doch etwas Neues im Organismus, von dem aus erst alle weitere Entwicklung ausgehen kann. Ohne die ursprüngliche Variation im Leben der Organismen, sei es nun eine zufällige oder eine zielstrebig im Organismus zustande gekommene, gäbe es überhaupt keine Entwicklung der Arten.

Wie nun diese Diskontinuität der Entwicklung, auf das Kontinuum ihrer Raum-, Zeit- und Kausalfaktoren bezogen, den eigentlichen Sinn des dialektischen Gesetzes vom Umschlagen der Quantität in Qualität ausmacht, habe ich in meinem früheren Aufsatz über die Dialektik bereits auseinandergesetzt*. Es ist auch dies nicht etwa eine mystische Beschaffenheit in der Natur selbst, sondern lediglich eine Folge der quantitativen Betrachtung des Qualitativen. Zugleich zeigt sich dabei, wie sich in der Erfassung jeder einzelnen Erscheinung das quantitative und qualitative Denken notwendig durchdringen. Weil jede Qualität quantitativ bestimmbar ist und alle Quantitäten in ein Kontinuum gehören, muss, wenn man den Standpunkt der Betrachtung ins Gebiet des Qualitativen verlegt, dann das Qualitative aus bestimmten Aufsummierungen gleichsam herauspringen. Es beweist damit nur seinen diskontinuierlichen Charakter, und eben deshalb gilt der Satz vom Umschlagen der Quantität in Qualität nicht umgekehrt. Gerade das aber verlangt man eigentlich, wenn man auf die vermeintliche logische Unmöglichkeit der Setzung von Anfangs- oder Endpunkten im Entwicklungsprozess verweist. Man verwandelt dann den qualitativen Werdeprozess, dessen einzelne Stufen untereinander eben nicht quantitativ, sondern durch Entwicklung verbunden sind, in einen rein quantitativen Ablauf von Addierungen, wobei freilich die unklare Vorstellung mitläuft, als ob durch einen solchen anfangslosen Additionsprozess überhaupt etwas werden könnte, (eine Abart des Fetischismus der grossen Zahlen).

Damit ist nun freilich nicht gesagt, dass solche Anfangs- und Endpunkte auch wirklich überall aufgezeigt werden können. Das hat aber nichts mehr mit logischer, sondern nur mit praktischer Unmöglichkeit zu tun. Es hängt wesentlich von der Stellungnahme des Betrachtens ab, in wissenschaftlichen Dingen von der theoretischen, in anderen von der praktischen, welche neu auftretende Qualitäten noch wichtig genug erscheinen, respektive, welche mit den jedesmal zur Verfügung stehenden Erkenntnismitteln noch erfasst werden können, um sie zur Abgrenzung eines wissenschaftlichen oder praktischen Begriffes zu verwenden. Da dieser Begriff dann gegenüber dem vollen Entwicklungsprozesse eine mehr oder weniger willkürliche Beschränkung darstellt, kann er mit jenem in einen Widerspruch geraten, der aber jetzt nur ein solcher der Definition dieses Begriffes ist und sich mit der Erweiterung derselben, das heisst mit der Erweiterung unseres Wissens oder unserer praktischen Stellungnahme jedesmal löst. Dass der Mensch, der eben gestorben ist, zugleich doch noch „lebt“, da noch nicht alle Organe ihre Tätigkeit eingestellt haben, deckt keine dialektische Beschaffenheit des Todes auf und überhaupt nichts Widerspruchsvolles im Vorgange des Sterbens, sondern macht uns nur aufmerksam, dass unser Begriff des Todes den ganzen Prozess der Veränderungen, welche das Sterben eines Organismus darstellen, nicht erschöpft, weil er

* „Kampf“ I., Seite 264.

nur das Ende des Menschen im Auge hat, nicht aber das des Organismus. Es ist ein psychologisch-praktischer und kein physiologisch-theoretischer Begriff. Nicht Verwirrung dieser ganz verschiedenen Standpunkte, woraus dann freilich Widersprüche folgen müssen, sondern die Auflösung dieser Widersprüche durch Hinausführung der Begriffe aus ihrer jeweiligen Beschränktheit ist das eigentliche Wesen der Dialektik, die eben keine Beschaffenheit der Dinge, sondern nur eine Art des Denkens der Dinge ist.

Durch Verflüssigung unserer Begriffe und Definitionen verschwindet also der Widerspruch genau so aus dem Werden wie durch die Beweglichkeit unserer Anschauung aus der Bewegung. In beiden Fällen folgen wir dem Flusse der steten Veränderungen, was eben den Unterschied und den Wert des dialektischen gegenüber dem logischen Denken ausmacht, das an seinen Begriffen unbeweglich haftet. Es ist mir daher auch nur aus derselben Inkonsequenz erklärlich, mit welcher Plechanow bei seiner Besprechung des Werdens von dem dialektischen Standpunkt abgeriet, wenn er Seite 35 es als einen Missbrauch der Dialektik bezeichnet, das Sein durch das Werden zu ersetzen. Er tut dies allerdings in Abwehr eines wirklichen Missbrauches der Dialektik, nämlich bei Kratylos, der bekanntlich sagte, man könne denselben Fluss nicht nur nicht zweimal befahren, sondern sogar nicht einmal. Denn der Fluss habe sich ja schon während unserer ersten Fahrt verändert. Nebenbei bemerkt ist diese von Plechanow abgelehnte Meinung des Kratylos um nichts schlechter, als der von Plechanow akzeptierte Widerspruch der Bewegung oder als die Schwierigkeit in der Bestimmung des Anfanges einer Glatze. Alle diese Argumentierungen sind ein Missbrauch der Dialektik, aber gerade weil sie das Sein nicht durchwegs im Werden auflösen, sondern einem aufgelösten Teil einen unaufgelösten anderen Teil gegenüberstellen. Kratylos löst den Fluss in beständiger Veränderung auf, vergisst aber daran, sich selbst ebenso zu behandeln etc. Vom Standpunkt der Dialektik kann man gar nicht anders als alles Sein und Werden auflösen, und zwar restlos, da das Werden ja nur die Art ist, in welchem das Sein eben da ist. Verkennt man dies, so kommt man zu jener schon vorhin charakterisierten seltsamen Halbheit eines Dialektikers, im dialektischen Denken selbst zwischen schon entstandenen und entstehenden Dingen zu unterscheiden und sich den Kopf darüber zu zerbrechen, von wann an man einen Jüngling einen Bärtigen wird nennen dürfen. Das Gewordene entspringt einer ganz anderen Art unseres Denkens, nämlich der Beziehung des Mannigfaltigen in der Erfahrung auf die Denkeinheiten des Verstandes, wobei theoretische und praktische Interessen in der Ausgestaltung und Festhaltung dieser Einheitsbeziehungen richtunggebend sind, die aber mit dem Wesen der dialektischen Auffassung gar nichts zu tun haben.

Damit sind wir schliesslich zu der Frage nach dem Verhältnis des logischen zum dialektischen Denken gelangt. Man kann, wenn man will, die Logik als einen speziellen Fall des dialektischen Denkens bezeichnen, wie Plechanow dies tut (Seite 35). Aber damit ist für die klare Erkenntnis des Verhältnisses beider wenig gewonnen, zumal wenn man mit Plechanow dann weiter folgert, dass die Grundgesetze der Logik ihre Bedeutung nur behalten, inwiefern sie der Dialektik nicht widersprechen. Denn dies letztere ist direkt falsch, was übrigens Plechanow selbst Seite 37 zugeben muss, wo er uns belehrt, dass die Grundgesetze der Logik „innerhalb gewisser Grenzen“, zum Beispiel auch auf die Bewegung Anwendung finden, obzwar diese doch nach ihm logisch nicht zu begreifen war. So führt die Plechanowsche Bestimmung des Verhältnisses zwischen Logik und Dialektik zu einem Schwanken, das selbst weder logisch noch dialektisch ist. Richtig ist nur der Schluss, zu dem Plechanow kommt und von dem aus sich das fragliche Verhältnis leicht bestimmen lässt: „dass die Dialektik die formelle Logik nicht aufhebt, sondern ihr nur die absolute Gültigkeit nimmt, die ihr die Methaphysiker verleihen“ (Seite 37).

Es besteht nämlich keinerlei Subordinationsverhältnis zwischen Logik und Dialektik, überhaupt keine Beziehungen weder der Harmonie noch des Widerspruches zwischen beiden, sondern sie sind zwei Denkweisen, die nur in der Einheit des denkenden Kopfes erst in Beziehung gebracht werden und sich in seiner Denkarbeit ergänzen, wie erst das Sehen mit beiden Augen ein plastisches Bild statt eines bloss flächenhaften erzeugt. Das logische Denken ist das Denken in Begriffen, welches die Totalität des Erfahrungs-

erlebnisses in lauter Teile und Diskontinuitäten auflöst. Aber immer damit verbunden, nur die längste Zeit als bewusste Methode nicht erfasst, geht gleichzeitig im Denken einher eben jenes Erleben des Ganzen, aus welchem der Verstand seine begriffsmässige Erkenntnis bildet, und in deren Annäherung an jene Ursprünglichkeit und Totalität die Kraft des Genies oder Künstlers liegt. Die Dialektik ist nur der methodische Versuch, die Schranken des bloss begriffsmässigen Denkens zu durchbrechen vermittels des Rückganges auf das Erlebnis der Totalität der Erfahrung. Sie strebt das bruchstückhafte, mehr oder weniger gewaltsam abgegrenzte logische Denken wieder einzuordnen in jenen Fluss einer ungeteilten Erfahrung, die zwar durch kein praktisches Denken sich vollkommen ausdrücken lässt, aber im Bewusstsein jedes Denkenden aufzeigbar lebt. Die Dialektik wird so zu einer Korrektur des logischen Denkens, die nicht etwa seine Ergebnisse als falsch aufzeigt, sondern die nur die notwendigen Fehler ausgleicht, welche dem logischen Denken eigen sind. Sie berichtigt das logische Denken daher auch nicht eigentlich, sondern sie ergänzt es durch eine ganz andere Anschauungsweise. Und da es diese Anschauungsweise erst ist, welche das Denken instand setzt, der steten Veränderung und Entwicklung zu folgen, die alle Gebiete der Natur beherrscht, das physische nicht minder wie das organische und soziale, so folgt daraus von selbst die überragende Bedeutung der Dialektik für das moderne wissenschaftliche Denken. Insbesondere für die wissenschaftliche Erkenntnis des sozialen Lebens, das ja nur mit seinem steten Wandel aller seiner Beziehungen und Institutionen Objekt der Wissenschaft werden kann, hat erst die dialektische Auffassung die Möglichkeit geboten, diesem Fluss der Dinge wirklich folgen und ihn theoretisch ausdrücken zu können. In dieser Wertschätzung der Dialektik für die Sozialwissenschaften, für welche Plechanow aus der Fülle seiner weitverbreiteten Studien sehr interessante Belege aus den verschiedensten Zweigen der Geisteswissenschaft beibringt, kann man nur eines Sinnes mit ihm sein. Nur dass diese Belege ebensoviele Beispiele für den methodologischen Charakter der Dialektik werden und in keinerlei Weise geeignet sind, die anfängliche These Plechanows zu unterstützen, dass die Dialektik mit dem Materialismus stehe und falle.

Und diese These ist auch nicht zu halten, solange man mit dem Begriffe des Materialismus den ihm wirklich zukommenden Sinn verbindet und nicht etwa aus ihm bloss eine naturwissenschaftliche Methode macht. Bleibt aber der Materialismus, was er ist, nämlich eine Weltauffassung, und soll in diesem Sinn die Dialektik materialistisch sein, dann ist hoffentlich deutlich erkennbar geworden, wie dieses Bestreben, die Dialektik nicht bloss als eine Art des Denkens, sondern als eine Beschaffenheit des Seins selbst zu verstehen, sie notwendig um ihren dialektischen Charakter bringen und ihr den blossen, ganz undialektischen Widerspruch lassen muss. Ja es ist im Grunde ein Widersinn, ein Ungedanke, von einem Widerspruch — nicht zu verwechseln mit Gegensätzlichkeit — im Sein zu sprechen. Wie immer man sich zu der erkenntniskritischen Frage des Verhältnisses von Denken und Sein verhalten mag, selbst auf dem Boden einer bloss positiven Betrachtung bezeichnet der Begriff des Widerspruches nur ein reines Denkverhältnis, nämlich die Unmöglichkeit, das Zugleichsein einander ausschliessender Betrachtungen denken zu können. Was für einen Sinn kann es nun haben, von dem, was man gar nicht denken kann, zu sagen, dass es eine Eigenschaft des Seins sei?! Diejenigen, die von Widersprüchen im Sein sprechen, haben gewöhnlich etwas im Auge, was zwar eine gewisse Gegensätzlichkeit des Seins darstellt, ohne aber irgend etwas mit einem Widerspruch gemein zu haben. Die Polarität zum Beispiel ist doch kein Widerspruch, sie ist das Zugleichsein zweier entgegengesetzter, sich unter Umständen aufhebender, aber nirgends ausschliessender Beschaffenheiten. Dass ein Körper zugleich positiv und negativ elektrisch ist, dass ein Organismus zugleich ein Individuum und ein Zellenstaat ist, gehört doch ersichtlich in eine ganz andere Kategorie, als dass ein Körper an einem Orte sei und zugleich nicht sei. Es wurde schon im ersten Artikel erwähnt, und sei hier nochmals betont, dass die reale Gegensätzlichkeit in den Objekten mit der Dialektik gar nichts zu schaffen hat, nur dass sie durch ein dialektisches Denken leichter erfasst und verstanden wird. Sie ist also nur ein Objekt für die Dialektik, nicht selbst eine Dialektik. Andererseits hat aber auch der Widerspruch im logischen Sinne mit der Dialektik gar nichts zu schaffen, wie nur ein weitverbreitetes

Vorurteil meint. Vielmehr haben gerade Marx und Engels, ersterer gegen Proudhon, letzterer gegen Dühring, gezeigt, wie der Begriff des dialektischen Widerspruchs etwas ganz anderes ist als die nur im Namen mit ihm übereinstimmende logische Kategorie. Nicht umsonst hat Hegel für den dialektischen Widerspruch darum noch eine eigene Bezeichnung geprägt, indem er sie auch Negativität nennt. Der dialektische Widerspruch bezeichnet nicht das Zugleichsein einander ausschliessender Bestimmungen, sondern nur das Zugleichdenken des logisch Begrenzten mit seinem Negativum, mit dem aus dieser Begrenzung ausgeschlossenen und insofern ihm widersprechenden Inhalt. Während also der logische Widerspruch, auf das Sein bezogen, das Zugleichsein seiner Entgegensetzungen ausschliesst, bedeutet der dialektische Widerspruch gerade dieses Zugleichsein, ein Sich-Durchdringen entgegenstehender Momente, weil er diese nicht als Seinslemente, sondern nur als Denkbestimmungen erfasst. Das Widersprechende ist nicht gleichzeitig, sondern es wird im Denken gleichzeitig erwogen, aufeinander bezogen und so zu einer Synthese gebracht. Indem diese Denkweise nicht mehr an blossen Abstraktionen geübt wird, wie bei Hegel, sondern an dem realen Stoff der Erfahrung, scheint sich die Dialektik, die Marx bei Hegel so treffend als eine „absolute Methode“ charakterisierte*, hier in die Lebendigkeit des Stoffes selbst, also in eine Eigenschaft der Natur zu verwandeln. Aber sie bleibt doch immer noch Methode, nur dass sie eben aus einer absoluten eine wissenschaftliche geworden ist, die nicht mehr, was Engels mit Recht als einen „totalen Mangel an Einsicht in die Natur der Dialektik“ bezeichnet, nur als ein Instrument des blossen Beweises zu verstehen ist, sondern als „Methode zur Auffindung neuer Resultate, zum Fortschreiten vom Bekannten zum Unbekannten“**.

Wir sind am Ende dieser Erörterung, die durch die Begrenzung ihres Themas auf das Wesen der Dialektik es mit sich bringen musste, dass sie wesentlich polemisch gegenüber Plechanows Ansichten in diesem Punkte auftrat. Es würde aber eine unrichtige Vorstellung von Plechanows Schrift über die Grundprobleme des Marxismus erwecken, wenn nicht noch darauf hingewiesen würde, wie dieselbe mit den hier besprochenen Abschnitten noch durchaus nicht erschöpft ist. Vielmehr enthalten die folgenden, den grösseren Teil des Buches ausmachenden Kapitel eine kritische Erörterung der materialistischen Geschichtsauffassung, die eine ebenso nötige wie glückliche Bereicherung der Literatur über dieses schwierige Thema darstellt. Denn hier erfahren zahlreiche Missverständnisse, die nicht nur bei den Gegnern anzutreffen sind, ihre gründliche und zugleich klare Berichtigung. Insbesondere die Rolle der Ideologie im geschichtlichen Prozesse und die Art ihrer Abhängigkeit von den wirtschaftlichen Faktoren wird gegenüber einer bloss schablonenmässigen Anwendung des ökonomischen Materialismus ins rechte Licht gesetzt. Für diese lichtvolle Aufklärung und rücksichtslose Beseitigung allzu „materialistischer“ Verballhornungen der materialistischen Geschichtsauffassung gerade durch Plechanow wird jeder, der die landläufige Diskussion über dieses Thema kennt, dem Verfasser nur Dank wissen.

Matthias Eldersch: Die neue Sozialversicherungsvorlage

Zu Beginn der Herbsttagung hat die Regierung zum viertenmal einen Gesetzentwurf über die Sozialversicherung eingebracht. Das erstemal erfolgte die Einbringung der Vorlage im November 1908 unter dem Ministerium Beck. In den Jahren 1909 und 1910 wurde die Vorlage, die bis dahin fast gar nicht in Vorberatung gezogen worden war, unverändert vorgelegt. In den Jahren 1910 und 1911 hat der permanente Sozialversicherungsausschuss die Vorberatung dieses umfänglichen Werkes durchgeführt und nahezu ganz abgeschlossen. Die Hauptstücke, betreffend die Kranken- und Unfallversicherung

* „Elend der Philosophie“, Seite 88 ff.

** „Umwälzung der Wissenschaft“, Seite 136 u. 137.

wurden im Vollausschuss erledigt, die anderen Hauptstücke im Subkomitee vorberaten. Die Auflösung des Abgeordnetenhauses hat den Arbeiten des Ausschusses ein jähes Ende gesetzt. In der Thronrede, die bei Eröffnung des neugewählten Abgeordnetenhauses gehalten wurde, ist die Wiedereinbringung der Sozialversicherungsvorlage angekündigt worden. Es wurde aber in der betreffenden Stelle der Thronrede eine nicht unwesentliche Umgestaltung des Gesetzentwurfes in Aussicht gestellt, bei welcher auf die Erfahrungen des Auslandes und die Wünsche der heimischen Interessenten Bedacht genommen werden sollte. Allgemein war nach diesen offiziellen Andeutungen die Anschauung, dass die Regierung die Absicht haben müsse, die Selbständigenversicherung unter Anlehnung an das französische Altersversicherungsgesetz oder in anderer grundlegender Weise umzugestalten, um so den vielen Einwänden gegen die finanzielle und organisatorische Verbindung der Selbständigen- und der Arbeiterversicherung zu begegnen. Der Umstand, dass das Versicherungsdepartement des Ministeriums des Innern sich mit der Vorlage des Gesetzentwurfes nicht beeilte, sondern einen Termin bis zum Spätherbst in Anspruch nahm, schien die Annahme, dass grössere Veränderungen an dem Werke vorgenommen werden, zu rechtfertigen. Der nunmehr vorgelegte Entwurf beweist, dass diese Ansicht irrig gewesen ist.

Die Regierungsvorlage ist in ihren wesentlichen Grundzügen unverändert geblieben. Eine Anzahl von Ausschussbeschlüssen, denen die Regierung bei der Vorberaterung keinen besonderen Widerstand entgegengesetzt hat, wurde aufgenommen, die der Regierung nicht genehmen Ausschussbeschlüsse blieben unberücksichtigt, einige Paragraphen wurden umstilisiert oder neu gruppiert, im übrigen blieb es bei der früheren Vorlage. Man muss mit Recht die Frage aufwerfen, ob für die Bewältigung dieser nicht sehr umfänglichen Arbeit ein Zeitraum von acht Monaten nötig war und wie der Widerspruch zwischen den Andeutungen der Thronrede und dem Inhalt des Gesetzentwurfes aufzuklären ist.

Trotz der Erklärungen des Ministers des Innern in der Sitzung von 23. November d. J., in welchen der ernste Wille der Regierung, diese Reform baldigst zum Abschluss zu bringen, betont wird, hat es den Anschein, dass es die Regierung mit diesem Werk nicht ehrlich meine. Ich habe schon früher einmal der Befürchtung Ausdruck verliehen, dass die Verbindung der Altersversicherung der Selbständigen mit der Invalidenversicherung der Arbeiter einer Intrige gegen die Reform der Arbeiterversicherung gleichkommt. Die Bedenken gegen die staatsfinanzielle Tragweite der Reform haben sich seither in verstärktem Masse bemerkbar gemacht, aber auch die Arbeitervertreter erheben begründeten Einwand gegen die Zusammenlegung der Versicherungen zweier Bevölkerungskreise mit so verschieden gearteten Lebensverhältnissen. Die Industriellen hetzen etzt weit mehr gegen die Sdzialversicherung und führen bewegliche Klage über die Belastung der Industrie durch die Selbständigenversicherung. Eine sehr wichtige Tatsache darf auch nicht übersehen werden. Nach Angaben der Abgeordneten aus den östlichen und südlichen Kronländern ist die Selbständigenversicherung in diesen Ländern kaum durchführbar, weil ein grosser Teil der bäuerlichen Selbständigen nicht versicherungsfähig ist. Bei diesen Kleinbauern soll die Geldwirtschaft so wenig entwickelt oder ihr Einkommen so gering sein, dass sie nicht imstande sein werden, auch nur einen Jahresbeitrag von 6 K für ihre Versicherung zu bezahlen. Von der Leistung der Beiträge für die mithelfenden Familienangehörigen gar nicht zu reden. Man kann nicht annehmen, dass diese Abgeordneten wider ihr besseres Wissen diese Behauptungen aufstellen, jedenfalls ist es kein Beweis für die Durchführbarkeit dieser Versicherung in nicht unwichtigen Teilen des Reiches, wenn die in Betracht kommenden Abgeordneten ihrer Abneigung gegen das Gesetz dadurch Ausdruck geben, dass sie gegen den Wegfall der ersten Lesung Einspruch erheben.

Die Regierung hat an der Verbindung der beiden Versicherungen nichts geändert. Die Regierung glaubt diese Haltung damit zu rechtfertigen, dass die bürgerlichen Vertreter des Abgeordnetenhauses nicht gut einer Aenderung der Organisation und des Finanzplanes der Selbständigenversicherung zustimmen können, weil die Interessentengkreise darin eine Gefährdung des Zustandekommens der Selbständigenversicherung erblicken würden. Es ist hoch an der Zeit, mit derart unbegründeten Vorurteilen aufzu-

räumen. Nicht derjenige, der für die Selbständigenversicherung neue, brauchbare Grundlagen sucht, ist ein Feind der Selbständigen, sondern diejenigen, die an durchaus verfehlten, in der Hast des Augenblicks geborenen Vorschlägen festhalten, obwohl sie die Ueberzeugung haben müssen, dass dadurch das ganze Reformwerk gefährdet wird. Hinter den Kulissen wird damit operiert, dass das Herrenhaus diesen Teil der Vorlage ohnedies einer radikalen Aenderung unterziehen wird. Dieses Auskunftsmittel muss als ein durchaus unwürdig demagogischer Schachzug bezeichnet werden. Nehmen wir an, dass diese Erwartung zutreffen und das Herrenhaus die Einführung der Selbständigenversicherung ablehnen oder deren Gestaltung radikal ändern würde. Dieser Umstand würde aber wieder den Arbeiterfeinden des Abgeordnetenhauses einen willkommenen Vorwand bieten, der Einführung der Invalidenversicherung Widerstand entgegenzusetzen. Auf diese Weise könnte die Sozialversicherung noch lange Jahre unerledigt bleiben. Es ist auch sehr zweifelhaft, ob parlamentarische Körperschaften ohne die Hilfsmittel, die der Regierung zur Verfügung stehen, eine neue brauchbare Vorlage für eine Versicherung zustandebringen. Als Beweis hierfür brauche ich nur das technisch unzulängliche, nahezu unbrauchbare Pensionsversicherungsgesetz anzuführen, das solchen radikalen Umgestaltungen im Kreise parlamentarischer Körperschaften unterzogen worden ist. Es war daher Pflicht der Regierung, beim Verfassen der Vorlage selbst die Initiative zu ergreifen und die notwendige Umgestaltung der Vorlage vorzunehmen.

In der Begründung der Regierungsvorlage wird uns mitgeteilt, warum die Regierung an der Riskengemeinschaft der beiden Versicherungszweige festhält. Am beachtenswertesten erscheint nur die feierliche Versicherung, dass die Arbeiterversicherung durch die Selbständigenversicherung keine Belastung erfahren wird und dass die 20 prozentige Erhöhung der Beiträge gegen das Koerbersche Programm nur durch die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter notwendig geworden ist. Ich will nur eine Tatsache anführen, die die Haltlosigkeit dieser Behauptung zu widerlegen imstande ist. Das Koerbersche Programm hat die Einführung der Selbständigenversicherung nicht vorgesehen. Im Motivenbericht der ersten Regierungsvorlage wird die Zahl der versicherungspflichtigen Selbständigen mit 2,520.000 Personen angenommen. Von diesem Personenkreise sind die Selbständigen in Industrie und Bergbau, im Handel und Verkehr (574.000 Personen) unbedingt durch längere Zeit in unselbständiger Eigenschaft tätig gewesen und sie hätten bei Bestand der Invalidenversicherung in dieser Zeit Beiträge leisten müssen, für die ihnen kein Gegenwert geboten worden wäre. Denn auch im Koerberschen Programm war eine Rückzahlung von Beiträgen an versicherungspflichtige Personen, mit Ausnahme der weiblichen Versicherten im Falle ihrer Verheiratung, nicht vorgesehen. Hierzu kommen noch die Selbständigen der Landwirtschaft (1,713.000 Personen), von denen auch ein nicht unerheblicher Teil vorher in unselbständiger Eigenschaft tätig war. Schätzt doch der Motivenbericht auf Seite 199, erster Absatz, die Zahl der mithelfenden Familienmitglieder, die in einem Lohn- oder Dienstverhältnis stehen, auf 500.000. Aus diesen Kreisen rekrutieren sich vornehmlich die landwirtschaftlichen Selbständigen. Der Finanzplan des Koerberschen Programms konnte also mit einer sehr erheblichen Aktivpost rechnen, deren ständiges und unerschöpfliches Reservoir die Beitragsleistung der später selbständig werdenden Versicherten gebildet hat. Mit der freiwilligen Versicherung im Zeitpunkte des Ueberganges zur Selbständigkeit konnte doch nur in geringem Umfange gerechnet werden. Das gekennzeichnete Aktivum wird aber durch die Einführung der Selbständigenversicherung wertlos, weil dem Selbständigen die Beiträge, die er in unselbständiger Eigenschaft gezahlt hat, angerechnet werden müssen und ihm durch die Steigerung des Rentenbetrages eine Gegenleistung geboten wird.

Bei Einführung der Selbständigenversicherung muss die Arbeiterversicherung auf diesen nach meiner Schätzung nicht unerheblichen pekuniären Vorteil verzichten, das ist selbstverständlich und nur gerecht. Aber eben deshalb glaube ich nicht daran, dass die Einführung der Selbständigenversicherung ohne Einfluss auf die Prämienhöhe der Unselbständigen gewesen ist. Die Selbständigenversicherung muss schon bei ihrer Geburt die Arbeiterversicherung verteuern. Diese Tatsache können die Regierungsfachmänner doch nicht übersehen haben, da sie für den Laien erkennbar ist. Die Versicherungstechniker bestreiten auch, dass die Selbständigenversicherung in Zukunft die Arbeiter-

invalidenversicherung schädigen wird. Wir sind der gegenteiligen Ansicht. Die Gruppe der versicherungspflichtigen Selbständigen hat einen viel ungünstigeren Altersaufbau als die Gruppe der Unselbständigen. Die Schwierigkeiten der Beitragserhebung werden in manchen Kronländern ausserordentlich grosse sein. Der Hinweis darauf, dass jene Selbständigen, die keine Beiträge leisten, auch keine Anwartschaften erwerben, ist nicht einwandfrei. Ein schlechter Zahler ist immer eine ungünstigere Versicherungsrisiko. Aber abgesehen von dem Rentenanspruch kann doch die Befürchtung nicht widerlegt werden, dass die Invalidenkasse durch die erheblichen Kosten fruchtloser Beitragseintreibungen schwer belastet wird. Allen diesen Schwierigkeiten konnte durch die Wahl einer Organisation begegnet werden, die sich mehr den Standesverhältnissen der Selbständigen anpasst, auch müsste darauf verzichtet werden, die Versicherung in allen Kronländern in derselben Weise zur Durchführung zu bringen. Wenn ein grosser Teil der Selbständigen gegen die Versicherung ankämpfen wird, so bedeutet das eine erhebliche Vermehrung der Verwaltungskosten. Als warnendes Beispiel wäre die Pensionsanstalt anzuführen. Aber natürlich, wir sind keine Versicherungstechniker und deshalb wird unseren Befürchtungen keine Beachtung geschenkt. Wir werden von politischen Demagogen noch mit dem Vorwurf bedacht, dass wir die Selbständigenversicherung verhindern wollen, dass wir Gegner des kleinen Mannes sind, der von dieser Versicherung Hilfe erwartet. Dass wir schon vor zwei Jahrzehnten die Einführung der Selbständigenversicherung propagiert haben, zu einer Zeit also, wo die bürgerlichen Parteien dieser Frage überhaupt keine Beachtung schenkten, daran wird mit Absicht vergessen.

Die Regierung motiviert die Riskengemeinschaft beider Gruppen von Versicherten mit dem Hinweis darauf, dass die vielen Selbständigen durch einen Teil des Jahres auch in unselbständiger Eigenschaft tätig sind und daher ein fortwährender Wechsel in der Versicherungszuständigkeit Platz greifen würde, der grosse technische Schwierigkeiten und komplizierte Verrechnungen verursachen müsste. Auch diese Tatsache war uns nicht unbekannt, wir wollten diesen Schwierigkeiten dadurch begegnen, dass wir jene Selbständigen, die auch einem unselbständigen Erwerb nachgehen, aus der Selbständigenversicherung ausgeschieden und in die Arbeiterversicherung aufgenommen wissen wollten.

Einer groben Ungehörigkeit haben sich die Verfasser der Regierungsvorlage in der Frage der Schaffung von Uebergangsbestimmungen für jene Personen, die das 60. Lebensjahr im Zeitpunkte der Aktivierung der Versicherung überschritten haben, schuldig gemacht. Diese Verfehlung kann mit der blossen Rücksichtnahme auf den Staatssäckel nicht beschönigt werden. Diese Personen sollen von der Versicherung ausgeschlossen werden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben in den Ausschussberatungen wiederholt in der nachdrücklichsten Weise dargelegt, dass diese Gesetzesbestimmung barbarisch und unmöglich ist. Wie will man es rechtfertigen, dass Personen, die schon durch zwei Jahrzehnte für das Zustandekommen einer Invaliden- und Altersversicherung kämpfen, die lange Jahre die Hoffnung auf eine wenn auch sehr kärgliche Unterstützung im Alter gehegt haben, beim Inkrafttreten des Gesetzes erklärt wird, dass wohl die jüngere Generation der Versicherung teilhaftig wird, die Veteranen der Arbeit aber davon ausgeschlossen werden, weil der Staat nicht das Geld für den Staatszuschuss zu ihrer Rente hat. Müssen diese alten Leute, die die Zeit ihrer Erwerbsunfähigkeit herannahen fühlen, nicht eine staatliche Ordnung verdammen, für die sie zeitlebens schwere Opfer bringen mussten, die Geld für Dreadnoughts und andere Grossmachtspielereien hat, sich aber bankerott erklärt, wenn sie alten Leuten 90 K jährlich geben soll? Wenn dem Moloch Militarismus geopfert werden soll, wird jede Rücksicht auf die Staatsfinanzen fallen gelassen. In Deutschland wurde schon vor einem Vierteljahrhundert die Invaliden- und Altersversicherung eingeführt und es wurden schon damals Uebergangsbestimmungen für die alten Arbeiter getroffen, bei uns soll das in Zukunft noch nicht möglich sein.

Die Regierung motiviert ihren hartherzigen Entschluss mit dem Hinweis auf die Selbständigen. Man müsste auch den Selbständigen solche Uebergangsbestimmungen zugestehen, ausserdem würde es die Gerechtigkeit erfordern, dass allen alten Leuten, auch denen, die überhaupt nicht mehr erwerbstätig sind, ein Staatsbeitrag zu ihrem Unterhalt geleistet würde. Um also nicht absolute Gerechtigkeit zu üben, muss die

Regierung ein krasses Unrecht setzen. Wir meinen, dass es Pflicht des Staates wäre, allen bedürftigten alten Leuten einen Zuschuss zu gewähren. Aber wir können die Feststellung nicht unterdrücken, dass dieses Auspielen der Interessenten gegeneinander ein unwürdiges Beginnen ist und dass, wenn nicht alle Bedürftigen in gleichem Masse berücksichtigt werden können, die Arbeiter vor allen ein Recht auf einen staatlichen Unterhaltsbeitrag haben. Der Arbeiter ist nicht in der Lage, den Zeitpunkt seiner Invalidität oder der Erschöpfung seiner Arbeitskräfte hinauszuschieben. Er arbeitet, glaubt noch zur Arbeit fähig zu sein; der Unternehmer ist anderer Ansicht: er entlässt ihn und der alte Arbeiter irrt von Werkstatt zu Werkstatt, ohne Arbeit zu finden. So rasch und unvermittelt tritt das Elend des Alters an den Selbständigen doch nicht heran. Der Selbständige hat doch eher die Möglichkeit, auch noch im vorgerückten Lebensalter tätig zu sein, er hat mehr Hilfsmittel als der Arbeiter, um seine Position im Erwerbsleben längere Zeit zu behaupten. Wir sind für eine gleichartige Versorgung, aber wenn die Regierung sich dessen weigert, so muss zumindest für die alten Arbeiter in entsprechender Weise gesorgt werden, wobei wir den bürgerlichen Parteien gerne unsere Dienste anbieten, die Regierung auch rücksichtlich der Selbständigen zur Raison zu bringen. Wir lassen uns absolut nicht abhalten, auf der Beschaffung von Uebergangsbestimmungen zu bestehen. Die Regierung berechnet die Kosten solcher Uebergangsbestimmungen nach dem für die Versicherten günstigsten Vorschlag in 30 Jahren mit 662 Millionen Kronen. Die Richtigkeit dieser Berechnungen zugegeben, das ergibt, auf ein Jahr repartiert, den Betrag von 33 Millionen Kronen. Und dieser Betrag soll für einen Staat, der ein jährliches Budget von 3 Milliarden hat, unerschwinglich sein? Die Kosten steigen nur in den ersten Jahren erheblich an, im Verlauf von 30 Jahren verschwinden sie ganz, weil die alten Personen immer rascher aussterben.

Die Regierung hat in den Ausschussverhandlungen der Forderung der sozialdemokratischen Abgeordneten nach Schaffung von Uebergangsbestimmungen, der übrigens auch nahezu alle bürgerlichen Ausschussmitglieder rückhaltlos beigetreten sind, kein starres Nein entgegengesetzt. Der Sektionschef v. Wolf meinte im Ausschuss in Erwiderung auf meine Rede in der Generaldebatte über die Invalidenversicherung, dass die Festsetzung von Uebergangsbestimmungen vielleicht dann möglich wäre, wenn für die übrigen Versicherten einer teilweisen Herabsetzung des Staatszuschusses zugestimmt würde. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sind schliesslich auf diese Anregung eingegangen. In der Sitzung des Subkomitees, in der über jene Paragraphen Beschluss gefasst werden sollte, die den Staatszuschuss regeln, habe ich den Antrag gestellt, dem Staatsschatz eine Erleichterung in der Weise zuzugestehen, dass der Staatszuschuss nur Rentnern zugestanden wird, die im Zustand der Invalidität oder nach Anfall der Altersrente weniger als 1200 K Einkommen haben. Ein Einkommen aus Renten, durch die der Anspruch auf frühere freiwillige Versicherung erworben wurde, sollte bis zum Betrag von 300 K nicht angerechnet werden. Die Regierungsvorlage hatte diese Einkommensgrenze mit 2400 K festgesetzt. Bei der Beratung und Beschlussfassung über diesen Antrag wurde von uns und auch von den bürgerlichen Abgeordneten förmlich feierlich erklärt, dass wir uns zu dieser Konzession nur unter der Voraussetzung bereit finden, dass Uebergangsbestimmungen geschaffen werden. In der nächsten Sitzung wurde auch ein von mehreren Abgeordneten formulierter Antrag über die Grundsätze solcher Uebergangsbestimmungen beschlossen. Nach diesem Antrag wäre allen über 60 Jahre alten Personen die Erwerbung einer Anwartschaft auf eine Alters- oder Invalidenrente teils durch Anrechnung der Beschäftigung in der vorgeschriebenen Zeit in die Wartefrist, teils durch Hinaufsetzung des Anfallsjahres für die Altersrente bis zum 70. Lebensjahre möglich geworden. Durch die Auflösung des Hauses konnten die Verhandlungen mit der Regierung nicht fortgesetzt werden. Aber es war schon auffällig, dass dieser Antrag in dem Bericht des Ausschussobmannes Dr. Buzek wohl erwähnt, nicht aber wörtlich wiedergegeben ist.

Wie stellt sich nun die Regierungsvorlage zu dieser Angelegenheit? Die Regierung hat die vom Ausschuss beschlossene Bestimmung betreffend die Einschränkung des Staatszuschusses wohl aufgenommen, weitere Verschlechterungen in der Rentenberechnung selbstherrlich verfügt, die Schaffung von Uebergangsbestimmungen lehnt sie aber mit

einem ziemlich grossen Zahlen- und Worteaufwand ab. Dieses Vorgehen ist eine arge Verletzung der Vertragstreue, die im parlamentarischen Leben nicht einreissen darf, da sonst Verhandlungen zwischen Regierung und Parteien überhaupt unmöglich wären. Die Regierung war nicht berechtigt, die Einschränkungen des Staatszuschusses ohne die gleichzeitige Festsetzung von Uebergangsbestimmungen aufzunehmen und es erscheint mir als eine der primitivsten Pflichten des Ausschusses, diese Angelegenheit mit entsprechendem Nachdruck im Sinne der Beschlüsse des früheren Ausschusses zu bereinigen. Diese Solidarität müssen die früheren Ausschussmitglieder von dem gegenwärtigen Ausschuss verlangen, die meisten Mitglieder sind ja übrigens auch persönlich engagiert. Es darf nicht zugelassen werden, dass die Abgeordneten in einer solchen Frage von weitgehender Bedeutung von der Regierung übervorteilt und vielleicht auch kompromittiert werden. Ohne Uebergangsbestimmungen darf es keine Einschränkung des Staatszuschusses geben. In dem nächsten Aufsatz will ich die Errichtung der Bezirksstellen und andere Detailfragen, die durch die Regierungsvorlage wieder zur Diskussion gestellt werden, einer Erörterung unterziehen.

Adolf Braun: Lafargue

Drei Jahrzehnte sind bald verflossen, seitdem Karl Marx in London sein Leben beschlossen hat. Immer mehr lichtet sich der Kreis derer, die ihn gekannt haben, von den wenigen, die das offene Grab gesehen haben, lebt auch nur noch dieser und jener; so ist auch der junge Student, der im Auftrag eines Kreises Wiener Genossen am Grabe von Marx einen Kranz niederlegte, gestorben, gestorben als Professor an der Wiener Universität. Von denen, die Marx als persönlich wirkenden Lehrer verehrt haben, zu denen er nicht nur mit der Feder, sondern auch mit dem Munde gesprochen hat, leben nur noch ganz wenige. In diesen Tagen hat sich ihr Kreis noch weit mehr verengt: Paul Lafargue, der unermüdlich in Frankreich für die Lehre von Karl Marx gewirkt hat, der Laura, die zweite Tochter von Karl Marx, heimgeführt hatte, hat sein Leben geendet und mit ihm beschloss es freiwillig die Gattin, die in gleich heisser Weise wie er gefühlt und gehofft hatte mit der Arbeiterklasse aller Länder, die mit ihm kein höheres Streben kannte, als den Weg zum heissersehnten Ziel zu verkürzen.

Noch ist die Zeit nicht gekommen — am wenigsten in den Stunden tiefer Trauer — um ruhig und abgeklärt Paul Lafargues Wirken zu würdigen. In zahlreiche Gebiete der Wissenschaft versenkte sich Lafargues Wissensdurst, er war ein eifriger Studierender, ein viel belesener Mann, so dass es nicht leicht sein wird, zu einem abschliessenden Urteil über seine wissenschaftliche Stellung wie über seine schriftstellerische Betätigung zu kommen. In allen Wissenschaften schürfte er, um Material zu finden für die Begründung der materialistischen Geschichtsauffassung. Ebenso wenig war ihm fremd das Gebiet der Theologie wie die schwersten Probleme der höheren Mathematik. Auch dort, wo er geirrt hat, erkennt man den Forscher, der mit wissenschaftlicher Erkenntnis lebhafteste Begeisterung, mit der Erweiterung des wissenschaftlichen Gesichtskreises das Streben verbindet, die Theorie der materialistischen Geschichtsauffassung von Karl Marx, die ihm felsenfest begründet erschien, mit immer neuem Beweismaterial zu stützen und zu erweisen. Die Geschichte war ihm ein besonders liebes Studienobjekt, ein überaus wichtiges Forschungsgebiet; vor allem die Urgeschichte, aber auch die Geschichte der Revolutionen und insbesondere der französischen. Die letzten Wurzeln geistiger Strömungen suchte er aufzudecken, unermüdlich forschte er nach den wirtschaftlichen Ursachen, nach den letzten entscheidenden, das Weltgeschehen ebenso wie die geistigen Bewegungen, wie die religiösen Anschauungen, wie die wissenschaftlichen Fortschritte bestimmenden Faktoren. Je schwerer das Problem war, desto stärker reizte es ihn, desto tiefer suchte er in das Fragengebiet einzudringen, desto mehr studierte er, desto eifriger forschte er. In der Entdeckung der Zusammenhänge, die freilich oft geistreiche Konstruktion gewesen sein mögen, bewundern wir immer den Wegsucher auch dort, wo wir vermuteten, dass

er abgelenkt wurde und abgeirrt war. Wissenschaftlich ist das Ergebnis der Forschung, wenn sie so ernst und gründlich unternommen wurde wie durch Lafargue, auch dann bedeutsam, wenn sie zu keinem Ergebnis geführt hat. So werden alle Arbeiten von Lafargue weiter wirken, künftige Forscher leiten und bestimmen, anregen, hie und da auch warnen, aber fast immer zur Bewunderung anregen.

Vielleicht hätte uns Lafargue mehr beschert, uns reichlichere wissenschaftliche Ergebnisse hinterlassen, wenn ihn nicht gerade die schwierigsten Probleme am meisten zum Arbeitstisch gelockt hätten. Der Mann, der am Abend in einer Arbeiterversammlung sprach, der immer wieder Artikel über die Tagesereignisse schrieb und sie sozialistisch zu erklären suchte, der einer der besten Popularisatoren der sozialistischen Programmforderungen, der materialistischen Geschichtsauffassung, der Arbeiterschutzforderungen, auch ein eindrucksvoller Widerleger des Anarchismus war, der über Endziele und Gegenwartsforderungen wie über die treibenden Kräfte innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung reden und schreiben konnte, wie wenige neben ihm, wandte sich als Forscher, als Nachweiser der Richtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung, Problemen zu, die fern von der Gegenwart liegen, die die grössten Schwierigkeiten dem wissenschaftlichen Arbeiter stellten. Einige Titel dieser Arbeiten, die in der „Neuen Zeit“ erschienen sind, belegen das hier Gesagte. So schrieb er über Ursprung und Entwicklung des Begriffes der Seele, über das Mutterrecht, über Hochzeitslieder und Bräuche, Studien über die Entstehung der Familie, über den Ehebruch in Gegenwart und Vergangenheit, über die Beschneidung, ihre soziale und religiöse Bedeutung, über den Mythos von Adam und Eva, über den Mythos von der unbefleckten Empfängnis, Beiträge zur vergleichenden Mythologie, über die Ursachen des Gottesglaubens, über die christliche Liebestätigkeit, über den Ursprung der abstrakten Ideen, über den Ursprung der Ideen des Gerechten und Ungerechten, über den Ursprung der Idee des Guten, dann aber auch himmelweit davon entfernt über Oekonomie, Naturwissenschaft und Mathematik, wobei er merkwürdig weit hinausgreifend mathematische Erkenntnisse in Zusammenhang zu bringen suchte mit ökonomischer Entwicklung. So ist es begreiflich, dass er auch der Theorie des historischen Materialismus besondere Abhandlungen widmete, so eine über Marx' historischen Materialismus, so über die idealistische Geschichtsauffassung; wir besitzen auch eine Broschüre von ihm über den wirtschaftlichen Materialismus nach den Anschauungen von Karl Marx. Ebenso hat er eine besondere Schrift veröffentlicht über die Entwicklung des Eigentums, die gleichfalls in deutscher Sprache erschien. Weitere Schriften, die wir in Uebersetzung besitzen, sind die Religion des Kapitals, die berühmteste von allen, das Recht auf Faulheit. Nur in französischer Sprache erschienen Broschüren über die Frauenfrage, über den Sozialismus und die Intellektuellen, wie der mit Guesde verfasste Kommentar zum Programm der französischen Arbeiterpartei (Parti ouvrier), von dem ein Teil „Gesellschaftliches und Privateigentum“ wie die meisten anderen Schriften von Bernstein ins Deutsche übersetzt ist.

Der Agitator brach sich immer Bahn, auch in den vorgeschichtlichen wie religionsgeschichtlichen Studien. Ueberall finden wir auch für den kämpfenden Arbeiter in Lafargues wissenschaftlichen Untersuchungen Anregungen, die sich in der Propaganda in kleine Münze verwandeln und zur Aufklärung des Proletariats verwerten liessen. Aber auch über Tagesfragen schrieb er anregend und gründlich. So nennen wir die von den meisten früher genannten Studien weit abliegenden Untersuchungen über die Kriminalität in Frankreich, über ihre Entwicklung und ihr Wachsen, über den Sozialismus in Frankreich, über sozialistische Kongresse, über den Zusammenbruch des Boulangismus, über die Schwenkungen des französischen Klerus, über Attentate, über den 1. Mai, über den Panamaskandal, über die französische Bevölkerungsfrage, über die russischen Finanzen, über die ökonomischen Funktionen der Börse und viele ähnliche. Nicht bloss der Politiker, auch der Gewerkschafter konnte viel von Lafargue lernen, denn über eine ganze Reihe von Streiks lieferte er bedeutsame Abhandlungen. Dem Proletariat der Handarbeit und der Kopfarbeit widmete er Studien, die Wirkungen des amerikanischen Getreides, wie des Getreidehandels studierte er. Aber diese Anführungen allein würden noch lange nicht genügen, die Vielseitigkeit Lafargues zu erklären. Mit dem lebhaftesten Anteil verfolgte er nicht bloss als Leser, sondern auch als Kritiker die Entwicklung der modernen Literatur.

Ueber Viktor Hugo, über Alphonse Daudet, über den Darwinismus auf der französischen Bühne, über das Geld von Zola finden wir lesenswerte Studien in seinen leider niemals gesammelten Arbeiten. Er versuchte sich auch als Produzierender auf dem Gebiet der schönen Literatur. Freilich sind da nur einige Proben bekannt. Vielleicht findet man aber mehr in seinem literarischen Nachlass.

Soviel uns auch Lafargue gegeben hat, er hätte uns sicherlich noch weit mehr bieten können. Kaum hätte jemand besser die Biographie von Marx schreiben können, vielleicht hätte auch das Lebenswerk von Marx und Engels in ihm den eigenartigen, stets frischen und leicht verständlichen Darsteller gefunden. Aber Genossen, denen es beschieden ist, gleichzeitig als Agitatoren und als Wortführer der Partei, als Redakteure wie als Journalisten zu wirken, die von einem niemals ruhenden Forschungstrieb, von einer nicht zu befriedigenden Leselust erfüllt sind, sind schon wegen des Verbrauchs von Zeit ausserstande, zu geschlossenen, erschöpfenden, umfangreichen wissenschaftlichen Werken zu kommen. Zahlreiche wohlbehauene Bausteine waren für manch stolzes wissenschaftliches Gebäude von Lafargue hergerichtet. Aber sie aufeinanderzufügen, dort, wo sich die Notwendigkeit einstellte, das Material zu ergänzen, es auszugleichen, dazu kam er nicht, vielleicht fehlte ihm auch hierzu der Trieb. Das Leben war ihm nicht lange genug, zu forschen, immer weiter wollte er eindringen, immer tiefer wollte er schürfen, immer klarer wollte er erkennen, nichts Fremdes wollte er sich aneignen, selbst sollte alles festgestellt sein; da blieb nicht die Möglichkeit, neben all der Wirksamkeit im öffentlichen Leben, neben all dem, was ihn abzog, die zwar mehr imponierende, aber den Forscher nur selten voll befriedigende, zusammenfassende Arbeit zu leisten. Es spiegelt sich in der Wirksamkeit Lafargues wieder, was eine allgemeine Erscheinung ist. Nur die wenigsten sozialistischen Forscher kommen zur systematischen, abschliessenden Gestaltung ihres Forschungsgebietes, die meisten müssen sich damit abfinden, nicht die letzten Ergebnisse systematisch ordnen und darstellen zu können. Lafargue scheint es niemals bitter empfunden zu haben, dass ihm das versagt blieb, was der zünftige Gelehrte als den Abschluss seiner wissenschaftlichen Wirksamkeit betrachtet. Aber dieser kommt aus der Bibliothek und aus der Studierstube nicht heraus. Der sozialistische Kämpfer eilt von Versammlungen zu Kongressen, von Konferenzen zu Sitzungen, taktische Erwägungen und politische Entscheidungen, journalistische Betätigungen sind ihm dringende tägliche Pflichten; immer wieder müssen sie vor allen anderen erledigt werden, so dass der gezwungenermassen Vielseitige zu ruhiger, sammelnder, konzentrierter wissenschaftlicher Wirksamkeit nur unter den grössten Schwierigkeiten gelangt. Wer diese allgemeinen Betrachtungen, die auch für Lafargue gelten, richtig würdigt, wird erst gerecht die wissenschaftlichen Leistungen, die mannigfachen, wenn auch niemals abgeschlossenen Studien des uns eben Entrissenen nach Gebühr einschätzen.

Das führt uns zu einer, wenn auch viel zu kurzen Betrachtung der öffentlichen Wirksamkeit Lafargues. Schon als Jüngling mit dem Sozialismus vertraut, als Flüchtling auf englischem Boden seine medizinischen Studien abschliessend, kommt er in den Bann der Lehren von Karl Marx, deren begeisterter Verkünder er wurde. Sein Name ist eingezeichnet in der Liste des Generalrats der internationalen Arbeiterassoziation, wie in den Büchern, die der Pariser Kommune gewidmet sind, der spanische Sozialismus zählt ihn zu seinen Vorkämpfern. Als französische Arbeiter wieder die ersten sicheren Schritte nach dem Massenschlachten der Thiers und Favres wagten, ist Lafargue als Agitator wie als Redakteur an ihrer Seite. Er schafft die Grundlagen des neuen Programms im Verein mit Marx, Engels und Guesde, er schreibt mit Guesde den berühmten Kommentar zu dem Programm. Er schafft eine sozialistische Zeitung nach der anderen, er wirkt als politischer Agitator, als Polemiker gegen Anarchisten wie Proudhonisten, er agitiert bei den Wahlen, er hilft mit bei Streiks, er ist immer an der Arbeit als Agitator wie als Organisator, als Politiker wie als Gewerkschafter, als Journalist wie als Verfasser von Propagandaschriften. Er wird auch einmal in das Parlament gewählt, er kandidiert dort, wo die Aussichten gering sind, er stellt sich entgegen Millerand, nachdem die Anteilnahme des Sozialisten an der Gewalt Schiffbruch erlitten hatte. Auf Kongressen, in der Leitung der Partei, im Verwaltungsrat der „Humanité“ sehen wir ihn sich bis in die letzten Tage seines Lebens betätigen.

Wie er sich auch immer der proletarischen Armee einordnet, als Soldat oder als Offizier oder als General, wie es gerade der Tag und die Aufgabe bedingt, wie es sein Pflichtgefühl, niemals aber ein ihm unbekannter Ehrgeiz bestimmt, so lässt er doch niemals die merkwürdige Eigenart seines Wesens vermissen. Dass der Sozialismus ordnet, einreihet, gruppiert, Kraft aus den Massen, aus ihrer Geschlossenheit und Einheitlichkeit schöpft, aber doch die Individualitäten zu vollster Entfaltung gelangen lässt, das beweisen Leben und Wirken, die Schriften und Reden Paul Lafargues.

Stand die Wiege von Paul Lafargue in Westindien, nahe dem Äquator, die von Karl Marx aber in Trier, weit näher dem Polarkreis wie dem Wendekreis, war der Gang ihrer Erziehung durchaus verschieden, so haben sie doch manches miteinander gemein, was ihr Leben kennzeichnete. Wenn man nun in bewegter Stimmung die persönlichen Erinnerungen von Paul Lafargue an Karl Marx* liest, so möchte man manchen Satz auf den nun Verblichenen anwenden. So gilt für Lafargue wie für Marx das Motto, das der nun Verstorbene den persönlichen Erinnerungen voraussetzte, die Worte aus „Hamlet“:

Er war ein Mann, nehmt alles nur in allem,
Ich werde nimmer seinesgleichen seh'n.

Lafargue schreibt von Marx und der Biograph des Verstorbenen wird es einst über ihn schreiben dürfen: „Karl Marx ist einer jener seltenen Menschen, die gleichzeitig in der Wissenschaft und der öffentlichen Tätigkeit in erster Linie stehen konnten; er verband sie so innig, dass es unmöglich ist, ihn zu verstehen, wenn man ihn nicht sowohl als Gelehrten wie auch als sozialistischen Kämpfer ins Auge fasst....“

„Die Wissenschaft soll kein egoistisches Vergnügen sein: diejenigen, welche so glücklich sind, sich wissenschaftlichen Zwecken widmen zu können, sollen auch die ersten sein, wenn sie ihre Kenntnisse in den Dienst der Menschheit stellen.“ Diese von Lafargue zitierten Worte Marxens hat sich Lafargue auch als Motto für seinen Lebenslauf genommen. Für die Welt arbeiten, den Lieblingsauspruch von Karl Marx, konnte auch Lafargue auf seine Wirksamkeit anwenden. Und wenn Marx von sich sagte: „Ich bin ein Weltbürger und wo ich mich befinde, dort bin ich tätig“, so konnte auch Lafargue von seiner Wirksamkeit in England, Frankreich und Spanien sprechen. An allen revolutionären Bewegungen nahm er Anteil, wo sie sich entwickelten. Wenn Lafargue von Marx erzählt, dass sich der grosse Historiker, Philosoph und Nationalökonom für die Werke der Poeten und Romanschriftsteller wie für die Mathematik interessierte, so trifft das merkwürdigerweise auch auf den Biographen von Marx, auch auf Paul Lafargue zu. Und wenn Marx der Hochbeglückte war, der sein Leben lang eine treffliche und opferfreudige, eine liebevolle und geistig hochstehende, ihn stets verstehende, ihn immer fördernde, ihn immer aufrichtende Frau neben sich wusste, so gilt dieses höchste menschliche Glück auch für den Mann, der Marxens zweite Tochter heimgeführt hatte. Und wenn man zwischen Marx dem schärfsten Polemiker und dem liebevollen Familienvater wie gefälligen Freunde unterscheiden musste, so ist auch der scharfe Polemiker Lafargue der lebenswürdigste Freund, der heiterste Gesellschafter gewesen.

Der Tod hatte keine Schrecken für sie, so schreibt Lafargue von Marxens Gattin. Aber ein Schrecken war es für Karl Marx, ohne seine Gattin das Leben zu beschliessen. Und so entschlossen sich Paul und Laura Lafargue, dass keiner den anderen überleben sollte, für keinen von beiden hatte der Tod seinen Schrecken, für jeden aber erschien es als fürchterliches Verhängnis, nicht in der Vollkraft wirken zu können für die hohen Ziele, denen sie ihr Leben gewidmet hatten. Schrecken hatte es für sie, dass einer von ihnen einsam die Greisenjahre verbringen sollte. Und so haben sie, auch hier [sich unterscheidend von allen anderen, in heiterer Stimmung, bis zur letzten Stunde ihre Pflicht erfüllend, niemand kränkend, in der Hoffnung baldigen Sieges des Sozialismus beschlossen, gemeinsam und freiwillig, zur gleichen Stunde das Leben zu verlassen.

* „Neue Zeit“, 9. Jahrgang, 1. Band, Seite 10 ff. und 37 ff.

Wir betrauern ihn, wir richten aber nicht über ihn. Wer sein ganzes Leben ohne Unterbrechung, ohne einmal zu schwanken, der Befreiung des Proletariats gewidmet hat, wer sich immer den grossen Aufgaben des Befreiungskampfes untergeordnet hat, wer mehr geleistet hat, wer länger gewirkt hat wie alle, die mit ihm in der gleichen Schlachtreihe des französischen Sozialismus standen, dem soll das Recht, über sein Greisenalter zu bestimmen, unverkümmert bleiben durch die Urteile anders denkender Genossen. Lafargue soll begriffen werden, wenn er nach einem Leben reichlicher Arbeit den Schluss wählt, den er in philosophischer Ruhe, in klarer Ueberlegung für den besten hielt. Niemals hat Lafargue das, was seine individuelle Tat war, als das Vorbild für andere hingestellt. Wir beugen uns vor seiner Entscheidung, so fern es uns liegt, sie als richtige Regel zu bezeichnen, sie verallgemeinert zu wünschen.

Wir betrauern in Paul Lafargue den persönlichen Schüler von Marx, den unermüdeten Verfechter des wissenschaftlichen Sozialismus auf französischem Boden, den Forscher und Kämpfer, den Agitator und Journalisten, den politischen Organisator wie den gewerkschaftlichen Berater. Nicht bloss das französische Proletariat, die Sozialdemokraten aller Länder sind Dank schuldig dem reichen Leben Paul Lafargues. In der Literatur des Sozialismus, in der Waffenkammer sozialistischer Agitation stehen die Schriften von Lafargue in der ersten Reihe. Sie werden von den deutschen Arbeitern gelesen wie von den französischen Arbeitern, sie haben Hunderttausende angeregt, sie sollen noch das Wissen von Millionen vertiefen. So wird Paul Lafargue in seinen Werken, in seiner Agitation fortleben und fortwirken, wenn auch sein Leib unserer Gemeinschaft entrissen ist.

Ernst Falk: Die Gesundheitspflege im Klassenstaat

Unter demselben Titel wurde von mir vor Jahresfrist („Der Kampf“, IV. Jahrgang, 1. Heft) der Versuch gemacht, den Klassencharakter all der schönen Einrichtungen aufzuzeigen, die im kapitalistisch bewirtschafteten und verwalteten Staate der Gesundheitspflege dienen. Eine lange Reihe von Tatsachen, von Erfahrungen aus dem täglichen Leben wurde, aus diesem Gesichtswinkel gesehen, in ihrer aufreizenden Brutalität verständlich; aber mit derselben Klarheit ergab sich als unabweisbarer Schluss meiner Betrachtungen, dass es auch auf dem Gebiete der Gesundheitspflege nicht angeht, den Dingen ihren Lauf zu lassen bis zu dem unausbleiblichen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft. Auch in dieser Richtung kann und muss die wachsende Macht der Arbeiterklasse den Herrschenden Zugeständnis auf Zugeständnis abzwängen; so geschah es schon bisher und es ist durchaus notwendig, dass wir uns in diesem unablässigen Kleinkrieg über die nächsten Ziele unseres Strebens klar seien. Der Erläuterung dieser Gegenwartsforderungen immer unter der besonderen Bedachtnahme auf die Wiener Verhältnisse sollen die folgenden Ausführungen dienen.

Die Gesundheitspflege zerfällt uns naturgemäss in zwei grosse Gebiete: in die Pflege des gesunden und in die des kranken Menschen. Wollten wir die Pflege des gesunden Bürgers im Klassenstaate erörtern, so hiesse das das ganze weite Gebiet der sozialen Frage zur Diskussion stellen: hier hätten das Wohnungselend und die Wohnungsnot ihren Platz, der ganze Jammer der unzureichenden Ernährung, die auf Nahrungs- und Genussmittel gelegten Zölle und indirekten Steuern, die beschämenden Auswüchse der Frauen- und Kinderarbeit, der allzulangen Arbeitszeiten und der Nacht- und Heimarbeit, des vom Staate gehegten Alkoholismus und so fort. Das kann die Aufgabe dieses Aufsatzes nicht sein, wiewohl ich mir vorbehalte, zum Schluss auch einzelne besondere Kapitel der öffentlichen Gesundheitspflege zu berühren. Vornehmlich aber sollen diese Betrachtungen der Krankenpflege im Klassenstaat gelten.

Ich will mit der Besprechung der Vorkehrungen für zwei wohl natürliche, nicht krankhafte, aber von zahlreichen Gefahren umdrohte Funktionen der Frau beginnen, die Schwangerschaft und das Gebären. Ihre Wichtigkeit für die Erhaltung der Gesellschaft geben wohl auch die Herrschenden zu, aber was geschieht zu ihrer klaglosen Erledigung? Tagtäglich sehen wir hochschwängere Frauen, die es aus dem elenden Obdach, von der kümmerlichen Mahlzeit hinaustreibt zu schwerem Tagewerk, bis sie vielleicht beim Bau, auf dem Heimweg von der Arbeit von Wehen befallen werden und in einem Hausflur, in einer rasch geleerten „Elektrischen“, im „Rettungswagen“ gebären. Als erste Forderung ergibt sich also die nach Schwangerenschutz: die letzten zwei Monate der Schwangerschaft mindestens müsste die Frau frei von Nahrungsorgen und drückender Fron bei leichter Arbeit Kräfte sammeln können für ihre Entbindung und das werdende Kind. Was ist bei uns dafür vorgekehrt? — Nichts oder fast nichts. In den geburtshilflichen Kliniken findet eine kleine Anzahl Schwangerer mehrere Wochen vor der Entbindung Aufnahme gegen die Leistung von Scheuerarbeiten. Der Oesterreichische Bund für Mutterschutz nimmt weiters in einem bescheidenen Heim solche Frauen gegen geringe Bezahlung auf und verschafft ihnen leichte Arbeit. Katholische Wohltätigkeit tut in noch bescheidenerem Rahmen das Gleiche, schliesst aber ledige Mütter natürlich aus. Was müssen wir demgegenüber verlangen? Für versicherungspflichtige Arbeiterinnen Ausdehnung der Versicherung auf die letzten zwei Schwangerschaftsmonate, Errichtung von öffentlichen Schwangernheimen für alleinstehende Frauen, organisierte Vermittlung leichter Arbeit an solche, die keiner Krankenkasse angehören.

Die Mehrzahl unserer Frauen gebiert unter unhygienischen Verhältnissen in engen, unzulänglichen Behausungen. Wenn aber die Zahl der Wochenbeterkrankungen nach Schauta in den Wohnungen der Wohlhabenden weit grösser ist, als in zweckmässig eingerichteten Anstalten, wie viel mehr gilt dies noch von der elenden Wohnung der Proletarierin! Wir haben in Wien die drei geburtshilflichen Kliniken, die, zum Teil prächtig eingerichtet, armen Frauen offen stehen, aber mit dem Odium des Unterrichtszweckes belastet sind. Wieder dieses drückende Privileg, dass nur die mittellose Gebärende dem Unterricht dient! Warum nicht auch die Sanatorien der Reichen? Dazu kommt die kleine hübsche Entbindungsanstalt „Lucina“ — im Jahre 1909 wurden dort 699 Mütter entbunden — und das einladende Frauenhospiz des Verbandes der Genossenschaftskrankenkassen mit 36 Betten. Diese Anstalten reichen bei weitem für den Bedarf nicht aus und darum müssen wir fordern, dass Anstalten, ähnlich der „Lucina“, in allen Wiener Bezirken und analog in anderen Zentren und Provinzstädten errichtet werden, selbstverständlich frei von der beschämenden Einschränkung, dass ledige Frauen von der Aufnahme ausgeschlossen seien.

Diesen Anstalten müssen Wöchnerinnenheime organisch angeschlossen werden. Mindestens sechs Wochen nach der Entbindung ist die Frau besonderen Schutzes bedürftig. Das Krankengeld allein reicht kaum für Kind und Mutter aus, und doch ist nicht einmal das für so lange Zeit gesetzlich festgelegt. Die Heime würden ferner dem Kinde weit sicherer und länger die Mutterbrust gewährleisten und den Müttern eine schonende Arbeit zuweisen können. Auch in dieser Richtung ist der „Bund für Mutterschutz“ mit seinen bescheidenen Mitteln vorbildlich vorgegangen. Aber auch jetzt schon könnte die natürliche Ernährung, deren Unersetzlichkeit bereits allgemein anerkannt ist, bei den Proletariernkindern mannigfache Förderung erfahren: Stillprämien, Prämien für Hebammen, die auf diesem Gebiete erfolgreich arbeiten, Stillkassen auf versicherungstechnischer Basis, obligatorische Fabrikskrippen für alle Betriebe, die mehr als 20 Frauen beschäftigen, sind einige der mit Erfolg erprobten Mittel dazu.

Fassen wir nun weiter den Eintritt einer Erkrankung ins Auge. Ihre Erledigung hat nach dem heutigen Stande ärztlichen Könnens im allgemeinen folgenden Gang zu nehmen: Der Kranke muss entweder den Arzt aufsuchen oder von ihm besucht werden. Der muss sich über den bisherigen Lebenslauf des Patienten, über die Gesundheitsverhältnisse seiner Familie berichten lassen, die Krankheitsursache erheben, sie beseitigen oder künftig vermeiden lehren, den Kranken gewissenhaft untersuchen, das Wesen der Krankheit ihm oder seinen Angehörigen verständlich machen, die notwendigen Anord-

nungen so treffen, dass sie verstanden und behalten werden. Der Kranke muss die Möglichkeit und die Mittel haben, diese Anordnungen durchzuführen, der Arzt muss diese Durchführung kontrollieren, nach der Sachlage seine Anordnungen ergänzen oder ändern. Ist die Genesung erzielt, so muss für die volle Erholung des Rekonvaleszenten gesorgt werden. — So spielen sich die Dinge beim Wohlhabenden tatsächlich ab; dass dies der allgemein beobachtete Vorgang werde, auch bei den Kranken aus dem Volke, das muss unser Ziel sein. Sehen wir nun nach, wie viel von dieser Forderung die Vorkehrungen in Wien schuldig bleiben! — Kann jede ernstlichere Erkrankung dem Arzte zugeführt werden? Vor allem müssen wir uns gegenwärtig halten, dass in den ärmlichen Verhältnissen unseres Volkes manches übersehen oder absichtlich, meist aus Unverstand oder Unvermögen vernachlässigt wird. Unverstand! — die Volksbildung ist eben allzu dürftig, und Unvermögen! Hier ist ein noch schlimmerer Uebelstand gelegen: Die Unbemittelten sind im bettlägerigen Zustande teils auf ihre meist überlasteten Krankenkassenärzte angewiesen, teils, soweit sie nicht in eine Versicherung einbezogen sind, also besonders viele Frauen und alle Kinder, auf den städtischen, den sogenannten Armenarzt ihres Sprengels. Im Jahre 1909, dem letzten Berichtsjahre, gab es in Wien insgesamt 95 städtische Aerzte, von denen mehrere in leitenden Stellungen der unmittelbaren Krankenbehandlung entzogen waren. Von den rund zwei Millionen Einwohnern gehörten etwa 600.000 den verschiedenen Krankenkassen an. Wenn wir nun annehmen, dass von den restlichen 1,400.000 Wienern die Hälfte keine unentgeltliche Behandlung beansprucht, was sicherlich viel zu hoch geschätzt ist, so entfallen auf 700.000 arme Menschen etwa 90 Aerzte, das heist auf einen Arzt durchschnittlich 7777 Arme, also zehnmal mehr, als er annähernd gewissenhaft besorgen könnte. So sind denn viele Kranke gezwungen, zu ihrem Schaden das Haus zu verlassen und die ambulatorische Behandlung aufzusuchen. In der Tat haben im Jahre 1905 etwa 814.000 Personen in Wien unentgeltliche ambulatorische Behandlung aufgesucht, oft auf weite Entfernungen. Trotz der vielen Ambulatorien ist es bei diesem Andrang verständlich, dass die Krankenabfertigung hier oft nur flüchtig, ungründlich geschehen kann. Die Zahl der städtischen Aerzte müsste also vervielfacht werden, um den berechtigten Ansprüchen ihrer armen Klientel zu genügen; entlastet könnten dann auch die Ambulatorien gedeihlicher arbeiten. Wie schlimm aber steht es erst auf dem Lande, wo vielfach auf Stunden kein Arzt zu erreichen ist!

Da die Aerzte der Unbemittelten, seien es nun die der Kassen, Gemeinden oder Ambulatorien, zumeist mit Arbeit überlastet sind, so muss ihre Einzelleistung, wie gesagt, mangelhaft werden. Mit nur wenigen Worten müssen sie sich über Anliegen und Vorgeschichte der Kranken unterrichten, Routine muss die gewissenhafte Untersuchung ersetzen, rasch, oft kaum aufgefasst, rauschen die knappen Anordnungen an den Ohren der aufgeregten Kranken vorüber, selten sind sie mit einer mehr als flüchtigen Belehrung für die Zukunft verbunden. Es ist eine Abfertigung, wie sie sich der wohlhabende Klient nimmermehr gefallen liesse. Wie oft aber ist der Kranke gar nicht in der Lage, den ärztlichen Ratschlägen zu folgen. Gute Ernährung, reine Luft, ein gutes, reines Lager, mehr oder weniger kostspielige Heilmittel, Bäder — wie oft muss der Arme sich sagen, das seien für ihn unerreichbare Güter. Wenn aber der Kranke daheim der notwendigen Pflege entbehren muss, dann wird er wohl in die für solche Fälle vorgesehenen Krankenhäusern aufgenommen? Dieser Erwartung des Naiven steht unsere Spitalsnot, unsere Spitalschande gegenüber. Wir stehen hier vor einem der drückendsten Notstände, der uns durch krasse Einzelfälle immer wieder in Erinnerung gerufen wird. Aber in ihrer geradezu lächerlichen Unzulänglichkeit erkennen wir die Wiener Krankenhauseinrichtungen erst bei der Betrachtung einiger Zahlen aus dem statistischen Jahrbuch der Stadt. Im Jahre 1909 hatte Wien ohne Privatsanatorien und Garnisonsspitäler 7952 Spitalsbetten, davon 529 in Kinderspitälern. Das sieht ja auf den ersten Blick ganz imposant aus. Sehen wir aber doch nach den Bedürfnissen der Zweimillionenstadt! — In demselben Jahre wurden zum Beispiel in Wien fast 46.000 Kinder lebend geboren. Infolge der grossen Säuglingssterblichkeit, auch einer Blüte unserer sozialen Missstände, starben von diesen 46.000 noch in demselben Jahre etwa 9000. Es sterben natürlich nur die Schwächsten und die von den schwersten Erkrankungen Befallenen; mindestens

ebenso viele genesen von mehr oder weniger erheblichen Erkrankungen, kurz wir können mit wenigstens 18.000 zeitweilig spitalsbedürftigen Säuglingen im Jahr für Wien rechnen. Für diese dürften jetzt höchstens — 40 Säuglingsbetten in ganz Wien zu Gebote stehen. — In allen Wiener Kinderspitälern zusammen wurden im letzten Berichtsjahre 7353 Kinder behandelt; an Scharlach und Diphtherie allein aber zum Beispiel erkrankten in diesem Jahr 9892 Personen. Die wenigen Erwachsenen und die Kinder Wohlhabender von dieser Zahl abgerechnet, bleiben, gering gerechnet, 8000 Kinder übrig, die aus Gründen allgemeiner Hygiene nur wegen dieser zwei Krankheiten allein in ein Spital gehörten. Hätten aber diese alle Aufnahme finden sollen, so hätten alle unsere Kinderspitäler mit allen ihren Betten nur diesen zwei Infektionskrankheiten allein dienen müssen. Wo wären dann alle die anderen Tausende spitalsbedürftigen Kinder geblieben? In der Tat ist ja die Spitalsnot bei Kindererkrankungen am empfindlichsten, nicht nur aus absolutem Platzmangel, sondern auch aus fiskalischen Gründen. Für die Verpflegungsgebühren der jüngsten Altersklassen ist keinerlei verlässliche Vorsorge getroffen. — Noch einer besonders empfindlichen Lücke in der Versorgung der kranken Kinder sei gedacht! Die Skrophulo-Tuberkulose holt sich ihre Opfer zuerst und besonders bei den Kleinsten; sie kann geradezu als die verbreitetste Kinderkrankheit bezeichnet werden: Wien dürfte mindestens 100.000 solcher tuberkulöser Kinder beherbergen. Für sie gibt es seit einigen Jahren, und auch das nur durch einen glücklichen Zufall, etwa — 20 Spitalsbetten. Aber man brüstet sich ja mit den Hospizen für Kinder, namentlich mit dem Seehospiz von Rovigno, das übrigens leichtfertigerweise in eine Malariagegend hineingebaut wurde: in allen drei Hospizen der Stadt Wien (Rovigno, Sulzbach, Hall) wurden im letzten Berichtsjahre 1633 Kinder gepflegt. Was will das für die 100.000 bedeuten? In der Tat kann hier ein Kind ohne gewichtige Protektion kaum unterkommen; die meisten müssen ein bis zwei Jahre auf die Aufnahme warten, und indes hat die Krankheit solche Fortschritte gemacht, dass die Aufnahme oft bereits zwecklos ward.

Wenn wir nun die Forderungen formulieren wollen, die sich aus dem bisher Gesagten für das Kindesalter ergeben, so muss zunächst vorausgeschickt werden, dass die Prophylaxe in keinem Alter so viel leisten kann, wie in diesem. Gebt den Kindern gesunde Wohnungen und sichert den Säuglingen die Mutterbrust, und ihr werdet vielleicht nicht mehr Säuglingsspitalbetten brauchen, als ihr jetzt wie zum Hohn bereit haltet! So könnte man den Machthabern zurufen. Solange aber neben dem Reichtum tausendfältig Elend wuchert, müssen wir nach Säuglingsheilstätten und Kinderspitälern verlangen, zahlreich und gross genug, um die Schmach auszulösen, dass Kinder mit Gehirnhaut-, Lungen- und Rippenfellentzündungen, die Bettruhe brauchen, eine halbe Stunde weit in Ambulatorien hin- und hergeschleppt werden müssen. Für skrophulo-tuberkulöse Kinder müsste grosszügig gesorgt werden, nicht so, dass Grundspekulanten und unverständige Egoisten unter dem Beistand der Behörden dem schüchternen Versuche eines wohlwollenden Reichen brutal in den Weg treten, wie wir das unlängst sehen konnten!

Nicht viel besser als den kranken Kindern geht es bei uns den kranken Erwachsenen*. Namentlich sind wir auf dem Gebiete der Fürsorge für die Tuberkulösen beschämend zurückgeblieben. Der Wiener rühmt sich gerne der schönen landschaftlichen Umgebung; aber *morbus viennensis*, die Wiener Krankheit, ist ein anderer Name für die Tuberkulose. Warum müssen wir uns denn mit der einen kleinen Heilanstalt Alland begnügen, die sich nur mühsam erhält, während Deutschland Hunderte besitzt? — Und die Geschlechtskrankheiten! In ihrer geradezu schrankenlosen Verbreitung gehören sie ja wohl zu den unausweichlichen Attributen der kapitalistischen Gesellschaft. Aber was an Spitalsbetten zu ihrer Behandlung zur Verfügung steht, ist geradezu erbärmlich;

* Dennoch gibt es auch in Wien eine glückliche Insel ohne Spitalsnot. Hat man schon jemals gehört, für einen kranken — Soldaten sei kein Platz gewesen? Für die Wiener Garnison von etwa 22.000 Mann, ausgesucht gesundem Menschenmaterial, haben wir zwei Garnisonsspitäler mit mindestens 1100 Betten. Wäre für das „Zivilistenpack“, in dem es doch Schwächliche, Belastete, Schwangere u. s. w. gibt, in demselben Ausmasse gesorgt, so müssten wir in Wien 100.000 Spitalsbetten haben. Und wir haben kaum 8000.

die Kranken müssen meist vorzeitig entlassen werden und tragen nun von neuem zur Verbreitung der Seuchen bei. Es ist schon ein gegen das herrschende Muckertum erkämpfter Erfolg, dass von diesen Missständen öffentlich überhaupt gesprochen werden kann. Aber auf die Worte müssen nun Taten folgen: eine umfassende Prophylaxe und der traurigen Wahrheit angemessene Heilanstalten. — Auch für unheilbare Kranke fehlt es an Anstalten. Das Haus der Barmherzigkeit, in kirchlichen Händen, kann nicht genügen, und so sind solche Bedauernswerte oft gezwungen, ihrem elenden Leben selbst ein Ende zu machen, um anderen nicht zur Last zu fallen.

So ist der weitaus grössere Teil unserer Kranken tatsächlich nicht in der Lage, den ärztlichen Ratschlägen zu folgen; noch weniger kann von einer dauernden sorgfältigen Beobachtung die Rede sein, die so viele der Erkrankungen verlangen. Und wie ist gar für die Erholung Genesender gesorgt? Wenn ein wohlhabender Mann eine schwere Krankheit übersteht, so gönnt er sich gerne einen Aufenthalt im Süden, auf dem Semmering oder irgendwo im Grünen, um seine Kräfte ganz wiederherzustellen, und er tut gut daran. Was aber kann der Arme für sich tun? Kaum sind die schlimmsten Erscheinungen seiner Krankheit gewichen, muss er schon das Spital verlassen, denn draussen warten schon viele, die des Bettes jetzt noch dringender bedürfen als er. Aus öffentlichen Mitteln ist nichts vorgekehrt, um Rekonvaleszente bis zur vollen Wiederherstellung der Arbeitskraft entsprechend zu verpflegen. Weitblickende Krankenkassenverwaltungen und wohltätige Vereine erhalten in Wien sechs Rekonvaleszenten Häuser mit — 129 Betten, in denen im Jahre 1909 insgesamt 1625 Personen untergebracht werden konnten. An Tuberkulose allein aber starben in dem gleichen Jahre in Wien 7396 Personen. Welch ein schreiendes Missverhältnis! Es ergibt sich also als eine weitere Forderung die Erweiterung der bestehenden und Errichtung grosser Erholungshäuser für Rekonvaleszente nach schweren Erkrankungen.

Das leitet uns zu einer wichtigen prophylaktischen Einrichtung hinüber, deren gesetzliche Festlegung erkämpft werden muss: das Recht auf einen Urlaub für alle regelmässig arbeitenden Personen, auf einen Sommerurlaub insbesondere für alle städtischen Arbeiter im weitesten Sinne. Die durch ein Jahr fortgesetzte anstrengende Arbeit, vielfach in unhygienischen Betrieben oder Wind und Wetter ausgesetzt, erschwert durch die mannigfachen sozialen Schäden, wirkt auf den Organismus — auch des Gesunden — wie eine zehrende Krankheit. Einer Pause von wenigstens einer ununterbrochenen Woche, fern der gewohnten Arbeit, in guter Luft, sich und seinen Neigungen lebend, bedarf so ein Mensch, ohne von materiellen Sorgen gedrückt zu werden, also mit dem Recht auf den Bezug seines gewohnten Lohnes. Dass eine solche Einrichtung auch für die Unternehmer von Nutzen wäre, liesse sich leicht beweisen, wie denn der Raubbau an den Menschen überhaupt unklug ist auch vom Standpunkt seiner Nutzniesser.

Noch wichtiger aber ist diese Forderung für den Menschen in seiner Entwicklung, für das Kind. An den eigenen Kindern wissen die Besitzenden die Wohltat der im Grünen verbrachten Ferien recht wohl zu schätzen, und es ist eine Freude, im Herbst die frischen, runden Gesichter der Kleinen wieder zu sehen, die vor den Ferien blass und müde fortgefahren waren. Aber um wie vieles mehr bedürfen solcher Erholung die Kinder des Proletariats, die nebst den Mühen der Schule und den allgemeinen Schädlichkeiten des Stadtlebens das Elend der schlechten Wohnung und unzulänglichen Ernährung und oberflächlich oder gar nicht behandelter Krankheiten zu tragen haben! Unsere „Kindererholungsstätten“, ein recht mangelhaftes Surrogat, genügen offenbar unseren Gemeindegewaltigen, weil sie dem Machtbedürfnis des Klerikalismus entgegenkommen; aber sie und die unterschiedlichen Ferienkolonien, von Vereinen und Stiftungen erhalten, stehen in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Bedürfnissen. Der untersuchende Arzt muss immer unter hundert elenden Kindern, die eingereicht haben, die vierzig elendesten etwa herausuchen; die anderen sechzig dürften bis zum nächsten Jahre noch um so vieles elender werden, dass auch sie, soweit der Platz reicht, an die Reihe kommen. Alles elendes Flickwerk! Auch hier müssen wir dem Ziele zustreben: Jedem Kind seinen Ferialmonat in guter Luft! Ob nicht indes der Versuch der Selbsthilfe gemacht werden könnte, etwa so, dass eine grössere Anzahl von Arbeiter-

familienvätern sich Zusammenschlüsse zur gemeinsamen Mietung eines Sommeraufenthalts für ihre Kinder in etwa drei Schichten zu je vier Wochen? Es ist das ein Gedanke, der mir schon lange vorschwebt, allerdings in der gegenwärtigen Zeit der allgemeinen Teuerung doppelt schwer durchführbar.

Ich muss der Lockung widerstehen, noch manchen Ausblick, den unser Thema gewährt, zur Erörterung zu stellen. Schon bisher sind wir zu einer Fülle von Gegenwartsforderungen gekommen, die, im Rahmen unserer Gesellschaft durchführbar, auch von anderen Parteien in ihrer Berechtigung anerkannt werden müssen, wofern sie nicht den Mut haben, sie mit offener Brutalität abzuweisen. Die Zukunft wird ihre Erfüllung bringen, aber nur unter dem tatkräftigen Druck ihrer berufensten Verfechter, der organisierten Arbeiter.

Franz Diederich (Dresden): Schauinsland

Der Schauinsland ist ein Schwarzwaldberg bei Freiburg im Breisgau, und von dort ist dieser Name übergewandert auf das Titelblatt eines umfangreichen und inhaltsbunten Buches, das im Verlage von Kaden & Komp. in Dresden herauskam.* Hunderterlei Geschichten und Bilder sind darin, und vielleicht ist der Name nicht ganz ohne Schuld, wenn man nicht alsbald von der Vorwortseite an geordnet zu lesen beginnt, sondern zunächst einmal irgendwo in der Mitte aufschlägt und blätternd vor- und zurückschaut. Sicher hängt das zusammen mit den herrlichen Bildern, die in das Buch eingesät sind. Künstleraugen haben sie der Natur abgewonnen; nach photographischen Aufnahmen sind sie hergestellt, und die Leistungsfähigkeit unserer Dresdener Parteidruckerei hat sich dabei vorzüglich bewährt. Die Freude über das Ergebnis der Arbeit klingt beim Wandern der Augen mit. Es ist das erste derartige Buchwerk, das in so enger Verbindung mit der Arbeiterbewegung auf den Markt kommt. Weil's das erste ist, mag mancher staunen; aber die Verbindung ist auch innerlich da. Der das Buch schrieb, hat jahrelang als Schriftsteller und Zeitungsleiter, als Abgeordneter sogar in der Arbeiterbewegung mitgeschritten, und viel von dem Inhalt des Buches hat im Verlauf von anderthalb Jahrzehnten zuerst in deutschen Arbeiterblättern gestanden. Manchem Stück ist das unmittelbar anzumerken: am Stoff, am Gefühl, am Gedanken. Aber das meiste ist aus reinem Naturbetrachten geboren; da scheint jenes enge Band zu fehlen. Fehlt es wirklich so sehr?

Anton Fendrich, dem dies Buch zu verdanken ist, will, dass man es dennoch erkenne. Es ist unsere Kraft, dass wir die Welt mit helloffenen Augen für ihre soziale Seite durchwandern; mehr aber noch wächst unsere Kraft, wenn neben dem Sozialgefühl auch unser Naturgefühl sich auslebt. Bei wie vielen in den Dunst und Lärm der grossen Stadt, der riesigen Fabrikpferche eingebannten Menschen ist es wie erstickt! Und wie viele, die sich von diesem Bann losmachen, wissen doch nicht, wann eigentlich die Natur, bei der sie Befreiung suchen, ihre kräftigenden Hilfsquellen ganz tief heraufsprudeln lässt. Nicht jedem erschliesst sich ihr Innerstes so. Man muss auch etwas mitbringen, was sie willig macht, und man darf etwa sagen, sie suche sich ihre Zeiten aus. Und nun will Fendrich sagen: der Mensch der Gegenwart, der aus dem vollen, starken Strom des Lebens kommt, hat ihre Gunst, und sie hilft ihm, das Leben grösser zu erfassen, tiefer auszuschöpfen und stärker weiterzuleben. Auf diesem Boden tut sich sein Buch bei Mensch und Natur um: bei dem Menschen als einem Teil der Natur, bei der Natur in ihrer engen Verbrüderung mit dem Menschen. Die spürt Fendrich in sich selber auf und er spürt sie andern ab, die er beim Wandern trifft: „Kindern, Kämpfern, Käuzen“, wie's auf den Schildern heisst, die an den Kreuz- und Querstrassen des Buches aufgestellt sind. „Welten, Wälder und Wege“ erschliessen sich und sind belebt und beschritten von solchen Geschöpfen. Die Stimmung freier Weiten, wie sie aus den Schild-

* Schauinsland. Ein Wanderbuch. Von Anton Fendrich. Mit 25 grossen und 50 kleinen Bildern nach photographischen Naturaufnahmen. Druck von Kaden und Komp., Dresden. 346 Seiten, Grossoktav. Preis 6 Mk.

aufschriften quillt, ist wirklich dem Buche eigen, und sie redet vom Wesen dessen, der es schrieb. Er gab erwandert Erlebtes.

Als Motto könnten Sätze vorangestellt sein, die der alte W. H. Riehl vor rund sechs Jahrzehnten schrieb; in den „Kulturstudien aus drei Jahrhunderten“ stehen sie, in dem Aufsatz vom „landschaftlichen Auge“, und sie lauten: „Die schöne Natur, dieses subjektivste aller Kunstwerke, welches anstatt auf Holz oder Leinwand auf die Netzhaut des Auges gemalt ist, wird jedesmal ein anderes mit dem geistigen Standpunkt des Sehenden. Und wie bei einzelnen, so also auch bei ganzen Generationen. Die Erfassung des Kunstschönen ist nicht halb so abhängig von den grossen kulturgeschichtlichen Voraussetzungen wie des Naturschönen. Mit jedem grossen Umschwung der Gesittung erzeugt sich auch ein neuer ‚Blick‘ für eine andere Art landschaftlicher Schönheit.“ Die Dichtung unserer Gegenwart ist seit den Jahren des Naturalismus voll von den Zeichen immer reifer werdender Entwicklung dieses neuen Blickes. Er hat sich aus knechtenden Abhängigkeiten herauszuarbeiten, die von alten Kulturmächten um ihn her aufgebaut sind. „Die Entwicklung des Kapitalismus und der Technik“, sagt Fendrich, „hat den Menschen nicht nur physiologisch, sondern auch philosophisch stark ungünstig beeinflusst. Der Mensch hat sich infolge dieser Entwicklung zu dem Irrtum verführen lassen, als stehe er ausserhalb der Natur, deren Wirken er eigentlich nur zu leiten habe. Seine eigentliche Stellung als Teil eines einheitlichen Weltorganismus hat er ganz vergessen.“

Nicht ein romantisches Naturschwärmertum wünscht Fendrich aus der Versenkung der Vergangenheit herauf. Von dem alten, breit und flach auseinderschwimmenden Inhalt des Begriffs Naturschönheit will er los und zu einem Inhalt mit festem Innenbau hin. Ueber die Schwäche hinaus, die in jener Naturfreude steckt, deren Kraft bloss aus dem Widerspruch und der Abneigung gegen den Druck des Stadtlebens stammt! Er hält's mit William Morris: Rückkehr zum Land, ohne die Stadt aufzugeben. Draussen kann man genesen, aber auch untauglich werden für das herrliche Ringen im grossen Strom der Welt, die uns braucht. „Wir wissen, dass man gross und gut nur unter Menschen sein kann. . . . Seelengrösse und Menschheitsideale lassen sich nicht zum Leben gestalten in eremitischer Abgeschlossenheit oder weltverachtender Flucht, sondern nur im Schwertgeklirr des Kampfes und der Unruhe des Alltagslebens.“ Aber gegen die aufzehrenden Gewalten dieses Alltagslebens brauchen wir Hilfe. Wir müssen sie unter uns bringen, und das müssen wir wollen können. Woher kann die Kraft dazu kommen?

Man kann sagen, es komme Fendrich darauf an, dass in der Auffassung des historischen Materialismus das anthropogeographische Element mehr seiner grossen Bedeutung gemäss gesehen und betont werde. Die schroffe Auffassung, dass des Menschen innere Entwicklung ganz von äusseren Zuständen und Fortschritten, von technischen Erfindungen und physikalischen Entdeckungen abhängen sollte, hat er „immer als bedrückend und menschenunwürdig empfunden“. Der ganze Sinn der materialistischen Geschichtsauffassung sei ja im Grunde auch nur der, dass der Mensch die Dinge beherrschen lerne, anstatt sich von ihnen beherrschen und bedrücken zu lassen. Wo Fendrich auf seinen Wanderungen dies Lernen und Lernenwollen trifft, hält er an und dort geht ihm das Herz am besten auf. Da weiss er Kräfte zu sichten, die den unscheinbaren Einzelnen bedeutend dastehen lassen. Die ganze Kerle sind, die liebt er. Manche Gestalt ist ihm da kernig gelungen. Schade nur, dass sich ihm die Menschen der Städte so wenig zu jenen Kräften hin öffnen. Da draussen beim Landvolk findet er den Eingang mühelos. In der Schwarzwälder Bergheimat, in den Alpenländern her und hin, in italischen Dörfern.

Aber er ist nun einmal kein Stadtmensch von Herkunft, kein Grossstadtmensch, der die Natur erst neu für sich entdecken müsste. Die Stadt, die ihm den Verstand formte und füllte, hat ihm mit der Sehnsucht die Kraft gespannt, das eingeborene Naturgefühl draussen inbrünstig auszuleben, und ihm geht's wie anderen Dichtern vor ihm: bei dem ländlichen Volk, das nicht unter die städtische Walze geriet, lässt sich durch die sozial bedingte Schicht leichter ins naturwüchsige Innere des Lebens eindringen. Das ist ja sein Ziel, und da gibt oft ein Augenblick viel. Einmal schreibt Fendrich: „Wer die Menschen lieben will, der muss sie im Vorbeigehen geniessen. Der Mensch ist dann, wie er so gerne sein möchte, wie es ihm aber in der Tretmaschine des Lebens

auf die Dauer so schwer gemacht wird. Ehe man ihnen unvorsichtigerweise auf eine der vielen Achillesversen getreten ist, sagt man sich Lebewohl.“ Man darf aus diesen Worten beileibe nicht herauslesen, Schauinsland bringe nur so im Vorübergehen genossene Menschen heran, die jetzt im Gesichtskreis des Lesers auftauchen und im nächsten Augenblick wieder hinter anderem Erleben verschwunden sind. Fendrich sieht mit dem Dichterherzen, und die haben's einmal, dass ihnen ein kurzschnelles Berühren mit fremden Menschen die Bewegung fühlbar macht, die, von der Zauberkraft dichterischer Phantasie jäh mit der Umwelt dieser Menschen verkettet, zum Schauen eigenartiger Schicksale hindrängt. Das Einfühlen in diese Bewegung ist Fendrich das Wichtige.

Er bleibt auch da der Wanderer, der selten ein Schicksal in allen Phasen bis zum Ausgange miterlebt. Einmal schnurrt ihm das Wort heraus: „Ach, dass ihr doch immer eine Pointe dabei haben müsst. Die Pointen haben die Literaten und schlechten Dichter erfunden. Im Leben sind sie gar nicht so häufig und es ist am besten, wenn sie fehlen.“ Es geht schon an, von diesem Worte aus auf die Art seines Erzählens zu schauen. Sicherlich zeigen sich Fendrich so im Vorübergehen des Wanderlebens die Menschen oft genug nicht, wie sie gern sein, eher wohl, wie er sie gern sehen möchte. Eben weil er sie liebt. Denn sonst hielte sein Blick sie ja nicht fest mit der Kraft des Erlebens. Sie fesseln ihn, wenn in ihrem Wesen ein Etwas auftönt, das an Fragen rührt, die ihm die bedeutsamsten sind. Fragen zukünftiger Menschwerdung und Kulturentfaltung. Auf dem letzten Blatte des Buches sind sie angedeutet: „Wir wissen noch zu wenig von der Dynamik der Gewalten in uns, von der Voltspannung der Seele, von der Schwungkraft des Geistes, von der Bändigung trüber Instinkte und der Befreiung unserer letzten, verschütteten inneren Kraft und Schönheit.“ Hinter diesen Worten lebt der Glaube an ungeheure Möglichkeiten der inneren Kräfte des Menschen. Und eng ist mit solchem Glauben verwachsen das Wort, das mitten im Buche wie ein keimtreibendes Korn in gutem Boden ruht: nichts Gemeineres gebe es, als seine Entschlüsse nicht durchzuführen; dass man das könne, sei ihm der einzige Glaubenssatz geworden.

So ist dies Buch der Natur im besten Sinne ein Buch vom starken Menschen. In all seinem kräftigen Umfassen und lebendigen Einssein mit dem Feinen, Herrlichen und Gewaltigen der Natur will es in dem Menschen, der mit ihm wandert, das Gefühl für das Beste wecken, das in ihm zum Bewusstsein seiner Kraft und Schönheit erlöst werden kann. In ihren Weiten, Höhen und Tiefen spiegelt die Natur unser eigenes Wesen wider. Wir sind über die Anschauung hinaus, die in der Natur das Gottgrosse, im Menschen das Menschkleine empfand. Unser die Welt! Die Generationen der Gegenwart sind dort angelangt, wo, mit Riehls Worten, die schöne Natur für das menschliche Auge anders geworden ist, als sie früher war, weil der geistige Standpunkt der Sehenden sich geändert hat. Das eben liegt all den von vielen Seiten her einsetzenden Bemühungen um eine Reform der Kultur des Wanderns zugrunde, die in den letzten anderthalb Jahrzehnten schnell zu Bedeutung gelangt sind.

Bücherschau

Statistik

Summarische Ergebnisse der Statistik der Reichsratswahlen von 1911. Herausgegeben von der k. k. Statistischen Zentralkommission. Verlag von F. Irrgang in Brünn. Preis K 3.50. Fünf Monate nach den Reichsratswahlen veröffentlicht nun die Statistische Zentralkommission eine Publikation über die vorläufigen Ergebnisse der Stimmzählung von 1911. Sie enthält die Zusammenstellung nach einzelnen Wahlkreisen und zuletzt eine Uebersicht nach Nationalitäten.

In den Tabellen über die Wahlbeteiligung fällt auf, dass in allen österreichischen Provinzen, mit Ausnahme von Dalmatien, das Prozentver-

hältnis der Wähler, die zu den Urnen gingen, geringer war als 1907. In den Ländern mit Wahlpflicht fiel die Wahlbeteiligung von 93% im Jahre 1907 auf 90.5% bei den letzten Wahlen. Die Länder ohne Wahlpflicht hatten vor vier Jahren 81.3%, heuer 76.1% Wahlbeteiligung und für ganz Oesterreich ergibt sich diesmal eine Wahlbeteiligung von 80.2% gegen 84.6% bei den vorangegangenen Wahlen. Nur in Dalmatien war die Prozentzahl der an den Urnen Erschienenen um 1.3% gestiegen, aber dennoch hat diese Provinz jetzt noch immer mit ihren 55.5% die geringste Wahlbeteiligung im ganzen Reiche. In Krain und in der Bukowina galt heuer zum erstenmal die Wahlpflicht. Sie

vermochte in der Bukowina die Wahlbeteiligung gegenüber der Wahl 1907 nicht zu heben und nur in Krain nahm die Wahlbeteiligung um 16,5% seit der letzten Wahl zu.

Bei den heurigen Wahlen gingen von den 5,765.141 Wahlberechtigten 4,624.861 zu den Urnen. Die Wählerzahl erhöhte sich seit 1907 um 239.000, zugleich fiel die Zahl derer, die ihr Wahlrecht ausgeübt hatten, von 4,676.350 auf 4,624.861. Obwohl nun zwei Länder mit Wahlpflicht dazukamen, hatte dennoch die Wahlbeteiligung um 4,4% abgenommen, offenbar aus dem Grund, weil das Interesse an den Wahlen nicht mehr so gross war als 1907, zur Zeit der ersten Wahlen nach dem gleichen Wahlrecht.

Diese statistische Arbeit hat den Mangel, dass sie keine Gesamtübersicht nach Parteien enthält. Dadurch fehlt dem Buche der Abschluss. Es hätte gewiss allgemein interessiert, die Parteien nach ihrer Grösse gruppiert, den Zahlen von 1907 gegenübergestellt, zu finden. Auch die beigegebene Karte für die Grösse der Verbände im Abgeordnetenhaus ruft nach einer gleichen Darstellung über die Grösse der Parteien nach Wählerstimmen. Nach der graphischen Darstellung in dieser Broschüre meint der politisch Unerfahrene, der Nationalverband sei die grösste Partei in Oesterreich, und doch gibt es eine Reihe von Parteien, so die Sozialdemokraten, die weit mehr Stimmen erhielten als der Nationalverband.

Falsch ist die Einreihung der im dritten Kärntner Wahlkreis abgegebenen Stimmen für die deutschen Sozialdemokraten, obwohl der Wahlkreis Ferlach slowenisch ist. Recht interessant war vor vier Jahren die Darstellung über die Bestrafung der Wähler, die ihrer Wahlpflicht in Niederösterreich nicht entsprochen hatten. Dieser Bericht fehlt leider diesmal. Hoffentlich werden diese Mängel in der endgültigen Publikation, die — wie wir fürchten — erst in etwa ein bis zwei Jahren herauskommen wird, beseitigt sein. g. w.

Die junge Welt

Genosse E. Lakenbacher schreibt in dem letzten Heft des „Kampf“ über die bisher erschienenen Nummern der „Jungen Welt“. Er macht dabei auch über mein Schillerschriftchen einige Bemerkungen, die ich nicht unerwidert lassen will. Vorerst spricht er von „mancher pädagogischer Verfehlung“ des Büchleins. Leider führt er nur eine an. Ich bin jeder Belehrung zugänglich und wäre ihm dankbar, wenn er mir alle solche Verfehlungen namhaft machen möchte. Er sagt: „Was soll sich der Junge von 13 bis 16 Jahren denken, wenn er etwa liest, dass sich Schiller bei seiner Beschäftigung mit der Philosophie ‚ganz zu Kant‘ stellte?“ Das scheint in der Tat begründet und da ich grundsätzlich ein Gegner des Wissens von blossen Worten und Namen bin, so verstehe ich sehr wohl diesen Vorwurf. Aber ich habe doch jene Bemerkung mit Ueberlegung geschrieben. Vorerst ist der Name „Kant“ für den Leser freilich nur ein Wort. Aber ich habe mir gedacht, dass im Ver-

laufe der weiteren Nummern der „Jungen Welt“ auch eine sich mit Kant beschäftigen würde. Die Bedeutung und Wirkung dieses Mannes insbesondere auf das deutsche Kulturleben ist so gross, dass man einem strebsamen jungen Menschen wünschen möchte, dass er mit dem von seiner Lehre bekannt würde, was für die weitere Entwicklung des modernen Geisteslebens von Wichtigkeit ist. So undenkbar es ist, dass ein sechzehnjähriger Arbeiter die Schriften Kants lesen könne, so verwerflich ist der Aberglaube, es sei unmöglich, ihm die Grundlehren des Kantischen Idealismus verständlich zu machen. Es gibt gescheite und gelehrte Leute, die absolut der Fähigkeit, philosophisch zu denken, entbehren und es gibt gescheite, dabei ungelehrte und einfache Köpfe, die diese Fähigkeit in hohem Grade haben. Wir haben einen Genossen, der diese Aufgabe, wenn er einmal in einfachen, schlichten und klaren Worten ein solches Schriftchen schreiben wollte, auch erfüllen könnte, es ist Dr. Max Adler. Hätten wir einmal dieses Büchlein, dann wäre das Wort „Kant“ eine Hinweisung.

Was zweitens die Charakterisierung Schillers als einen Vorläufer des Sozialismus anlangt, so halte ich daran fest. Noch immer sind Schillers „Briefe zur ästhetischen Erziehung des Menschengeschlechts“ daraufhin nicht ausreichend geprüft worden. Ich habe in meiner Schillerrede (Volksbuchhandlung 1905) etwas ausführlicher darauf hingewiesen, ohne den Gegenstand erschöpfen zu können, was ja im Rahmen einer Rede unmöglich war. Im übrigen verweise ich auch auf die kleine, aber sehr gehaltvolle Schrift „Schiller als Zeitbürger und Politiker“ von F. Tönnies, die ich nicht kannte, als ich meine Rede ausarbeitete und die ungefähr um dieselbe Zeit erschien, als ich die Rede hielt.

Schliesslich hätte ich gegen das Schillerbuch von Mehring mancherlei einzuwenden, was hier nicht ausgemacht werden kann. Mehring steht Schiller mit grosser Objektivität, um nicht zu sagen Kälte gegenüber. Dagegen ist nichts zu sagen. Gerade wir treiben keinen Kultus der Persönlichkeiten oder sollten ihn nicht treiben. Heiligen- und Heldenverehrung im bürgerlichen Sinne ist nicht unsere Sache. Wir wissen, dass auch im bedeutendsten Menschen nur allzuviel des Allzumenschlichen steckt. Dennoch verehren wir so manche grosse Männer als „Lehrer und Wegweiser“. Natürlich nicht als „unfehlbare“. Solche kennen wir überhaupt nicht. Die aber die Lehrer und Wegweiser der Menschheit gewesen sind, sind auch die der deutschen Arbeiter und ihres Kampfes. Und unter den ersten und unsterblichsten dieser „Lehrer und Wegweiser“ ist Schiller und er wird es bleiben. Ich halte ihn für einen grossen Dichter, aber wenn man in dieser Beziehung vielleicht beachtenswerte Einwendungen machen könnte, dass seine Bedeutung gerade als Lehrer immer deutlicher erkannt und anerkannt wird, scheint mir zweifellos. Am grössten und beinahe unübertreffbar war er als Mensch und so schätzen wir ihn nicht allein wegen dessen, was er leistete, sondern nicht zuletzt wegen dessen, was er war.

E. Pernerstorfer.